

2026



21

Nachhaltige
Entwicklung,
regionale und
internationale
Disparitäten

Neuchâtel 2026

Statistischer Anhang zum Länderbericht 2026



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Statistik BFS

SUSTAINABLE
DEVELOPMENT  GOALS

Statistischer Anhang zum Länderbericht 2026

Herausgeber Bundesamt für Statistik (BFS)
Neuchâtel 2026

Herausgeber: Bundesamt für Statistik (BFS)

Auskunft: monet@bfs.admin.ch

Redaktion: Medea Savary, BFS; Léo Gerber, BFS; Anne Bösch, BFS;
Moritz Schönbachler, BFS

Reihe: Statistik der Schweiz

Themenbereich: 21 Nachhaltige Entwicklung, regionale und internationale
Disparitäten

Originaltext: Französisch

Übersetzung: Sprachdienste BFS

Layout: Publishing und Diffusion PUB, BFS

Grafiken: Publishing und Diffusion PUB, BFS
Alle Grafiken in der digitalen Version finden Sie auch
interaktiv in unserem Webkatalog.

Icons: © United Nations Department of Global Communications;
© BFS

Online: www.statistik.ch

Print: www.statistik.ch
Bundesamt für Statistik, CH-2010 Neuchâtel,
order@bfs.admin.ch, Tel. +41 58 463 60 60
Druck in der Schweiz

Copyright: BFS, Neuchâtel 2026
Wiedergabe unter Angabe der Quelle
für nichtkommerzielle Nutzung gestattet.

BFS-Nummer: 2186-2600

ISBN: 978-3-303-21065-9

Inhaltsverzeichnis

Über diesen Anhang	5	SDG 14: Leben unter Wasser	46
SDG 1: Keine Armut	7	SDG 15: Leben an Land	47
SDG 2: Kein Hunger	9	SDG 16: Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen	50
SDG 3: Gesundheit und Wohlergehen	12	SDG 17: Partnerschaften zur Erreichung der Ziele	53
SDG 4: Hochwertige Bildung	15	Die Ziele der SNE 2030 in den SDG der Agenda 2030	55
SDG 5: Geschlechtergleichheit	17	Quellen	56
SDG 6: Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen	20		
SDG 7: Bezahlbare und saubere Energie	22		
SDG 8: Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum	25		
SDG 9: Industrie, Innovation und Infrastruktur	29		
SDG 10: Weniger Ungleichheiten	32		
SDG 11: Nachhaltige Städte und Gemeinden	36		
SDG 12: Verantwortungsvoller Konsum und Produktion	39		
SDG 13: Massnahmen zum Klimaschutz	44		

Über diesen Anhang

Einleitung

Der vorliegende statistische Anhang ergänzt die qualitative Analyse des [Schweizer Länderberichts 2026](#) und liefert quantitative Informationen zur Umsetzung der Agenda 2030. Konkret werden statistisch messbare Entwicklungen in Zusammenhang mit den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDG) präsentiert. Besonderes Augenmerk gilt der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 (SNE 2030) des Bundesrats, die die Prioritäten für die Umsetzung der Agenda 2030 auf nationaler Ebene festlegt.

Fokus auf Spillover-Effekte

Ein Schwerpunkt des statistischen Anhangs liegt auf den grenzüberschreitenden Effekten oder «Spillover-Effekten», die die Auswirkungen der Aktivitäten der Schweiz über ihre Grenzen hinaus aufzeigen. Denn die nachhaltige Entwicklung macht an der Grenze nicht Halt. In einer globalisierten Welt wirken sich unsere Konsum- und Produktionsmuster sowie die in der Schweiz getroffenen Entscheide auf andere Länder und damit auf die globale Umsetzung der Agenda 2030 aus.

Auswahl der Indikatoren und der statistischen Zusatzinformationen

Der statistische Anhang stützt sich auf eine Auswahl von Indikatoren des Monitoringsystems für nachhaltige Entwicklung [MONET 2030](#). Um ihre Aussagekraft zu erhöhen, wurden sie mit zusätzlichen statistischen Informationen ergänzt. Die Auswahl der Indikatoren und Zusatzdaten basiert hauptsächlich auf einer SDG-Analyse, die im Rahmen des freiwilligen Länderberichts der Schweiz von 2022 in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Bundesämtern durchgeführt wurde. Ergänzt wurde die Auswahl mit Indikatoren und statistischen Informationen aus einer ähnlichen Analyse, die 2024 für den Zwischenbericht zur Umsetzung der SNE 2030 erstellt wurde. Die endgültige Auswahl der Indikatoren und Zusatzinformationen sowie die Struktur des statistischen Anhangs hat das Bundesamt für Statistik (BFS) vorgenommen.

Aufbau des Dokuments

Die Gliederung des statistischen Anhangs beruht auf den 17 SDG und entspricht der Struktur der Website [SDGital2030.ch](#), die die qualitativen Einschätzungen und quantitativen Grundlagen des Länderberichts liefert. Der Länderbericht hingegen fokussiert auf die Schwerpunkte der SNE 2030. Die Überschneidungen zwischen den SDG und den Zielen der SNE 2030 werden zur besseren Lesbarkeit in einer Tabelle am Ende dieses Anhangs unter «Ziele der SNE 2030 in den SDG der Agenda 2030» im Überblick aufgezeigt.

Eine Übersichtstabelle am Anfang jedes Kapitels zeigt, welche Ziele der SNE 2030 behandelt werden und auf welche Abschnitte des Länderberichts sie sich beziehen.

Symbole

Indikatoren, die sich auf die Ziele der SNE 2030 beziehen, sowie Indikatoren, die einen Spillover-Effekt veranschaulichen, werden in den oben erwähnten Tabellen am Kapitelanfang sowie neben dem Diagramm des Indikators mit einem entsprechenden Symbol gekennzeichnet.



Indikator für ein Ziel der Strategie für nachhaltige Entwicklung 2030



Indikator für einen Spillover-Effekt

Drei weitere Symbole zeigen die Beurteilung der Indikatorentwicklung. Im folgenden Abschnitt «Beurteilung der Indikatoren» werden diese Symbole näher erläutert.

Die statistischen Zusatzdaten in diesem Anhang sind weder mit Symbolen versehen noch in den Übersichtstabellen enthalten. Da sie keinem Ziel der Agenda 2030 oder SDG zugeordnet sind, ist keine angestrebte Entwicklung definiert und somit keine Beurteilung möglich. Die Quellen der Zusatzdaten sind am Ende des Dokuments aufgeführt.

Beurteilung der Indikatoren

Jeder Indikator des MONET-Systems 2030 wird von drei Symbolen begleitet:

Angestrebte Entwicklung

Das erste Symbol zeigt die angestrebte Entwicklung. Diese leitet sich aus den Zielen der SNE 2030, den im schweizerischen Kontext angepassten Unterzielen der Agenda 2030 und den SDG ab.

 Zunahme  Abnahme  Stabilisierung

Beobachtete Entwicklung

Das zweite Symbol veranschaulicht die beobachtete Entwicklung. Diese entspricht den berechneten Trends für den untersuchten Zeitraum – in der Regel ab dem Jahr 2000 oder ab dem Jahr der ersten Erhebung, falls diese nach 2000 erfolgte, bis zum letzten verfügbaren Wert. Um den Einfluss aussergewöhnlicher Werte zu verringern, wird die prozentuale Veränderung anhand des Durchschnitts der ersten drei Jahre und des Durchschnitts der letzten drei verfügbaren Jahre des Zeitraums berechnet. Einige Indikatoren bestehen aus mehreren Variablen. In diesen Fällen bezieht sich der berechnete Trend entweder auf die Entwicklung der Differenz zwischen diesen Variablen oder ergibt sich aus einer Kombination ihrer jeweiligen Veränderungen. Solche Sonderfälle werden jeweils auf den Webseiten der betreffenden Indikatoren erläutert.

 Zunahme  Abnahme  Stabilisierung

Beurteilung der beobachteten Entwicklung im Vergleich zur angestrebten Entwicklung

Das dritte Symbol fasst die ersten beiden zusammen und ermöglicht so eine Beurteilung der beobachteten Entwicklung. Diese ist positiv, wenn sie der angestrebten Entwicklung entspricht, im gegenteiligen Fall negativ. Als unverändert gilt sie, wenn die beobachtete prozentuale Veränderung zwischen +3% und –3% liegt oder wenn die Vertrauensintervalle so gross sind, dass die beobachtete Veränderung als statistisch nicht signifikant betrachtet wird. Umfasst die Zeitreihe weniger als drei aufeinanderfolgende Erhebungen oder lässt sich keine angestrebte Entwicklung festlegen, wird keine Beurteilung vorgenommen.

 Positiv
 Negativ
 Unverändert
 Keine Beurteilung

Mit dieser Beurteilungsmethode kann lediglich bestimmt werden, ob sich ein Indikator in die angestrebte Richtung entwickelt oder nicht. Sie gibt keine Auskunft über die Wahrscheinlichkeit, das Ziel zu erreichen, und zeigt auch nicht den verbleibenden Weg zum Ziel (*distance to target*). Dies ist nur bei quantitativen und datierten Zielen möglich. Bei den Indikatoren mit einem quantitativen und datierten Ziel entspricht die angestrebte Entwicklung dem theoretischen Weg, der zurückgelegt werden muss, um das Ziel bis zum vorgegebenen Zeitpunkt zu erreichen. Zur Beurteilung wird die beobachtete Entwicklung auf ihre Übereinstimmung mit dem theoretischen Weg analysiert: Sie wird als positiv beurteilt, wenn sie zu mindestens 97% der angestrebten Entwicklung entspricht. Liegt sie zwischen 0% und 97%, gilt sie als unverändert, und bei unter 0% wird sie als negativ eingestuft.

Detaillierte Beschreibung der Methode zur Beurteilung der Indikatoren: [Zusammenfassung der Indikatoren](#) (BFS 2019)

Für eine einheitliche Darstellung und angesichts des Analysezeitraums, der in der Regel im Jahr 2000 beginnt, zeigen alle Grafiken – mit wenigen Ausnahmen – den Zeitraum von 2000 bis zum letzten verfügbaren Jahr. Dieser statistische Anhang entspricht, sofern nicht anders angegeben, dem Stand der verfügbaren Daten am 15. April 2026.



SDG 1: Keine Armut

Armut in allen ihren Formen und überall beenden

Ziel	Indikator	Bewertung des Indikators	Fokus SNE 2030/Spillover	Abschnitt des Länderberichts
1.2	Armutsquote			Kapitel 4.3 des Länderberichts
1.3	Gesamtausgaben für die soziale Sicherheit			Kapitel 4.3 des Länderberichts

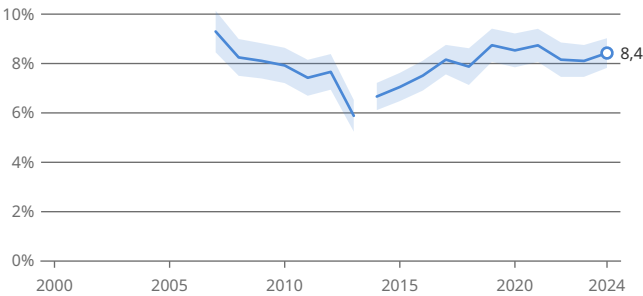
* Keine Bewertung, da keine angestrebte Entwicklung bei diesem Indikator definiert werden kann.

Armutsbekämpfung



Armutsquote

Anteil einkommensarmer Personen an der ständigen Wohnbevölkerung in Privathaushalten



Das Vertrauensintervall (95%) ist als hellere Fläche dargestellt.

ohne fiktive Miete
2014: Bruch in der Zeitreihe aufgrund methodischer Anpassungen

Datenstand: 15.04.2026
Quelle: BFS – Erhebung über die Einkommen und Lebensbedingungen (SILC) gr-d-21.02.30.0102.01.01 © BFS 2026

Jeder Mensch hat das Recht auf ein würdiges Leben und soll über einen ausreichenden Handlungsspielraum verfügen, um materielle und immaterielle Bedürfnisse zu decken. Im Jahr 2024 waren in der Schweiz 8,4% der Bevölkerung^a bzw. rund 743 000 Personen von **Einkommensarmut** betroffen^b. Nach

einem kontinuierlichen Anstieg zwischen 2014 (6,7%) und 2019 (8,7%) hat sich die Quote stabilisiert. Die Covid-19-Pandemie hatte keinen erkennbaren Einfluss auf die Armutsquote in der Schweiz. Statistisch gesehen gab es seit 2014 zwar keine signifikante Entwicklung^c, dennoch nahm die Zahl der Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, innert zehn Jahren um 209 000 zu¹. Einige Bevölkerungsgruppen sind stärker von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen oder bedroht als andere. Menschen in Einpersonenhaushalten mit minderjährigen Kindern, in Haushalten ohne Erwerbstätige oder ohne nachobligatorische Ausbildung sind generell am häufigsten von Armut betroffen und haben mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Sozialtransfers^d tragen in der Schweiz wesentlich dazu bei, Armut zu verhindern. So wäre ohne diese Transfers nahezu ein Drittel der Schweizer Bevölkerung armutsbetroffen (31,9%). Werden die Alters- und Hinterlassenenleistungen als Teil des Einkommens angerechnet, liegt die Armutsquote bei 16,5% (Daten 2024)². Nach Berücksichtigung aller Transfers beträgt sie schliesslich noch 8,4%.

^a Die Wohnbevölkerung umfasst alle Personen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, Anwesenheitsdauer und Art der Anwesenheitsbewilligung ihren Wohnsitz in der Schweiz haben. Personen ohne offiziellen Wohnsitz in der Schweiz (z. B. in der Schweiz arbeitende Grenzgängerinnen und Grenzgänger, Touristinnen und Touristen, Besucherinnen und Besucher oder Geschäftsreisende) gehören nicht zur Wohnbevölkerung.

^b 2024 lag die Armutsgrenze durchschnittlich bei 2388 Franken pro Monat für einen Einpersonenhaushalt und bei 4159 Franken pro Monat für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern.

^c Um den Einfluss aussergewöhnlicher Werte zu verringern, wird die prozentuale Veränderung anhand des Durchschnitts der ersten drei Jahre und des Durchschnitts der letzten drei verfügbaren Jahre des Zeitraums berechnet. Die beobachtete Entwicklung für diesen Indikator liegt mit dieser Berechnungsmethode innerhalb des Vertrauensintervalls und wird somit als statistisch nicht signifikant erachtet. Die Beurteilung ist somit unverändert.

^d Sozialtransfers im engeren Sinne umfassen alle Sozialtransfers mit Ausnahme von Alters- und Hinterlassenenleistungen (z. B. Familienbeihilfe, Invalidenrenten, Prämienverbilligungen für die Krankenversicherung, Sozialhilfe oder Taggelder der Arbeitslosenversicherung). In der Armutsquote vor Sozialtransfers werden auch Alters- und Hinterlassenenleistungen zu den Sozialtransfers gezählt. Quelle: [Armut vor Sozialtransfers | Bundesamt für Statistik \(admin.ch\)](#)

Armutsgefährdet* zu sein bedeutet, über ein deutlich tieferes Einkommen als die Gesamtbevölkerung zu verfügen und somit dem Risiko der sozialen Ausgrenzung ausgesetzt zu sein. Im Jahr 2024 waren in der Schweiz rund 1,5 Millionen Menschen armutsgefährdet, also nahezu jede sechste Person (16,4% der ständigen Wohnbevölkerung)³. Bei Schweizer Staatsangehörigen lag die Armutsgefährdungsquote 2024 bei 13,8%, bei ausländischen Staatsangehörigen bei 23,5%.

Sie kann einerseits auf eine stärkere Gewichtung der Bedürfnisse der am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen, aber auch auf einen wachsenden Bedarf in diesen Gruppen hinweisen (wachsende Disparitäten, Bevölkerungsalterung).

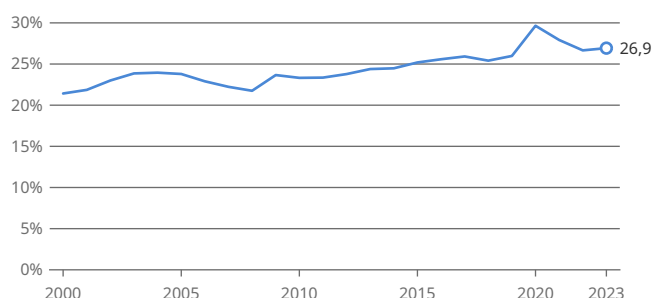
Das Ergebnis der **Gesamtrechnung der Sozialversicherungen** gibt Auskunft über die Differenz zwischen den Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherungen. Es stieg zwischen 2000 und 2023 von 18 auf 24 Milliarden Franken⁶.

Soziale Sicherheit



Gesamtausgaben für die soziale Sicherheit

In Prozenten des Bruttoinlandprodukts



Datenstand: 15.04.2026

gr-d-21.02.30.0103.01.01

Quelle: BFS – Gesamtrechnung der Sozialen Sicherheit (GRSS)

© BFS 2026

Die soziale Sicherheit umfasst die Gesamtheit der Massnahmen öffentlicher und privater Institutionen mit dem Ziel, Personen oder Haushalte vor sozialen Risiken zu schützen und deren Existenz zu sichern. Sie ist eine gesellschaftliche Antwort auf das Prinzip «Niemanden zurücklassen». Der demografische Wandel wirft jedoch die Frage nach der langfristigen Finanzierung dieses Systems auf. Die **Gesamtausgaben für die soziale Sicherheit**, ausgedrückt in **Prozent des BIP**, geben Auskunft über die relative Belastung der Gesellschaft durch das System der sozialen Sicherheit. Diese sind von 21,4% im Jahr 2000 auf 26,9% im Jahr 2023 angestiegen. In **absoluten Zahlen** lagen die **Ausgaben für die soziale Sicherheit^f** im Jahr 2023 bei geschätzten 214 Milliarden Franken, ein leichter Anstieg gegenüber 2022 (+2,8%)⁴. 2022 entsprach dies 23 800 Franken pro Kopf bzw. einem Anstieg um 6000 Franken im Vergleich zu 2005⁵. Die Entwicklung der Ausgaben für die soziale Sicherheit ist nicht eindeutig interpretierbar.

* Die Armutsgefährdungsschwelle wird auf EU-Ebene per Konvention auf 60% des Medians des verfügbaren Äquivalenzeinkommens festgelegt. Armutsgefährdet zu sein bedeutet demnach, ein signifikant tieferes Einkommen als die Gesamtbevölkerung zu haben und somit dem Risiko der sozialen Ausgrenzung ausgesetzt zu sein. Im Jahr 2024 lag die Armutsgefährdungsgrenze für einen Einpersonenhaushalt bei 2645 Franken pro Monat. Quelle: [Armutsgefährdung | Bundesamt für Statistik \(admin.ch\)](#)

^f Die Gesamtausgaben des Systems der sozialen Sicherheit umfassen nicht nur die Sozialleistungen, sondern auch Verwaltungskosten und weitere Ausgaben, die notwendig sind, damit das System die vorgesehenen Aufgaben erfüllen kann. Die Sozialleistungen machen rund 90% der Gesamtausgaben für die soziale Sicherheit aus. Aufgrund fehlender Informationen sind die Verwaltungskosten für einige Regime nicht aufgeführt. Quelle: [Ausgaben | Bundesamt für Statistik \(admin.ch\)](#)



SDG 2: Kein Hunger

Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern

Ziel	Indikator	Bewertung des Indikators	Fokus SNE 2030/Spillover	Abschnitt des Länderberichts
2.1	Früchte- und Gemüsekonsum			Kapitel 4.1 des Länderberichts
2.4	Stickstoffbilanz der Landwirtschaft			Kapitel 4.1 des Länderberichts
	Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft			
	Biologische Landwirtschaft			
2.5	Pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft			Kapitel 6.2 des Länderberichts
SDG 2	Selbstversorgungsgrad bei Nahrungsmitteln			
SDG 2	Ackerland			

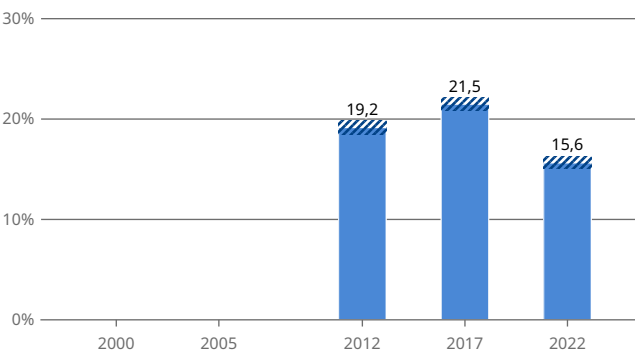
Gesunde und nachhaltige Ernährung



Früchte- und Gemüsekonsum

Anteil der Bevölkerung, der mindestens fünf Portionen Früchte und Gemüse pro Tag konsumiert (an mindestens fünf Tagen pro Woche)

Vertrauensintervall (95%)



Datenstand: 15.04.2026

Quelle: BFS – Schweizerische Gesundheitsbefragung (SGB)

gr-d-21.02.30.0201.01.01

© BFS 2026

Früchte und Gemüse sind ein wichtiger Bestandteil einer gesunden Ernährung. Diese entspricht einem Grundbedürfnis und beeinflusst die Gesundheit nachweislich. 2022 konsumierten 15,6% der Bevölkerung an mindestens fünf Tagen pro Woche mindestens **fünf Portionen Früchte und Gemüse pro Tag**, während es 2012 noch 19,2% gewesen waren. Rund doppelt so viele Frauen wie Männer ernähren sich auf diese Art. Die fünf Portionen Früchte und Gemüse entsprechen den Ernährungsempfehlungen der Schweizerischen Gesellschaft für Ernährung, die einen täglichen Konsum von drei Portionen Gemüse und zwei Portionen Früchte empfiehlt. Pflanzliche Lebensmittel belasten darüber hinaus die Umwelt weniger als tierische Lebensmittel.

2024 konsumierte die Schweizer Bevölkerung 7,3 Millionen Tonnen Lebensmittel, das sind 809 kg pro Kopf. Täglich wurden pro Person 1,38 kg **pflanzliche** und 0,83 kg **tierische Lebensmittel** (Fleisch, Eier, Milchprodukte) **konsumiert**⁷. Die pflanzlichen Proteine machten 39,3 g und die tierischen Proteine 57,3 g des Tageskonsums einer Person aus⁸.

Zwischen 2000 und 2022 stieg der **Konsum von Bioprodukten**⁹ um das Dreifache an. Rund 12,9% der Gesamtausgaben für Nahrungsmittel und Getränke wurden 2022 für Bioprodukte aufgewendet. Im Jahr 2000 lag dieser Anteil bei 4,5%. Als Lebensmittel und Getränke aus biologischem Anbau bzw. Bioprodukte bezeichnet man Nahrungsprodukte, die mit einem anerkannten Label des schweizerischen Biolandbaus ausgezeichnet sind.

Nachhaltige Ernährungs- und Landwirtschaftssysteme

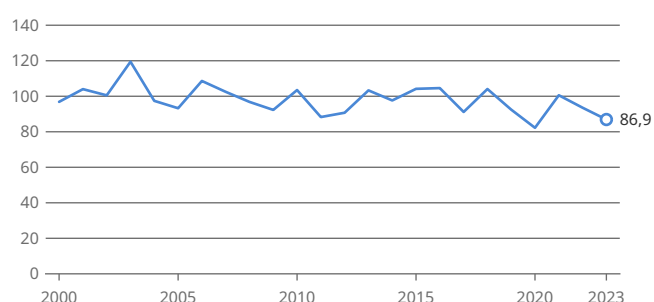
Die Landwirtschaft sollte alle mit hochwertiger Nahrung versorgen, ein existenzsicherndes Einkommen gewährleisten und dabei gleichzeitig die ländliche Entwicklung und den Umweltschutz fördern. Mehr als ein Drittel der Gesamtfläche der Schweiz wird landwirtschaftlich genutzt. Demnach beeinflusst der Mensch seine Umwelt durch die Landwirtschaft stark.



Stickstoffbilanz der Landwirtschaft

Differenz zwischen der zugeführten und entzogenen Stickstoffmenge der Landwirtschaftsflächen

Tausend Tonnen



Datenstand: 15.04.2026
Quelle: BFS – Stickstoffbilanz

gr-d-21.02.30.0204.01.01
© BFS 2026

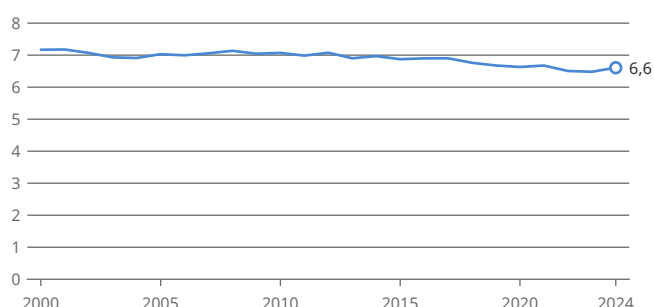
Die landwirtschaftliche Produktion hängt von den Lebenszyklen von Pflanzen und Tieren ab, bei denen die beiden Nährstoffe Stickstoff und Phosphor wesentlich sind. Letztere bestimmen weitgehend den erzielbaren Pflanzenertrag. Mit Dünger und Kraftfutter bringt der Mensch zusätzliche Nährstoffe in den natürlichen Kreislauf ein. Die **Stickstoffbilanz der Landwirtschaft** zeigt die Differenz zwischen der Stickstoffmenge, die dem Boden hauptsächlich in Form von Dünger zugeführt wird, und der Menge, die ihm in Form von landwirtschaftlichen Produkten wieder entzogen wird. Ein Stickstoffüberschuss ist eine Quelle der Luft- und Gewässerverschmutzung. Der jährliche Stickstoffüberschuss aus der Landwirtschaft schwankt seit 2000. Im Jahr 2023 belief er sich auf 86,9 Tausend Tonnen, was einem Rückgang um 8,0% gegenüber dem Jahr 2000 entspricht.

Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft

Methan-, Kohlendioxid- und Lachgasemissionen aus der landwirtschaftlichen Produktion in der Schweiz



Millionen t CO₂-eq.



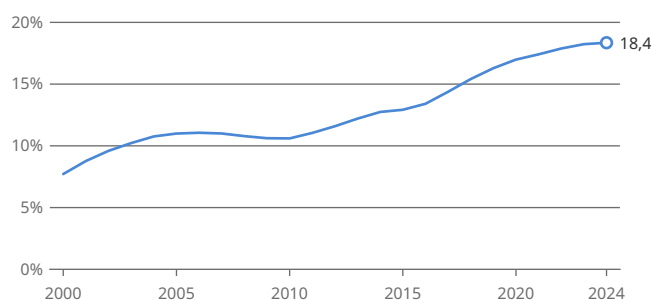
Datenstand: 15.04.2026
Quelle: BAUF

gr-d-21.02.30.0204.02.01
© BFS 2026

Landwirtschaftliche Aktivitäten verursachen Treibhausgasemissionen, namentlich durch die Haltung von Nutztieren, den Einsatz von Düngemitteln und den Energieverbrauch. Die **Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft** beliefen sich im Jahr 2024 auf 6,6 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente. Sie sind seit 2000 um 8,7% gesunken. Methan machte mehr als die Hälfte der drei emittierten Gase aus (Kohlendioxid, Methan und Distickstoffoxid). Methanemissionen werden vor allem durch die Verdauung von Wiederkäuern verursacht¹⁰.

Biologische Landwirtschaft

Anteil der biologisch bewirtschafteten Fläche an der landwirtschaftlichen Nutzfläche



Datenstand: 15.04.2026
Quelle: BFS – Landwirtschaftliche Strukturerhebung

gr-d-21.02.30.0204.03.01
© BFS 2026

Bei der **biologischen Landwirtschaft** gemäss Bio-Verordnung handelt es sich um eine Produktionsform, die Natur und Umwelt so weit wie möglich schont und natürliche Kreisläufe und Prozesse berücksichtigt. Die biologische Landwirtschaft produziert so weit als möglich in geschlossenen Kreisläufen mit umweltverträglichen Methoden, insbesondere ohne chemisch-synthetische Dünger und Pflanzenschutzmittel sowie ohne gentechnisch veränderte Organismen. 18,4% der landwirtschaftlichen Nutzfläche wurden im Jahr 2024 biologisch bewirtschaftet. Dieser Anteil hat sich seit 2000 mehr als verdoppelt. Dank der guten Qualität und Verfügbarkeit der Daten dient die biologische Landwirtschaft als Vertreterin für mehrere öffentlich-rechtliche und private Nachhaltigkeitsprogramme.

Landwirtschaftsflächen sind eine begrenzte, nicht erneuerbare Ressource, die der Deckung eines der elementarsten Grundbedürfnisse, der Ernährung, dient. Besonders in einem flächenmässig kleinen Land wie der Schweiz, wo die nutzbaren Böden aufgrund der topografischen Bedingungen knapp sind, ist ein nachhaltiger Umgang mit dem Boden unerlässlich. Die Fläche des **Ackerlands**, d. h. die in einer Fruchtfolge stehenden Ackerflächen und Kunstwiesen, verringerte sich zwischen 1985 und 2018 um 11,6% von 436 100 Hektaren auf 388 400 Hektaren. Der Rückgang der Landwirtschaftsfläche ist vor allem eine Folge der Ausdehnung der Siedlungsflächen.

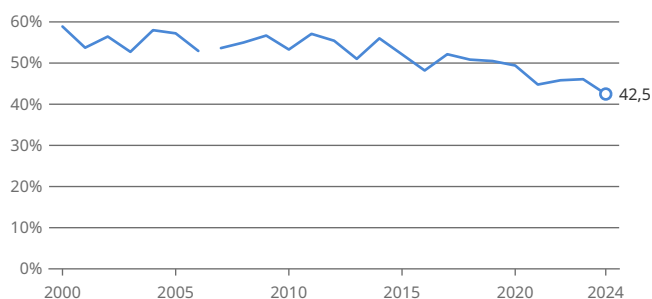
Ernährungssicherheit

Die Art und Weise, wie wir uns ernähren und Lebensmittel produzieren, kann unsere Gesundheit und Umwelt nachhaltig beeinflussen. Nahezu die Hälfte der in der Schweiz konsumierten Lebensmittel sowie auch grosse Mengen an Futter, Düngern und anderen Produktionsmitteln werden importiert. Die Herstellung und der Transport dieser Produkte haben folglich Auswirkungen im Ausland.



Selbstversorgungsgrad bei Nahrungsmitteln

Anteil der einheimischen Netto-Produktion am Gesamtverbrauch an Nahrungsmitteln (verwertbare Energie)



Neue Berechnungsmethode seit 2007
2024: provisorisch

Datenstand: 15.04.2026
Quelle: SBV – Nahrungsmittelbilanz

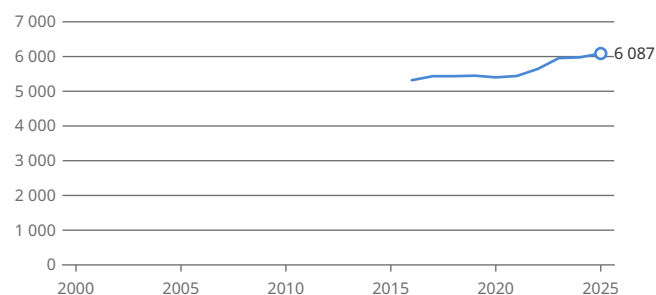
gr-d-21.02.30.0290.01.01
© BFS 2026

Die Ernährungssicherheit der Schweiz beruht zu einem Teil auf importierten Nahrungs- und Futtermitteln, für deren Produktion und Transport Flächen sowie natürliche Ressourcen im Ausland genutzt werden. Der **Netto-Selbstversorgungsgrad** zeigt den Anteil der einheimischen landwirtschaftlichen Produktion, die nicht auf Futtermittelimporte angewiesen ist, am gesamten Nahrungsmittelverbrauch. Er lag im Jahr 2024 bei 42,5% und damit 14,0% tiefer als 2020⁹. Der Abwärtstrend bei der Selbstversorgung ist darauf zurückzuführen, dass die Bevölkerung schneller gewachsen ist als die Nahrungsmittelproduktion. Die Unterschiede von Jahr zu Jahr sind den witterungsbedingten Schwankungen in der landwirtschaftlichen Produktion zuzuschreiben. Der **Brutto-Selbstversorgungsgrad**¹¹, der die inländische Produktion aus importiertem Futter miteinbezieht, belief sich 2024 auf 50,0%. Der Brutto-Selbstversorgungsgrad der tierischen Produktion lag im selben Jahr bei 93,0%. Im Pflanzenbau betrug er dagegen 31,4%. Der Indikator macht keine Angaben über die Qualität der hergestellten Nahrungsmittel, die Produktionsweise oder die langfristigen Auswirkungen auf die Erhaltung der Produktionsgrundlagen (Boden, Wasser, Biodiversität, Wissen) in der Schweiz und im Ausland.

Pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft



Anzahl pflanzengenetischer Ressourcen, die in der Nationalen Genbank eingetragen sind



Datenstand: 15.04.2026

Quelle: Bundesamt für Landwirtschaft

gr-d-21.02.30.0205.01.01

© BFS 2026

Die Nationale Genbank der **pflanzengenetischen Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft** (PGREL) verzeichnete im Jahr 2025 insgesamt 6087 pflanzengenetische Ressourcen, 768 mehr als im Jahr 2016. Eine pflanzengenetische Ressource ist vermehrungsfähiges Pflanzenmaterial, das gegenwärtig oder künftig einen Wert haben könnte. Diese Ressourcen sind das gemeinsame Erbe heutiger und künftiger Generationen. Sie zu erhalten, ist für die Ernährungssicherheit und die Biodiversität im Allgemeinen grundlegend, nicht nur in der Schweiz, sondern weltweit.

⁹ Dieses Jahr dient als Referenz für den Zielwert von mindestens 50% des ersten übergeordneten Ziels der Klimastrategie Landwirtschaft und Ernährung 2050.



SDG 3: Gesundheit und Wohlergehen

Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern

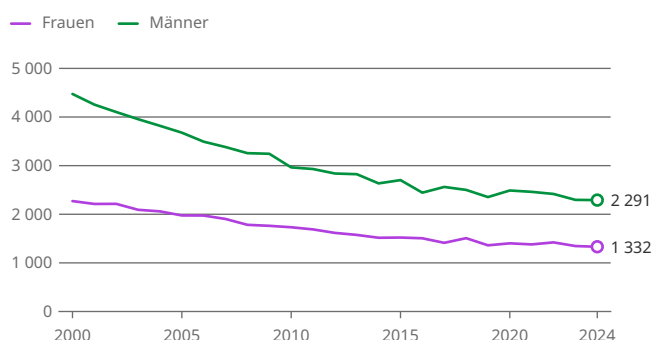
Ziel	Indikator	Bewertung des Indikators	Fokus SNE 2030/Spillover	Abschnitt des Länderberichts
3.3	Durchimpfungsquote Masern	  		
3.4	Verlorene potenzielle Lebensjahre	  		
	Suizidrate	  		
3.8	Verzicht auf notwendige medizinische Leistungen aus finanziellen Gründen	  	 2030	Kapitel 4.3 des Länderberichts
3.9	Feinstaubkonzentrationen	  		
3.a	Raucherquote	  		
SDG 3	Lebenszufriedenheit	  		
SDG 3	Übergewicht	  		

Gesundheitszustand

Verlorene potenzielle Lebensjahre

Altersstandardisierte Rate pro 100 000 Einwohner/innen, alle Todesursachen, europäische Standardbevölkerung

Standardisierte Rate



Datenstand: 15.04.2026

Quelle: BFS – Statistik der Todesursachen (CoD)

gr-d-21.02.30.0304.01.01

© BFS 2026

Die durch vorzeitigen Tod **verlorenen potenziellen Lebensjahre** (altersstandardisierte Rate pro 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner) sind ein Indikator für den Gesundheitszustand der Bevölkerung. Die verlorenen potenziellen Lebensjahre ergeben sich aus der Summe der Differenzen zwischen dem 70. Altersjahr und dem Alter aller Personen, die vor dem 70. Lebensjahr verstorben sind (frühzeitige Todesfälle). Seit 2000 sind die verlorenen potenziellen Lebensjahre bei Frauen um 40,0% und bei Männern um 46,8% zurückgegangen.

Die **Lebenszufriedenheit** gibt Auskunft über den Anteil der Bevölkerung, die mit ihrem aktuellen Leben zufrieden ist. Diese Selbsteinschätzung zur Lebensqualität der Bevölkerung ist subjektiv und nicht unbedingt von der Deckung der materiellen Bedürfnisse abhängig. Im Jahr 2024 waren 29,9% der Bevölkerung nach eigener Einschätzung zufrieden und 34,3% sehr zufrieden. Die Entwicklung seit 2014 ist sowohl bei den Personen, die zufrieden sind, als auch bei denjenigen, die sehr zufrieden sind, rückläufig (–6,8% bzw. –5,5%).

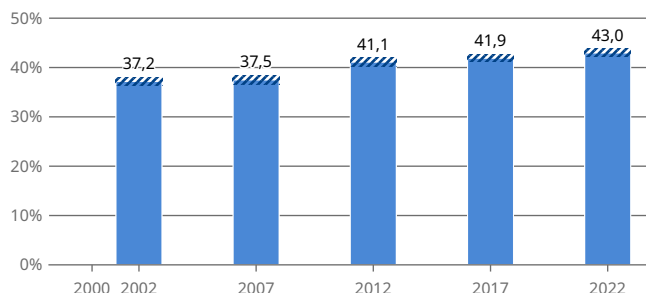
Die Anzahl Todesfälle durch Suizid gibt Auskunft über die Zufriedenheit, das psychische Wohlbefinden und die psychosoziale Situation der Menschen. Die **Suizidrate** zeigt die Anzahl der Todesfälle durch Suizid pro 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Im Jahr 2024 lag sie bei 9,1, was einem Rückgang um 42,1% gegenüber 2000 entspricht. Die Suizidrate war 2024 bei Frauen niedriger als bei Männern (5,1 gegenüber 13,2).

Gesundheitsdeterminanten

Übergewicht

Anteil der Bevölkerung ab 15 Jahren mit Übergewicht (BMI von 25 oder mehr)

Vertrauensintervall (95%)



Datenstand: 15.04.2026

Quelle: BFS – Schweizerische Gesundheitsbefragung (SGB)

gr-d-21.02.30.0391.01.01

© BFS 2026

Bei einem Body-Mass-Index (BMI) von 25 oder mehr spricht man von **Übergewicht**. Übergewicht, und insbesondere Adipositas, sind Risikofaktoren für zahlreiche Krankheiten wie Diabetes Typ 2 oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Übergewicht wird von zwei wichtigen Faktoren beeinflusst: Bewegung und Ernährungsgewohnheiten. Übergewichtige Kinder und Jugendliche leiden unter Umständen ihr ganzes Leben lang unter den Folgen. 2022 waren 43% der Bevölkerung ab 15 Jahren übergewichtig, was im Vergleich zu 2002 einer Zunahme um 15,5% entspricht.

Adipositas ist eine schwere Form des Übergewichts mit einem BMI von 30 oder mehr. Im Jahr 2022 waren 12,1% der Bevölkerung ab 15 Jahren adipös, was einem Anstieg von 4,5 Prozentpunkten gegenüber 2002 entspricht. Frauen waren 2022 weniger anfällig für Übergewicht und Adipositas (33,8%; +4,5 Prozentpunkte gegenüber 2002) als Männer (52,3%; +6,7 Prozentpunkte). Der geschlechtsspezifische Unterschied ist deutlich weniger ausgeprägt, wenn nur Adipositas betrachtet wird. Im Jahr 2022 waren 11% der Frauen und 13,2% der Männer adipös, was einer Zunahme um 3,6 bzw. 5,3 Prozentpunkte gegenüber 2002 entspricht¹².

Rauchen ist die Ursache zahlreicher Krankheiten und kann die Lebensqualität beeinträchtigen. Es ist ein Risikofaktor für Herz-Kreislauf-Erkrankungen, chronische Atemwegkrankungen und verschiedene Krebsarten. Nach eigenen Angaben rauchten 2022 in der Schweiz 24% der Bevölkerung ab 15 Jahren. Damit ist die **Raucherquote** gegenüber 2002 um 21,6% gesunken. Im Jahr 2022 rauchten 27,1% der Männer und 20,8% der Frauen, d. h. 8,9 Prozentpunkte bzw. 4,6 Prozentpunkte weniger als 2002.

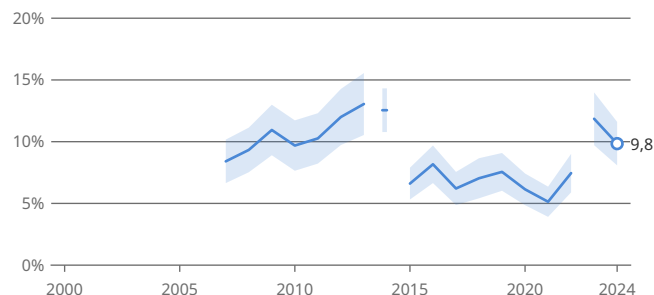
Masern sind eine Infektionskrankheit, die vor allem wegen ihrer Komplikationen gefährlich ist. Sie wird durch das Masernvirus verursacht. Wenn die **Durchimpfungsquote gegen Masern** hoch genug ist, kann sich der Krankheitserreger nicht weiterverbreiten und verschwindet gänzlich. Die empfohlene Durchimpfungsquote liegt bei 95%. Im Jahr 2022 waren 94% der Kinder unter zwei Jahren gegen Masern geimpft, 32,4% mehr als 2007.

Die **Feinstaubkonzentrationen**, ausgedrückt als Jahresmittelwerte der PM10-Konzentrationen, sind ein Standardindikator für die Luftqualität. Die ständige Exposition gegenüber Feinstaub birgt ein hohes Gesundheitsrisiko. Im Jahr 2025 lag die Konzentration in städtischen Gebieten bei 14,0 µg/m³, was einem Rückgang um 52,8% gegenüber 2000 entspricht.

Gesundheitswesen: Kosten und Zugang

Verzicht auf medizinische Leistungen¹ aus finanziellen Gründen

Anteil der armutsgefährdeten Bevölkerung ab 16 Jahren



Das Vertrauensintervall (95%) ist als hellere Fläche dargestellt.

2014, 2015 und 2023: Brüche in der Zeitreihe

¹ notwendige ärztliche oder zahnärztliche Leistungen

Datenstand: 15.04.2026

Quelle: BFS – Erhebung über die Einkommen und Lebensbedingungen (SILC)

gr-d-21.02.30.0308.01.01

© BFS 2026

Der **Verzicht auf notwendige medizinische Leistungen aus finanziellen Gründen** zeigt Ungleichheiten beim Zugang zur Gesundheitsversorgung auf. 2024 verzichteten 9,8% der armutsgefährdeten Bevölkerung aus finanziellen Gründen auf notwendige medizinische oder zahnmedizinische Leistungen. Die Entwicklung zwischen 2015 und 2022 ist statistisch nicht signifikant.

In der Regel wird aus finanziellen Gründen zuerst auf **zahnmedizinische Leistungen** verzichtet. 2024 verzichteten 8,7% der Bevölkerung in der untersten Einkommensgruppe (unterstes Quintil) auf zahnärztliche Leistungen und 2,1% auf **medizinische Leistungen**¹³. Dieser Unterschied ist auch in der Gesamtbevölkerung zu beobachten (5,0% bei zahnärztlichen Leistungen und 1,2% bei medizinischen Leistungen im Jahr 2024). Er ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass zahnärztliche Leistungen in der Regel nicht von der obligatorischen Krankenversicherung übernommen werden.



Die **Kosten des Gesundheitssystems**¹⁴ in Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) geben Auskunft darüber, wie viel Geld die Gesellschaft für die Gesundheit ausgibt. Über Ungleichheiten bei der Belastung der Haushalte oder der Verteilung der Mittel im Gesundheitswesen sowie über die Effizienz der Mittelverwendung werden keine Aussagen gemacht. 2024 machten die Gesundheitskosten 11,8% des BIP aus. In absoluten Zahlen beliefen sie sich auf rund 97,1 Milliarden Franken. Das sind 2,7 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2000.



SDG 4: Hochwertige Bildung

Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern

Ziel	Indikator	Bewertung des Indikators	Fokus SNE 2030/Spillover	Abschnitt des Länderberichts
4.1	Lesefähigkeit der 15-Jährigen	  		
4.3	Lehrkräfte an Hochschulen	  	 2030	Kapitel 4.3 des Länderberichts
4.4/4.5	Quote der Erstabschlüsse auf der Sekundarstufe II	  		
4.6	Teilnahme an Weiterbildung	  		
SDG 4	Digitale Kompetenzen	  		

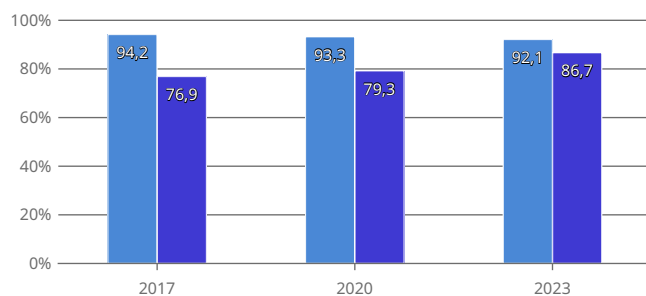
Hochwertige Bildung für alle

Quote der Erstabschlüsse auf der Sekundarstufe II

Erwerb eines Erstabschlusses bis zum vollendeten 25. Altersjahr

in % der gleichaltrigen Referenzbevölkerung

■ in der Schweiz geborene Schweizer/innen
■ im Ausland geborene Ausländer/innen



Datenstand: 15.04.2026

Quelle: BFS – Längsschnittdatenanalysen im Bildungsbereich (LABB)

gr-d-21.02.30.0404.01.01
© BFS 2026

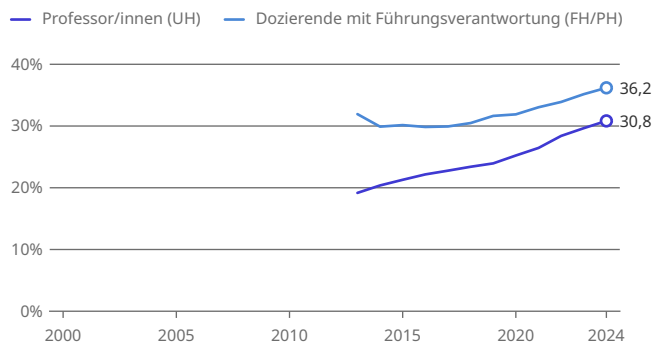
Ein nachhaltiges Bildungssystem hat die Aufgabe, Ungleichheiten auszugleichen, die Integration zu fördern und so den Erfolg aller Lernenden zu verbessern. Ein **Abschluss auf der Sekundarstufe II** vermittelt die für den Berufseinstieg nötigen Qualifikationen und öffnet den Zugang zur nächsten Bildungsstufe. Die Sekundarstufe II lässt sich in berufsbildende (berufliche Grundbildung) und in allgemeinbildende Ausbildungsgänge (gymnasiale Maturitätsschulen und Fachmittelschulen) unterteilen. Eine abgeschlossene Ausbildung auf Sekundarstufe II wird heute allgemein als Mindestvoraussetzung für eine erfolgreiche berufliche Eingliederung angesehen. Die Herkunft einer Person kann ihre Chancen jedoch entscheidend prägen. Im Jahr 2023 hatten 92,1% der in der Schweiz geborenen Schweizerinnen und Schweizer bis zum Alter von 25 Jahren einen Abschluss der Sekundarstufe II erlangt, gegenüber 86,7% der im Ausland geborenen Ausländerinnen und Ausländer. Die Differenz zwischen den beiden Gruppen hat sich gegenüber 2017 um 68,6% verringert.

Das Bildungssystem muss sicherstellen, dass der **Zugang zur höheren Bildung** nicht von der sozialen Herkunft oder dem Bildungsstand der Eltern abhängt¹⁵. 2021 belief sich der Anteil der Personen mit einem Tertiärabschluss bei Personen mit Eltern ohne nachobligatorische Ausbildung auf 20,4% und bei Personen, bei denen mindestens ein Elternteil die Sekundarstufe II oder die Tertiärstufe abgeschlossen hat, auf 42,7% bzw. 73%. Unabhängig vom Bildungsstand ihrer Eltern erlangen die jüngeren Generationen häufiger einen Tertiärabschluss als ältere Generationen.



Lehrkräfte an Hochschulen

Professor/innen und Dozierende mit Führungsverantwortung, Frauenanteile



Datenstand: 15.04.2026

gr-d-21.02.30.0403.01.01

Quelle: BFS – Statistik der Lehrkräfte und des Personals im Bildungswesen © BFS 2026

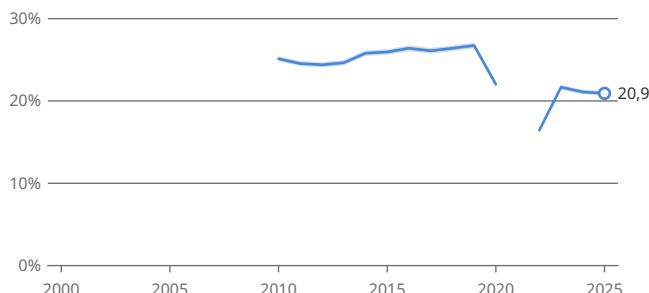
Der **Frauenanteil im Lehrkörper** der universitären Hochschulen (UH) bzw. der Fachhochschulen (FH) und pädagogischen Hochschulen (PH) veranschaulicht die Chancengleichheit von Frauen und Männern in den Bildungsgängen. Professorinnen sind auch Vorbilder für Studentinnen, vor allem in den spezifischen Studiengängen, in denen sie untervertreten sind. 2024 machten Frauen in UH 30,8% und in FH/PH 36,2% des Lehrpersonals aus. Diese Anteile sind seit 2013 um 46,1% bzw. 14,4% gestiegen.

Lesen zu können ist eine wichtige Fähigkeit in unserer Gesellschaft. Die **Lesefähigkeit der 15-Jährigen** gibt Auskunft über den Anteil der Schülerinnen und Schüler, die am Ende der obligatorischen Schulzeit über die zur Bewältigung des modernen Alltags erforderliche Lesekompetenz verfügen. 2022 erreichten 75,4% der 15-Jährigen auf einer Skala von 1 bis 6 mindestens das Kompetenzniveau 2, das waren 5,8% weniger als 2015.

Lebenslanges Lernen

Teilnahme an Weiterbildung

Anteil Personen, die an nichtformalen Weiterbildungsaktivitäten teilnehmen, an der ständigen Wohnbevölkerung von 25 bis 74 Jahren



2021: Bruch der Zeitreihe aufgrund einer Anpassung der Methode. Die Ergebnisse werden nicht veröffentlicht, da der Übergang zum neuen Datenerhebungsmodus für alle Erhebungsquartale nicht abgeschlossen ist.

Das Vertrauensintervall (95%) ist als hellere Fläche dargestellt.

Datenstand: 15.04.2026

gr-d-21.02.30.0406.01.01

Quelle: BFS – Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE)

© BFS 2026

Mit der **Teilnahme an Weiterbildung** können Menschen ihre Kenntnisse erweitern, den gesellschaftlichen Wandel verstehen und sich an Veränderungen anpassen. Nicht zuletzt bereitet Weiterbildung auch persönliche Zufriedenheit und fördert den Austausch mit Personen mit ähnlichen Interessen. 2025 nahmen 20,9% der Bevölkerung an Weiterbildungsaktivitäten teil. Es gibt kaum Unterschiede zwischen Frauen (21,0%), Männern (20,8%), Personen mit Schweizer Staatsangehörigkeit (21,3%) oder Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (20,1%).

Der digitale Wandel führt zu tiefgreifenden Veränderungen im beruflichen und privaten Alltag. Damit sich die Bevölkerung an die neue Situation anpassen kann, braucht sie entsprechende Kompetenzen. Durch den Kompetenzerwerb kann die Teilhabe aller Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz an politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Prozessen, die sich digital abspielen, sichergestellt werden. Im Jahr 2025 verfügten 41,0% der Bevölkerung zwischen 15 und 88 Jahren über erweiterte **digitale Kompetenzen**, die über die Grundkompetenzen hinausgehen. Dies sind 10,8% mehr als noch 2021. Der Anteil variiert je nach Alter: Je höher das Alter, desto geringer fällt der Bevölkerungsanteil mit erweiterten digitalen Kompetenzen aus.



SDG 5: Geschlechtergleichheit

Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen

Ziel	Indikator	Bewertung des Indikators	Fokus SNE 2030/Spillover	Abschnitt des Länderberichts
5.1	Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern			Kapitel 4.3 des Länderberichts
5.2	Häusliche Gewalt	*		Kapitel 4.3 des Länderberichts
5.4	Belastung durch Erwerbsarbeit und Haus-/Familienarbeit			Kapitel 4.3 des Länderberichts
5.5	Frauenanteil im Nationalrat und in den Kantonsparlamenten			Kapitel 4.3 des Länderberichts
	Berufliche Stellung nach Geschlecht			

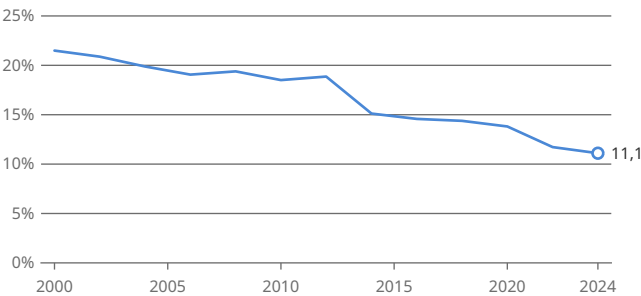
* Aufgrund der relativ geringen und stark schwankenden Fallzahlen lässt sich der Indikator nicht beurteilen.

Berufliches und öffentliches Leben



Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern

Lohnunterschied¹ zwischen Frauen und Männern im Verhältnis zum monatlichen Bruttolohn der Männer, privater Sektor



¹ Werte auf Basis des Medianlohns

Datenstand: 15.04.2026

Quelle: BFS – Schweizerische Lohnstrukturerhebung (LSE)

gr-d-21.02.30.0501.01.01

© BFS 2026

Die Gleichstellung von Mann und Frau verlangt, dass beide Geschlechter den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit erhalten. Die Lohnunterschiede nach Geschlecht lassen sich teilweise durch objektive Faktoren wie Ausbildung, berufliche Stellung, Berufserfahrung usw. erklären. Der restliche Anteil der Lohnunterschiede kann nicht durch diese objektiven Faktoren erklärt werden und wird als unerklärter Anteil bezeichnet. Der Indikator zeigt den **Lohnunterschied** (standardisiert auf ein Vollzeitäquivalent) zwischen Frauen und Männern im Verhältnis zum monatlichen Bruttolohn der Männer im privaten Sektor. 2024 betrug der

standardisierte monatliche Bruttomedianlohn der Frauen im privaten Sektor 6245 Franken, jener der Männer 7025 Franken. Dies entspricht einer Lohndifferenz von 11,1%. Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern hat im privaten Sektor seit 2000 um 48,3% abgenommen. Basierend auf dem arithmetischen Mittel^h können mit dem Durchschnittslohn der erklärte und der unerklärte Anteil des Lohnunterschieds eruiert werden¹⁶. Bei einer durchschnittlichen Lohndifferenz von 17,5% im Jahr 2022 betrug der unerklärte Anteil des geschlechtsspezifischen Lohngefälles im privaten Sektor 44,9% (653 Franken pro Monat)¹⁷.

Zur besseren Differenzierung der Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern berücksichtigt der Indikator der geschlechtsspezifischen Gesamteinkommensunterschiede (GOEG: *Gender Overall Earnings Gap*) nebst dem Erwerbseinkommen (Bruttostundenlohn) auch die Unterschiede bei der monatlichen Arbeitszeit in Stunden und bei der Erwerbsbeteiligung. Der GOEG lag im Jahr 2022 bei 39,5%, was bedeutet, dass das kumulierte Erwerbseinkommen von Frauen über ihr gesamtes Erwerbsleben hinweg um 39,5% niedriger ausfällt als das der Männer. Diese Differenz hat sich im Zeitverlauf verringert (2014: 44,9%; 2016: 43,3%, 2018: 43,2%; 2020: 41,7%)¹⁸.

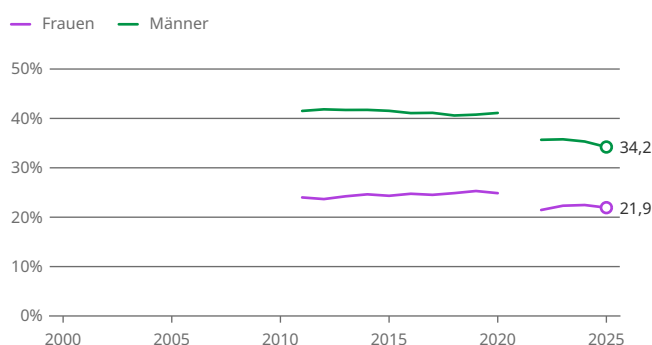
^h Aufgrund der Messmethode wurde für die Berechnung der Lohnunterschiede das arithmetische Mittel verwendet und nicht der Medianwert, der in deskriptiven Analysen des BFS gemeinhin als Referenzwert zur Anwendung kommt. Die Analyse der Unterschiede (erklärter und unerklärter Anteil) anhand des Oaxaca-Modells entspricht einer Zerlegung der Differenz der Durchschnittslöhne.

Die geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede lassen sich unter anderem dadurch erklären, dass Frauen in Berufen mit tiefem Lohnniveau überproportional vertreten sind. 2024 war der Anteil der Beschäftigten mit einem Tieflohn (< 4683 Franken) im öffentlichen und privaten Sektor bei den Frauen fast doppelt so hoch wie bei den Männern. Männer sind im Gegenzug in Berufen mit hohem Lohnniveau überproportional vertreten.¹⁹



Berufliche Stellung nach Geschlecht

Anteil Arbeitnehmer/innen in der Unternehmensleitung oder mit leitender Funktion an allen Arbeitnehmer/innen



2021: Bruch in der Zeitreihe aufgrund methodischer Anpassungen

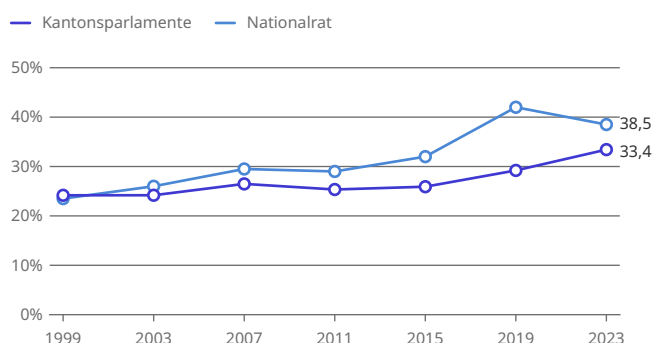
Datenstand: 15.04.2026 gr-d-21.02.30.0505.02.01
Quelle: BFS – Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE) © BFS 2026

Der Anteil der Frauen und Männer in Unternehmensleitungen oder mit Führungsfunktion an der Gesamtheit der Arbeitnehmenden gibt Aufschluss über die **berufliche Stellung nach Geschlecht** und mögliche Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern in Bezug auf Führungsfunktionen. 2025 waren 21,9% der Arbeitnehmerinnen in einer Führungsfunktion tätig, bei den Arbeitnehmern lag dieser Anteil bei 34,2%. Der Unterschied zwischen Frauen und Männern ist seit 2022 um 13,6% gesunken.



Frauenanteil im Nationalrat und in den Kantonsparlamenten

Anteil der Frauen an allen Gewählten



Datenstand: 15.04.2026 gr-d-21.02.30.0505.01.01
Quelle: BFS – Statistik der Wahlen und Abstimmungen © BFS 2026

Eine angemessene Vertretung von Frauen in politischen Organen fördert den Einbezug der Geschlechterperspektiven in politische Entscheidungen, was für die Realisierung der Gleichstellung zwischen Frau und Mann von grosser Bedeutung ist. Im Jahr 2023 belief sich der **Frauenanteil im Nationalrat** auf 38,5% und in den **Kantonsparlamenten** auf 33,4%. Seit 1999 ist der Frauenanteil im Nationalrat um 63,8% und in den Kantonsparlamenten um 38,3% gewachsen.

Im Zeitraum 2021–2026 belief sich der Frauenanteil in den Exekutiven der Kantone auf 34,4%. Je nach Partei und Kanton bestehen grosse Unterschiede. Die höchsten Frauenanteile gab es in den Kantonen Waadt (71,4%), Solothurn (60,0%), Neuenburg (60,0%), Genf (57,1%) und Zürich (57,1%) zu beobachten. Umgekehrt fiel der Frauenanteil in den Kantonen Freiburg, Schwyz und Uri mit je 14,3% am tiefsten aus.²⁰

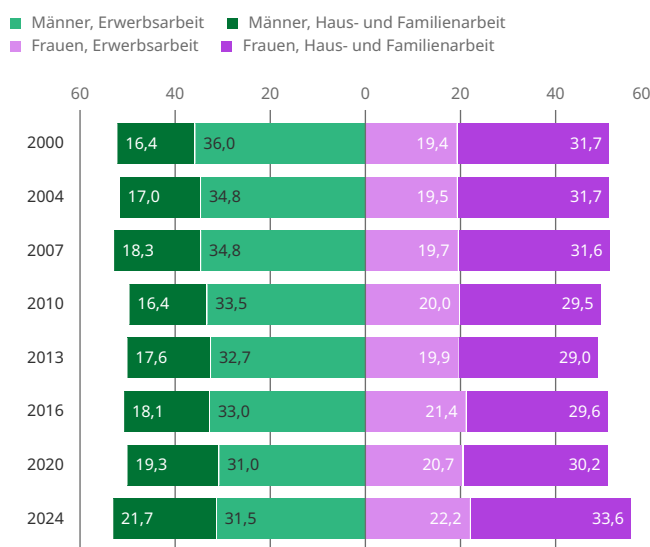
Vereinbarkeit von Beruf und Familienarbeit

Durchschnittlicher Aufwand für Erwerbsarbeit und Haus-/Familienarbeit



Ständige Wohnbevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren

Stunden pro Woche



2010 und 2021: Revision der SAKE

Datenstand: 15.04.2026 gr-d-21.02.30.0504.01.01
Quelle: BFS – SAKE, Modul «Unbezahlte Arbeit» © BFS 2026

Um die Gleichstellung zu erlangen, müssen Frauen und Männer die gleichen Möglichkeiten haben, Berufs- und Privatleben zu vereinbaren. Dies kann unter anderem durch familienfreundliche Bedingungen begünstigt werden, wie familienergänzende Kinderbetreuung oder die Möglichkeit für beide Geschlechter, einer wirtschaftlich tragfähigen und steuerlich attraktiven Teilzeitbeschäftigung nachzugehen. Nebst diesen objektiven Faktoren können die Unterschiede bei der Aufteilung zwischen bezahlter Arbeit und unbezahlter Haus- und Familienarbeit auch auf individuelle Entscheide zurückgehen. Gemäss dem Indikator

Belastung durch Erwerbsarbeit sowie Haus- und Familienarbeit arbeiteten Männer im Jahr 2024 insgesamt 53,2 Stunden pro Woche, Frauen 55,8 Stunden. Frauen investierten mehr Zeit in die Haus- und Familienarbeit (34 Stunden pro Woche) als Männer (22 Stunden pro Woche). Bei der bezahlten Arbeit ist die Situation umgekehrt: 2024 leisteten Frauen 22 Stunden bezahlte Arbeit pro Woche, Männer 32 Stunden. Zwischen 2010 und 2020 verringerte sich die geschlechtsspezifische Differenz bei diesem Indikator um 21,7%.

In Paarhaushalten (beide Personen zwischen 25 und 54 Jahren) mit Kindern reduziert die Frau häufig ihren Beschäftigungsgrad oder verzichtet (vorübergehend) auf jegliche Erwerbstätigkeit. Das vorherrschende **Erwerbsmodell** in Familienhaushalten ist der vollzeiterwerbstätige Vater und die teilzeiterwerbstätige Mutter. Rund jeder zweite Paarhaushalt mit jüngstem Kind unter 13 Jahren wählte im Jahr 2024 dieses Modell. Nur in 7,6% der Paarhaushalte (mit oder ohne Kinder) waren beide Partner teilzeiterwerbstätig²¹.

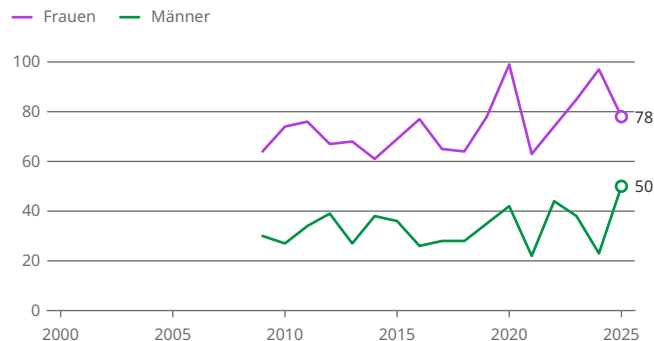
2023 trugen Frauen im Schnitt gut ein Viertel (28,0%) zum **jährlichen Erwerbseinkommen eines Haushalts** mit Kindern bei, während Männer rund zwei Drittel (64,8%) beisteuerten. Der Rest stammte von anderen Haushaltsmitgliedern. Dieser Unterschied ist umso ausgeprägter, je mehr Kinder im Haushalt leben. Bei Paaren ohne weitere Haushaltsmitglieder brachten Frauen 41,3% des gesamten Erwerbseinkommens ein²².

Im Jahr 2024 arbeitete die ständige Wohnbevölkerung ab 15 Jahren in der Schweiz insgesamt 12,2 Milliarden Stunden unbezahlt, was im Durchschnitt 1350 Stunden pro Person bedeutet. **Frauen** leisteten 59,7% der **unbezahlten Arbeit** (7275 Stunden). Hausarbeit machte mit 9,8 Milliarden Stunden vier Fünftel des Gesamtvolumens an unbezahlter Arbeit aus. Die Betreuung von Kindern und Erwachsenen im eigenen Haushalt liess sich mit 1,8 Milliarden Stunden oder 15% des Gesamtvolumens pro Jahr beziffern²³.

Geschlechtsspezifische Gewalt

Häusliche Gewalt nach Geschlecht

Anzahl polizeilich registrierte Opfer schwerster physischer Gewalt im häuslichen Bereich



Datenstand: 15.04.2026

Quelle: BFS – Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS)

gr-d-21.02.30.0502.01.02

© BFS 2026

Häusliche Gewalt, insbesondere Gewalt in der Partnerschaft als deren häufigste Form, verursacht grosses menschliches Leid, da sie familiär oder emotional miteinander verbundene Personen betrifft. Der Indikator **häusliche Gewalt** gibt Auskunft über die Anzahl polizeilich registrierter Opfer schwerster physischer Gewalt (vollendete Tötungsdelikte, versuchte Tötungsdelikte mit schweren Körperverletzungen, schwere Körperverletzungen) im häuslichen Bereich. Während Männer tendenziell eher Opfer von körperlicher Gewalt in der Öffentlichkeit werden, besteht für Frauen ein erhöhtes Risiko, häusliche Gewalt zu erfahren.

Die Zahl der polizeilich registrierten Opfer von schwerer häuslicher Gewalt innerhalb einer Familie oder in einer aktuellen oder aufgelösten Partnerschaft schwankt seit 2009. Im Jahr 2025 waren zwei Drittel (60,9%) der Opfer von schwerer häuslicher Gewalt Frauen. Konkret waren 78 Frauen und 50 Männer betroffen, 2024 waren es 97 Frauen und 23 Männer. 34 Personen wurden 2025 im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt getötet, darunter 25 Frauen²⁴.

Bei ausgewählten, für den häuslichen Bereich relevanten Straftaten wird die **Beziehung zwischen der beschuldigten Person und dem Opfer** erfasst. Bei 39% dieser Straftaten wurde 2023 eine häusliche Beziehung registriert²⁵. 2025 wurden insgesamt 12 348 Fälle von häuslicher Gewalt polizeilich registriert, wobei 70,2% der Opfer Frauen waren²⁶. Ein grosser Teil der häuslichen Gewalt betrifft minderschwere Gewaltstraftaten (z. B. Tötlichkeiten, Drohungen, Beschimpfungen, einfache Körperverletzung). Das Anzeigeverhalten bei solchen Straftaten ist sehr unterschiedlich, die Dunkelziffer ist hoch.





SDG 6: Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen

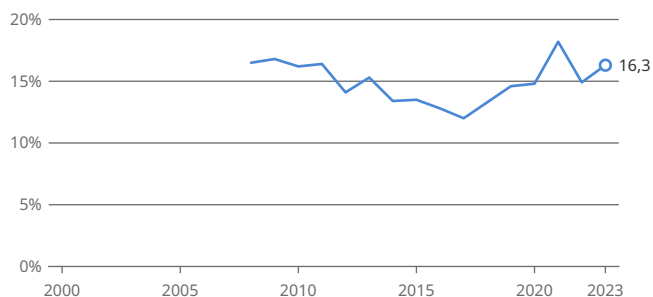
Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten

Ziel	Indikator	Bewertung des Indikators	Fokus SNE 2030/Spillover	Abschnitt des Länderberichts
6.1	Nitrat im Grundwasser			
6.4	Trinkwasserverbrauch			
6.6	Strukturen der Fließgewässer			Kapitel 4.2 des Länderberichts

Qualität und nachhaltige Nutzung von Wasser

Nitrat im Grundwasser

Anteil der Messstationen, an denen die gesetzliche Bestimmung für den Nitratgehalt (25mg/l) überschritten wurde



Datenstand: 15.04.2026
Quelle: BAFU – NAQUA

gr-d-21.02.30.0601.01.01
© BFS 2026

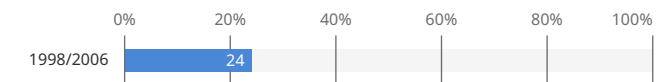
Nitrate sind mengenmässig die häufigsten Schadstoffe im **Grundwasser**; sie sind zudem Leitsubstanzen, die auf das Vorhandensein anderer Schadstoffe wie Pflanzenschutzmittel hinweisen können. Zu viel Nitrat im Wasser kann die menschliche Gesundheit gefährden. In der Schweiz stammen rund 80% des Trinkwassers aus dem Grundwasser, wobei es sich bei etwa der Hälfte um Quellwasser handelt. Der Rest wird aus Seen und Flüssen gewonnen. Nitrat gelangt hauptsächlich durch den landwirtschaftlichen Einsatz von stickstoffhaltigem Dünger ins Grundwasser. 2023 wurde bei 16,3% der Messstationen eine Überschreitung des maximal zulässigen Werts von 25 mg/l festgestellt. Diese Werte haben sich seit 2008 statistisch nicht signifikant verändert.

Nitrat und Phosphat in Fließgewässern sind gute Indikatoren für die Auswirkungen menschlicher Aktivitäten auf die Qualität von Oberflächengewässern. Diese Nährstoffe können zu einer Eutrophierung stehender Gewässer führen sowie zur Verschmutzung der Meere und Ozeane beitragen, in die die Flüsse münden. 2024 registrierten 86% der Messstationen einen guten oder sehr guten Zustand für Nitrat, bei Phosphat waren es 71%²⁷.

Der **Trinkwasserverbrauch** lag 2024 bei 276,3 Litern pro Person und Tag, was einem Rückgang um 29,5% gegenüber dem Jahr 2000 entspricht. In diesem Indikator nicht berücksichtigt ist das Wasser, das im Ausland für die Herstellung der in der Schweiz verbrauchten oder genutzten Güter und Dienstleistungen verwendet wird.

Strukturen der Fließgewässer

Anteil an der gesamten Fließgewässerstrecke, der in ungenügendem ökologischen Zustand ist¹



¹ Naturfern/künstlich, stark beeinträchtigt, eingedolt

Datenstand: 15.04.2026

Quelle: BAFU – Ökomorphologie Stufe F (flächendeckend)

gr-d-21.02.30.0606.01.01

© BFS 2026

Durch Begradigung und Eindämmung können Fließgewässer ihre natürlichen Funktionen nicht mehr ausreichend erfüllen, was den umliegenden Ökosystemen schadet. Der **Anteil der gesamten Fließgewässerstrecke** in ungenügendem ökologischen Zustand belief sich bei der bisher einzigen Erhebung für den Zeitraum 1998–2006 auf 24%. Im Rahmen dieser ökomorphologischen Erhebung wurden kleine und mittlere Fließgewässer (ohne Rhein, Aare, Rhone, Reuss und Limmat)

auf 30 000 Kilometern Wasserlauf untersucht. Die Ergebnisse wurden danach auf das Gewässernetz der Schweiz übertragen und extrapoliert, um eine gesamtschweizerische Analyse zu ermöglichen.

Wasserentnahmen für die Wasserkraft wirken sich auf die Fliessgewässer aus²⁸. Das sogenannte Restwasser bzw. die Wassermenge, die nach einer Entnahme im Flussbett verbleibt, muss so weit ausreichen, dass das Fliessgewässer seine natürlichen Funktionen weiterhin erfüllen kann. Wenn ein Fliessgewässer durch eine Wasserentnahme deutlich beeinflusst wird, muss es unterhalb der Entnahmestellen saniert werden²⁹. 2020 wurden 91% der damals 1028 sanierungspflichtigen Wasserentnahmen für die Wasserkraft saniert³⁰.



SDG 7: Bezahlbare und saubere Energie

Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern

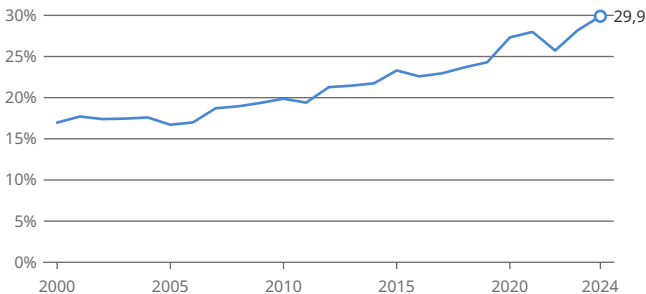
Ziel	Indikator	Bewertung des Indikators	Fokus SNE 2030/Spillover	Abschnitt des Länderberichts
7.1	Energieabhängigkeit vom Ausland			Kapitel 4.2 des Länderberichts
	Endenergieverbrauch nach Energieträger			
7.2	Elektrizitätsproduktion aus erneuerbarer Energie			Kapitel 4.2 des Länderberichts
	Erneuerbare Energien			
7.3	Endenergieverbrauch pro Person			Kapitel 4.2 des Länderberichts

Erneuerbare Energien



Erneuerbare Energien

Anteil am Endenergieverbrauch



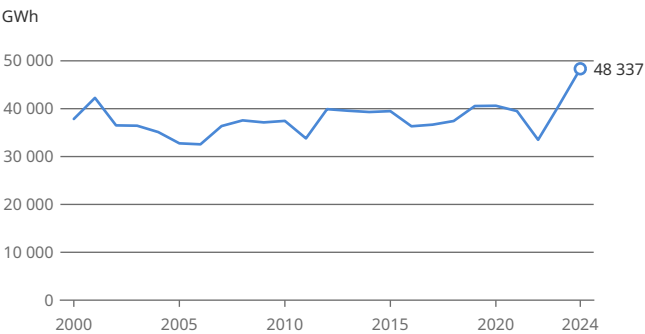
Datenstand: 15.04.2026
Quelle: BFE – Schweizerische Statistik der Erneuerbaren Energien
gr-d-21.02.30.0702.02.01
© BFS 2026

Die Verbrennung fossiler Treib- und Brennstoffe ist mit Schadstoff- und Treibhausgasemissionen verbunden. Erneuerbare Energien werden laufend oder zyklisch von der Natur produziert und sind verfügbar, solange sie sich schneller oder gleich schnell erneuern, wie sie verbraucht werden. Verglichen mit fossilen Energieträgern oder der Kernenergie entstehen bei ihrer Nutzung relativ wenig Emissionen und Abfälle. Die Erzeugung von Elektrizität aus erneuerbarer Energie kann jedoch auch Auswirkungen auf die Umwelt haben (z. B. Beeinflussung des Landschafts- oder Ortsbilds, Gewinnung von natürlichen Ressourcen wie seltene Erden).

Der Anteil der **erneuerbaren Energien** am Endenergieverbrauch lag im Jahr 2024 bei 29,9% und damit 61,1% höher als im Jahr 2000. Zu den erneuerbaren Energien gehören die Energieträger Wasserkraft, Holz, Wind, Sonne, Biotreibstoffe, Biogas, Umweltwärme sowie erneuerbare Anteile aus Abfällen und Abwasser.

Elektrizitätsproduktion aus erneuerbarer Energie

Elektrizitätsproduktion aus Wasserkraftwerken



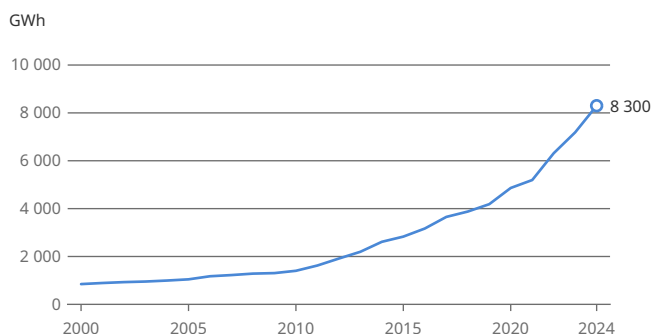
Datenstand: 15.04.2026
Quelle: BFE – Schweizer Elektrizitätsstatistik
gr-d-21.02.30.0702.01.02
© BFS 2026

Im Jahr 2024 erzeugten **Wasserkraftwerke** 48 337 Gigawattstunden (GWh) **Strom**. Nach Abzug des Verbrauchs der Speicherpumpen entspricht dies 57,1% der gesamten Netto-Elektrizitätsproduktion und einem Anstieg um 5,1% gegenüber 2000. 2024 fiel die Stromproduktion der Wasserkraftwerke höher aus als 2023, was hauptsächlich auf sehr günstige hydrologische Bedingungen zurückzuführen ist.



Elektrizitätsproduktion aus erneuerbarer Energie

Elektrizitätsproduktion aus neuer erneuerbarer Energie



Datenstand: 15.04.2026

gr-d-21.02.30.0702.01.01

Quelle: BFE – Schweizerische Statistik der erneuerbaren Energien

© BFS 2026

Im Jahr 2024 wurden 8300 GWh **Strom** aus anderen **erneuerbaren Energien** erzeugt (ohne Wasserkraft). Dies entspricht 10,9% der gesamten Netto-Elektrizitätsproduktion. Gemäss Ziel 7.2 wird bis 2035 ein Zielwert von 17 000 GWh angestrebtⁱ; der Wert von 2024 stimmt zu 67,3% mit dem theoretischen Weg zur Erreichung des Ziels überein^j.

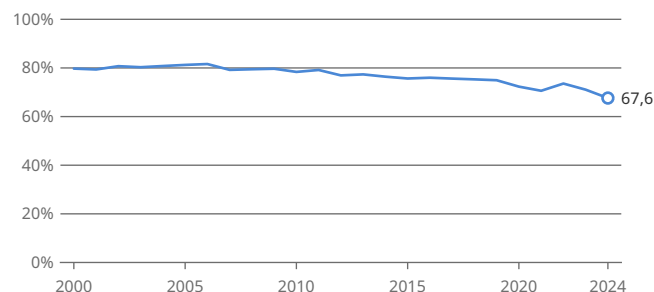
ⁱ Am 1. Januar 2025 traten mit dem Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien verschärfte Ziele in Kraft. Die Beurteilung bezieht sich jedoch auf das in der SNE 2030 formulierte Ziel.

^j Bei einem quantifizierten und datierten Ziel muss die Übereinstimmung mit dem theoretischen Pfad mindestens 97% betragen, damit die Entwicklung des Indikators als positiv beurteilt werden kann. Bei diesem Indikator setzt sich die Beurteilung jedoch aus der Bewertung von zwei Variablen zusammen (Stromproduktion aus Wasserkraftwerken; Stromproduktion aus neuen erneuerbaren Energien), deren Entwicklung für die Gesamtbeurteilung kumuliert wird.

Energieverbrauch und -versorgung

Energieabhängigkeit vom Ausland

Anteil der Bruttoenergieimporte an der Gesamtenergieversorgung



Datenstand: 15.04.2026

gr-d-21.02.30.0701.01.01

Quelle: BFE – Gesamtenergiestatistik

© BFS 2026

Die **Energieabhängigkeit vom Ausland** zeigt den Anteil der Bruttoenergieimporte (Einfuhrüberschuss an Energieträgern und Kernbrennstoffen) an der Gesamtenergieversorgung der Schweiz. Sie gibt somit Auskunft über die Energieabhängigkeit der Schweiz vom Ausland, die grösstenteils auf Energieträgern nicht erneuerbaren Ursprungs beruht. Diese Abhängigkeit schafft Unsicherheiten für die Schweiz und könnte angesichts der Endlichkeit fossiler Ressourcen zu geopolitischen Spannungen beitragen. 2024 hing die Schweiz für die Energieversorgung zu 67,6% vom Ausland ab, was einer Verringerung um 11,5% gegenüber 2000 entspricht.

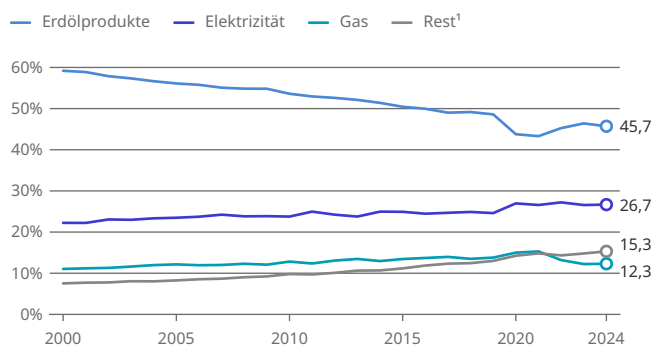
Massgebend für die Energieabhängigkeit vom Ausland sind die **Art und Herkunft der importierten Energieträger** sowie die Sicherheit und Vielfalt der Versorgung und der Beschaffungskanäle. Im Jahr 2024 war die Energieabhängigkeit der Schweiz zu 64% auf fossile Energieträger (Rohöl, Erdölprodukte und Gas) und zu 33% auf Kernbrennstoffe zurückzuführen³¹. Rund 3% entfielen auf Importe von Holzkohle, Holz und Kohle, Abfall sowie biogenen Treibstoffen. Die Schweiz produziert grundsätzlich mehr Strom als sie verbraucht (positiver jährlicher Exportsaldo). Im Winter importiert sie jedoch in der Regel Strom.





Endenergieverbrauch nach Energieträger

Anteile in Prozent



¹ Kohle, Holzenergie, Fernwärme, Industrieabfälle und übrige erneuerbare Energien

Datenstand: 15.04.2026

gr-d-21.02.30.0701.02.01

Quelle: BFE – Gesamtenergiestatistik

© BFS 2026

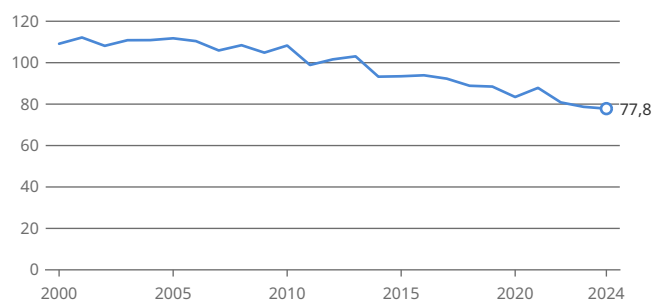
Eine **Diversifizierung der Energiequellen** auf mehrere Energieträger trägt zur Gewährleistung einer sicheren Energieversorgung bei, da dadurch die Abhängigkeit von einzelnen Quellen reduziert werden kann. 2024 entfielen 45,7% des Endenergieverbrauchs auf Erdölprodukte, 26,7% auf Strom und 12,3% auf Gas. Seit 2000 hat sich der Endenergieverbrauch aus Erdölzeugnissen um 22,9% verringert.



Endenergieverbrauch pro Person

Ohne internationalen Flugverkehr

Gigajoule pro Person



Datenstand: 15.04.2026

gr-d-21.02.30.0703.01.01

Quelle: BFE – Gesamtenergiestatistik; BFS – Zivilluftfahrtstatistik; STATPOP, ESPOP

© BFS 2026

Der Energieverbrauch steigert die Nutzung natürlicher Ressourcen und erhöht damit die Umweltbelastung. Eine Reduktion des Energieverbrauchs trägt daher zur nachhaltigen Entwicklung bei. Der **Endenergieverbrauch pro Kopf** ist gegenüber 2000 zurückgegangen. Im Jahr 2024 belief er sich in der Schweizer Bevölkerung auf 77,8 Gigajoule pro Person (ohne internationalen Flugverkehr^k). Die Abnahme folgt daraus, dass die Bevölkerung zwischen 2000 und 2024 um 25% gewachsen ist, während der Energieverbrauch im gleichen Zeitraum um 8,4% abgenommen hat (absolute Entkopplung). Im Hinblick auf die gemäss Ziel 7.3 bis 2035 angestrebte Reduktion des Pro-Kopf-Energieverbrauchs um 43% stimmt der 2024 gemessene Wert zu 97,3% mit dem theoretischen Weg zum Zielwert überein^l.

In **absoluten** Zahlen lag der **Endenergieverbrauch der Schweiz** im Jahr 2024 laut der Gesamtenergiestatistik³² bei 776 220 Terajoule (einschliesslich des internationalen Flugverkehrs). Der Treibstoffverbrauch für den internationalen Flugverkehr belief sich im Jahr 2024 auf 75 443 Terajoule, was 9,7% des Endverbrauchs entspricht³³. Der Verkehr war 2024 der **Sektor mit dem grössten Energieverbrauch** (38%), gefolgt von den Haushalten^m (27%), der Industrie (18%) und dem Dienstleistungssektor (16%)³⁴. Der Entwicklung des Energieverbrauchs liegen verbrauchssteigernde Effekte wie beispielsweise Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum zugrunde, gleichzeitig wird er unter anderem durch verbrauchsmildernde technologische Entwicklungen und politische Massnahmen beeinflusst. Beim Endenergieverbrauch wird im Gegensatz zum **Bruttoenergieverbrauch** den Umwandlungs- und Verteilungsverlusten nicht Rechnung getragen. Der Bruttoenergieverbrauch belief sich 2024 auf 1 029 980 Terajoule³⁵.

Die **Energieintensität**³⁶ der Schweizer Wirtschaft, ausgedrückt als Verhältnis zwischen dem Endenergieverbrauch und der Wirtschaftsleistung, ist gegenüber 2000 um 40% gesunken: Damals wurden für einen Franken des Bruttoinlandprodukts 1,7 Megajoule an Endenergie benötigt, 2024 waren es noch 1,0 Megajoule pro Franken (absolute Entkopplung).

^k Abgrenzung gemäss der Energieperspektiven des Bundes.

^l siehe Beurteilung der Indikator (Seite 6) für die Berechnungsmethode.

^m ohne den Verbrauch durch den Verkehr.



SDG 8: Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum

Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern

Ziel	Indikator	Bewertung des Indikators	Fokus SNE 2030/Spillover	Abschnitt des Länderberichts
8.1	Bruttoinlandprodukt pro Kopf			
8.2	Arbeitsproduktivität			Kapitel 4.1 des Länderberichts
8.4	Material-Fussabdruck			Kapitel 4.1 des Länderberichts
8.5(a)	Erwerbsbeteiligung von Menschen mit Behinderungen			Kapitel 4.3 des Länderberichts
8.5(b)	Erwerbsquote der Frauen			Kapitel 4.3 des Länderberichts
	Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern			
8.6	Jugendliche, die weder erwerbstätig noch in Ausbildung sind			
8.b	Jugenderwerbslosigkeit			
SDG 8	Armut der Erwerbstätigen			
SDG 8	Anteil Investitionen am Bruttoinlandprodukt			

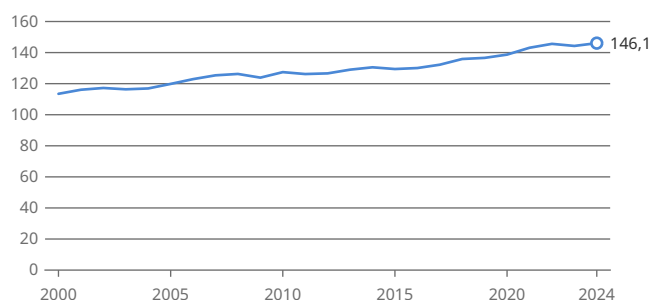
Nachhaltiges Wirtschaftswachstum



Arbeitsproduktivität

Entwicklung der Produktivität nach tatsächlichen Arbeitsstunden. Zu Preisen des Vorjahres

Index 1991=100



2023 und 2024: provisorisch

Datenstand: 15.04.2026

Quelle: BFS – Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR)

gr-d-21.02.30.0802.01.01

© BFS 2026

Die **Arbeitsproduktivität** drückt das Verhältnis zwischen der Bruttowertschöpfung und den tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden aus. Sie misst die Effizienz, mit der die Arbeitskräfte im Produktionsprozess eingesetzt werden. Wenn ein Land seine Arbeitsproduktivität überdurchschnittlich steigert, erhöht sich dessen Wettbewerbsfähigkeit, was in der Regel dazu führt, dass Arbeitsplätze erhalten oder neu geschaffen werden. Die Arbeitsproduktivität ist gegenüber 2000 schweizweit um 28,3% gestiegen.

Das **Bruttoinlandprodukt pro Kopf** (BIP) wird in der Regel als Indikator für den Lebensstandard eines Landes herangezogen. Es erlaubt keine Aussagen über Einkommens- und Vermögensverteilung, Lebensqualität und Auswirkungen der wirtschaftlichen Aktivitäten auf die Umwelt. Im Jahr 2024 betrug das BIP pro Kopf in der Schweiz rund 94 350 Franken, was einer Zunahme um 42,4% gegenüber 2000 entspricht.

Das wirtschaftliche Kapital wird durch Investitionen erneuert und vermehrt. Der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BIP ist daher ein wichtiger Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit, das zukünftige Wirtschaftswachstum und den langfristigen materiellen Wohlstand. Im Jahr 2024 belief sich der **Anteil der Investitionen am BIP** auf 26,1%. Er hat sich gegenüber 2000 statistisch nicht signifikant verändert. Ausgaben für immaterielle Güter wie Bildung und Gesundheit, die zum Human- und Sozialkapital beitragen, werden nicht berücksichtigt. Der Indikator macht keine Aussagen zur Relevanz dieser Investitionen für die nachhaltige Entwicklung.

Ausländische Märkte sind für die Schweiz als Absatzmöglichkeit wie auch für den Bezug von Gütern und Dienstleistungen von Bedeutung. Die **Aussenhandelsverflechtung**³⁷ zeigt den Mittelwert aus Importen und Exporten von Waren und Dienstleistungen im Verhältnis zum Schweizer BIP. Seit 2017 liegt die Aussenhandelsverflechtung über der 50%-Marke und erreichte 2019 einen Wert von 53,9%, bevor sie 2020 im Zuge der Covid-19-Pandemie auf 50,6% sank. 2024 lag sie bei 54,3% und erreichte damit ein höheres Niveau als vor der Covid-19-Pandemie.

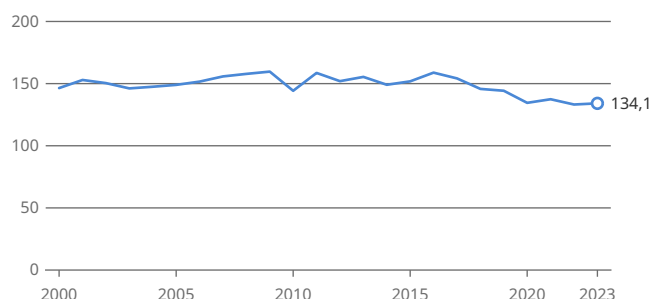
In der globalisierten Welt haben unser Produktions- und Konsumverhalten sowie unsere Entscheide einen Einfluss auf andere Länder. Diese Auswirkungen werden gemeinhin Übertragungseffekte oder «Spillover-Effekte» genannt.



Material-Fussabdruck

Inländischer Rohstoffverbrauch (RMC)

Millionen Tonnen



2023: provisorisch

Datenstand: 15.04.2026

Quelle: BFS – Umweltgesamtrechnung

gr-d-21.02.30.0804.01.01

© BFS 2026

Der **Material-Fussabdruck**, auch inländischer Rohstoffverbrauch (RMC: Raw Material Consumption) genannt, berücksichtigt nebst den in der Schweiz gewonnenen Rohstoffen auch die Menge aller Rohstoffe, die im Ausland für die Herstellung und den Transport der in der Schweiz verbrauchten oder genutzten Güter und Dienstleistungen verwendet werden. Der RMC der Schweiz wurde im Jahr 2023 auf 134,1 Millionen Tonnen geschätzt und ist gegenüber 2000 um 12,3 Millionen Tonnen bzw. 10,0% zurückgegangen. Zwischen 2000 und 2023 machten die in der Schweiz gewonnenen Rohstoffe 40% des Material-Fussabdrucks aus. Dieser berücksichtigt alle Rohstoffe, die in die Produktion von Gütern und Dienstleistungen fließen, unabhängig davon, ob diese in der Schweiz verbraucht bzw. genutzt oder exportiert werden.

Der Anteil der in der Schweiz bzw. im Ausland gewonnenen Rohstoffe variiert je nach Rohstoffart. Im Jahr 2023 wurden die in der Schweiz verbrauchten fossilen Energieträger und Erze vollständig im Ausland gefördert und dann importiert, wohingegen Biomasse sowie nichtmetallische Mineralien beide zu je 66% in der Schweiz gewonnen wurden.

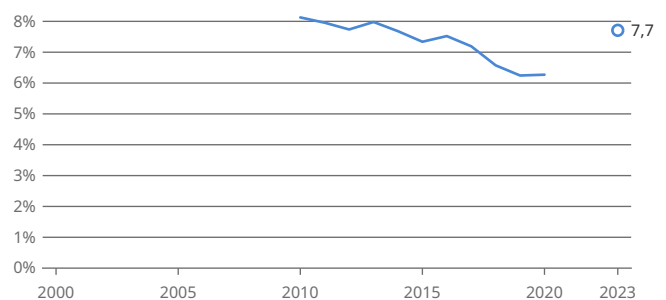
Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion zielen darauf ab, «aus weniger mehr zu machen». Es geht darum, durch die Verringerung von Ressourceneinsatz, Umweltbelastung und Verschmutzung während des gesamten Lebenszyklus die sozioökonomischen Nettogewinne der Wirtschaftsaktivitäten zu steigern und die Lebensqualität zu erhöhen.

Aus der Umwelt gewonnene Rohstoffe werden verarbeitet und anschliessend von der Gesellschaft genutzt. Manchmal werden sie jahrelang in Form von Gebäuden oder Infrastruktur gebunden, manchmal recycelt, bevor sie früher oder später wieder als Emissionen in die Umwelt abgegeben oder in Deponien gelagert werden. In einer Kreislaufwirtschaft sollen Materialien möglichst lange in Umlauf gehalten und Rohstoffverbrauch, Abfälle sowie andere Emissionen auf diese Weise minimiert werden. Seit 2000 ist die **Kreislauf-Materialnutzungsquote**³⁸ stetig angestiegen und belief sich im Jahr 2023 auf rund 14,5%. Mit 71% machten Mineralien den höchsten Anteil am rückgewonnenen Material aus. 17% entfielen auf Biomasse, 11% auf Metalle und 2% auf fossile Energieträger.

Arbeitsmarkt

NEET: Jugendliche, die weder erwerbstätig noch in Ausbildung sind

Anteil der nichterwerbstätigen Jugendlichen zwischen 15 und 29 Jahren, die weder an Bildung noch an Weiterbildung teilnehmen



2021, 2022: Bruch in der Zeitreihe aufgrund methodischer Anpassungen

Datenstand: 15.04.2026

Quelle: BFS – Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE)

gr-d-21.02.30.0806.01.01

© BFS 2026

Erwerbsarbeit ist eine zentrale Voraussetzung, um den Lebensunterhalt selbständig bestreiten und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Die Integration in den Arbeitsmarkt wird durch eine fundierte Bildung begünstigt. 2023 lag der Anteil der **15- bis 29-Jährigen, die weder erwerbstätig noch in Ausbildung sind** (NEET: Not in Education, Employment or Training) in der Schweiz bei 7,7%. Im Zeitraum 2010–2020, vor dem Zeitreihenbruch, war die NEET-Quote um 19,9% zurückgegangen.

Während die NEET-Quote einen umfassenden Überblick über den Arbeitsmarktausschluss liefert, gibt die Erwerbslosenquote Auskunft über die Arbeitsmarktintegration der Arbeitsuchenden. Die **Jugenderwerbslosenquote** (15- bis 24-jährige Erwerbslose gemäss Definition des Internationalen Arbeitsamtes, ILO)ⁿ belief sich im zweiten Quartal 2025 auf 7,6% und war damit 1,6-mal höher als jene der gesamten Erwerbsbevölkerung (4,6%)³⁹. Diese stark von der Wirtschaftslage beeinflusste Quote ist seit 2000 um 23,5% angestiegen.

In der Gesamtbevölkerung variiert die **Erwerbslosenquote** je nach **Bildungsniveau**⁴⁰: Im Jahr 2025 (2. Quartal) belief sie sich bei der Bevölkerung ohne nachobligatorische Ausbildung auf 7,7%, bei jener mit einem Abschluss der Sekundarstufe II auf 4,7% und bei jener mit einem Tertiärabschluss auf 3,5%.

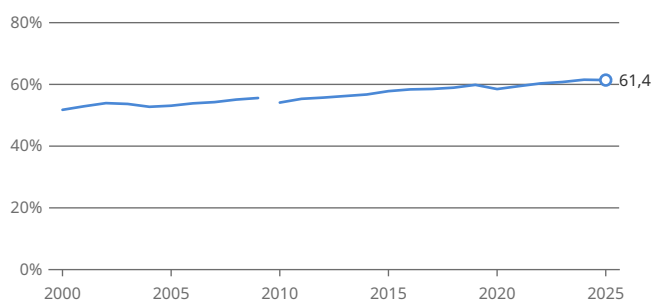
Anhand der Entwicklung der **Reallöhne**⁴¹ lässt sich die Kaufkraft der Löhne abbilden. Dazu werden die Nominallohne um den Anstieg des Preisniveaus bereinigt. Nach drei rückläufigen Jahren (2023: -0,4%; 2022: -1,9%; 2021: -0,8%) nahm die Kaufkraft 2024 wieder zu. Die deutlich gesunkene Inflation und die um 1,8% gestiegenen Nominallohne führten gesamtwirtschaftlich zu einer Reallohnerhöhung von 0,7%.

Ein nachhaltiges Wirtschaftssystem muss allen Menschen eine Erwerbstätigkeit ermöglichen, mit der sie ihren Lebensunterhalt bestreiten und ein menschenwürdiges Leben führen können. Im Jahr 2024 lag die **Armutsquote der Erwerbstätigen** bei 4,3%, was bedeutet, dass rund 175 000 Menschen trotz Erwerbsarbeit kein Einkommen über der Armutsgrenze erzielten. Die Entwicklung seit 2014 ist statistisch nicht signifikant.



Erwerbsquote der Frauen

Anteil der weiblichen Erwerbspersonen an der gleichaltrigen ständigen Wohnbevölkerung (15- bis 64-jährige Frauen), in Vollzeitäquivalenten



Die Grafik weist die Werte des 2. Quartals pro Jahr aus.
2010: Bruch in der Zeitreihe

Datenstand: 15.04.2026

gr-d-21.02.30.0805.01.01

Quelle: BFS – Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE)

© BFS 2026

Frauen werden durch ihre Integration in den Arbeitsmarkt finanziell unabhängiger und können am Berufsleben teilnehmen. Das Arbeitskräftepotenzial wird zudem besser ausgeschöpft. Die **Erwerbsquote der Frauen** zwischen 15 und 64 Jahren, ausgedrückt in Vollzeitäquivalenten, lag im zweiten Quartal 2025 bei 61,4% und hat seit 2010 um 11,2% zugenommen. Dabei besteht ein leichter Unterschied zwischen Ausländerinnen und Schweizerinnen, wobei die Erwerbsquote der Schweizerinnen tiefer liegt. Die Erwerbsquote in Vollzeitäquivalenten der Männer war im zweiten Quartal 2025 mit 83,1% höher als jene der Frauen⁴². Wird die Erwerbsquote nicht in Vollzeitäquivalenten ausgewiesen, ist sie sowohl bei den Frauen (80,8%) als auch bei den Männern (87,2%) höher⁴³. Hierbei fällt der Unterschied für Frauen grösser aus als für Männer. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass Frauen im Vergleich zu Männern häufiger teilzeitbeschäftigt sind.

Die Gleichstellung von Mann und Frau verlangt, dass beide Geschlechter den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit erhalten. Die Lohnunterschiede nach Geschlecht lassen sich teilweise durch objektive Faktoren wie Ausbildung, berufliche Stellung, Berufserfahrung usw. erklären. Der restliche Anteil der Lohnunterschiede kann nicht durch diese objektiven Faktoren erklärt werden und wird als unerklärter Anteil bezeichnet. Der Indikator zeigt den **Lohnunterschied** (standardisiert auf ein Vollzeitäquivalent) zwischen Frauen und Männern im Verhältnis zum monatlichen Bruttolohn der Männer im privaten Sektor. 2024 betrug der standardisierte monatliche Bruttomedianlohn der Frauen im privaten Sektor 6245 Franken, jener der Männer 7025 Franken. Dies entspricht einer Lohndifferenz von 11,1%. Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern hat im privaten Sektor gegenüber 2000 um 48,3% abgenommen. Basierend auf dem arithmetischen Mittel^o kann mit dem Durchschnittslohn der erklärte und der unerklärte Anteil des Lohnunterschieds eruiert werden⁴⁴. Bei einer durchschnittlichen Lohndifferenz von 17,5% im Jahr 2022 betrug der unerklärte Anteil des geschlechtsspezifischen Lohngefälles im privaten Sektor 44,9% (653 Franken pro Monat)⁴⁵.

Die Tatsache, dass Frauen – hauptsächlich aus familiären Gründen – ihre Erwerbstätigkeit häufiger unterbrechen und mehr Teilzeit arbeiten, die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in der Arbeitswelt wie beispielsweise beim Zugang zu Karriere-möglichkeiten sowie die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern führen zu Ungleichheiten bei der Altersrente. Unter dem Begriff *Gender Pension Gap* wird der prozentuale Unterschied der durchschnittlichen Renten aus der Altersvorsorge zwischen Frauen und Männern im Rentenalter verstanden. Im Jahr 2023 bezogen Frauen in der Schweiz im Schnitt 36 108 Franken Rente; Männer 52 488 Franken. Die durchschnittliche jährliche Gesamtrente der Frauen im Jahr 2023 war somit um 16 379 Franken

ⁿ Als Erwerbslose gemäss ILO gelten Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren, die in der Referenzwoche nicht erwerbstätig waren, die in den vorangegangenen vier Wochen aktiv eine Arbeit gesucht haben und die für die Aufnahme einer Tätigkeit verfügbar wären. Diese Definition entspricht den Empfehlungen des Internationalen Arbeitsamtes und der OECD sowie den Definitionen von EUROSTAT.

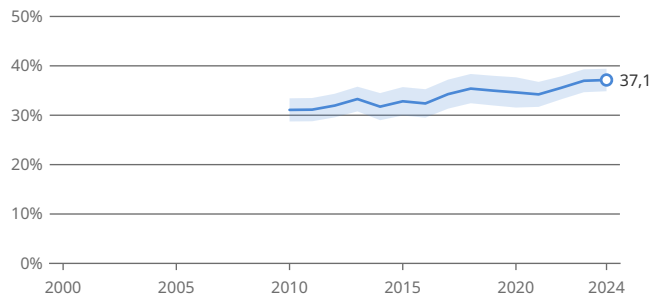
^o Aufgrund der Messmethode wurde für die Berechnung der Lohnunterschiede das arithmetische Mittel verwendet und nicht der Medianwert, der in deskriptiven Analysen des BFS gemeinhin als Referenzwert zur Anwendung kommt. Die Analyse der Unterschiede (erklärter und unerklärter Anteil) anhand des Oaxaca-Modells entspricht einer Zerlegung der Differenz der Durchschnitts-löhne.

tiefer als jene der Männer, was einem Gender Pension Gap von 31,2% entspricht. Im Verlauf der letzten Jahre hat sich dieser Wert kaum verändert⁴⁶.



Erwerbsbeteiligung von Menschen mit Behinderungen

Anteil der Erwerbstätigen an der 15- bis 64-jährigen Wohnbevölkerung mit stark einschränkenden Behinderungen, die in einem Privathaushalt lebt



Das Vertrauensintervall (95%) ist als hellere Fläche dargestellt.

Datenstand: 15.04.2026

gr-d-21.02.30.1002.01.01

Quelle: BFS – Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE)

© BFS 2026

Die **Beteiligung von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt** ist ein wichtiges Anliegen der Chancengleichheit. Sie ermöglicht, die finanzielle Eigenständigkeit dieser Personen zu verbessern, ihre Kompetenzen zu erhalten und anzuerkennen sowie ihre persönliche Entwicklung und die gesellschaftliche Teilhabe zu fördern. 2024 waren 37,1% der Menschen mit stark einschränkenden Behinderungen erwerbstätig. Dieser Anteil beläuft sich auf 63,6%, wenn sämtliche Menschen mit Behinderungen (mit geringen oder starken Einschränkungen) berücksichtigt werden, und auf 83,7% bei den Menschen ohne Behinderungen. Seit 2010⁴⁷ haben sich diese Anteile nicht signifikant verändert.

2024 waren 62,0% der **Frauen mit Behinderungen erwerbstätig**. Sie waren damit weniger aktiv auf dem Arbeitsmarkt als Männer mit Behinderungen (65,7%) und Frauen ohne Behinderungen (80,4%)⁴⁸. Die Erwerbslosenquote der Frauen mit Behinderungen belief sich im Jahr 2024 auf 3,8% und jene der Männer mit Behinderungen auf 4,7%, gegenüber 3,8% bzw. 3,6% bei den Frauen und Männern ohne Behinderungen.



SDG 9: Industrie, Innovation und Infrastruktur

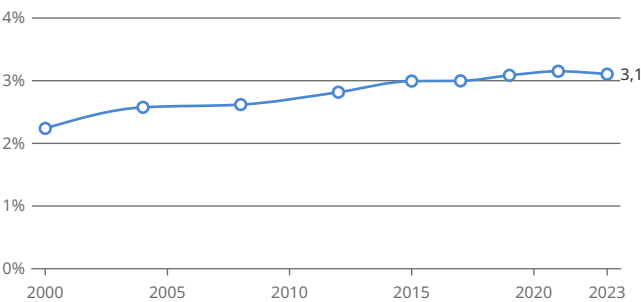
Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen

Ziel	Indikator	Bewertung des Indikators	Fokus SNE 2030/Spillover	Abschnitt des Länderberichts
9.1	Staubbelastung auf dem Nationalstrassennetz			
	Mittlere Distanz zur nächstgelegenen ÖV-Haltestelle			
9.2	Personalbestand multinationaler Unternehmen in Entwicklungsländern			
9.4	Materialintensität			
9.5	Aufwendungen für Forschung und Entwicklung			
SDG 9	Anzahl Forscherinnen und Forscher			
SDG 9	Wissenschaftliche Open-Access-Publikationen			Kapitel 6.2 des Länderberichts

Innovation

Aufwendungen für Forschung und Entwicklung

Im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt



Datenstand: 15.04.2026

Quelle: BFS – Wissenschaft und Technologie

gr-d-21.02.30.0905.01.01

© BFS 2026

Investitionen in Forschung und Entwicklung tragen zu einem innovationsfördernden Umfeld und dadurch zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit eines Landes bei. Sie können darüber hinaus zu einer Wirtschaft mit effizienterer Ressourcennutzung beitragen. 2023 setzte die Schweiz mehr als 26 Milliarden Franken dafür ein, was rund 3,1% ihres Bruttoinlandprodukts (BIP) entspricht. Der Indikator macht keine Aussagen zur Relevanz dieser Ausgaben für die nachhaltige Entwicklung.

Für ein ressourcenarmes Land wie die Schweiz ist es wichtig, das Potenzial der Digitalisierung bestmöglich zu nutzen, um die Arbeitsproduktivität zu erhöhen und sich als innovativer und zukunftsorientierter Wirtschafts- und Forschungsstandort zu behaupten. Die **Investitionen der Privatwirtschaft und des Staats in Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)**⁴⁹ haben in der Schweiz zwischen 2000 und 2024 von 19 154 auf 36 597 Millionen Franken zugenommen (zu Preisen des Vorjahres; Referenzjahr 2020). Dies entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von rund 2,7%.

Die Schweiz platzierte sich 2025 beim **Syntheseindex der Innovation**⁵⁰ an erster Stelle, vor allen EU-Ländern und berücksichtigten Drittstaaten. Seit 2020 hat sich der Abstand zwischen der Schweiz und den Ländern auf den Rängen zwei bis fünf insgesamt verringert. Innerhalb der EU wies Schweden den höchsten Wert auf, gefolgt von Dänemark und den Niederlanden. Der Index

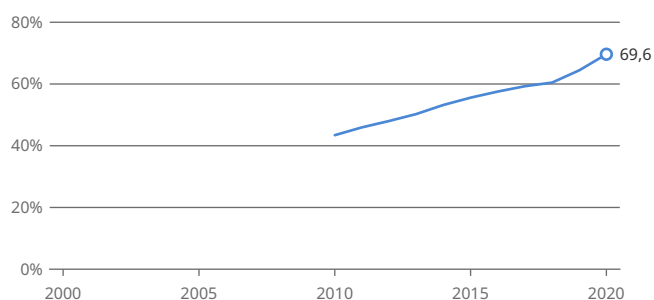
erfasst Informationen zur Innovationstätigkeit von Unternehmen, den dafür notwendigen Voraussetzungen sowie den wirtschaftlichen Auswirkungen.

Es braucht hochqualifizierte Fachkräfte, um die Technologie und Wissenschaft voranzutreiben. Die so gewonnenen Kenntnisse sind für die Wirtschaft wie auch für die Gesellschaft unentbehrlich und tragen zum Erhalt und zur Förderung des Humankapitals bei. Im Jahr 2023 waren pro 1000 Erwerbstätige rund zehn Personen als **Forschende** tätig (in Vollzeitäquivalenten). Der Indikator macht keine Aussagen zur Relevanz der Forschungsaktivitäten für die nachhaltige Entwicklung.



Open Access Publikationen

Anteil frei zugänglicher wissenschaftlicher Publikationen



Datenstand: 15.04.2026

Quelle: Clarivate Analytics, Bearbeitung SBF

gr-d-21.02.30.0991.01.01

© BFS 2026

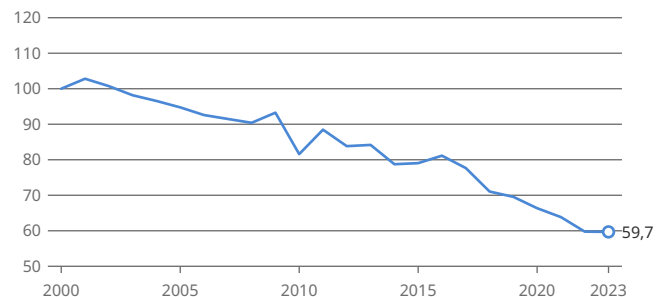
Der Open-Access-Ansatz (OA) der Schweiz fördert den Zugang der Bevölkerung zu Informationen im In- und Ausland, unabhängig von Einkommen und Finanzierungsmöglichkeiten. Im Zeitraum 2018–2022 belief sich der **Anteil der gemäss OA frei zugänglichen wissenschaftlichen Publikationen** an der Gesamtzahl der jährlich veröffentlichten wissenschaftlichen Publikationen auf 69,6%, was im Vergleich zum Zeitraum 2010–2012 einer Zunahme um 41,6% entspricht.

Industrie

Materialintensität

Inländischer Rohstoffverbrauch (RMC) im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt

Index 2000=100



2023: provisorisch

Datenstand: 15.04.2026

Quelle: BFS – Umweltgesamtrechnung, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

gr-d-21.02.30.0904.01.01

© BFS 2026

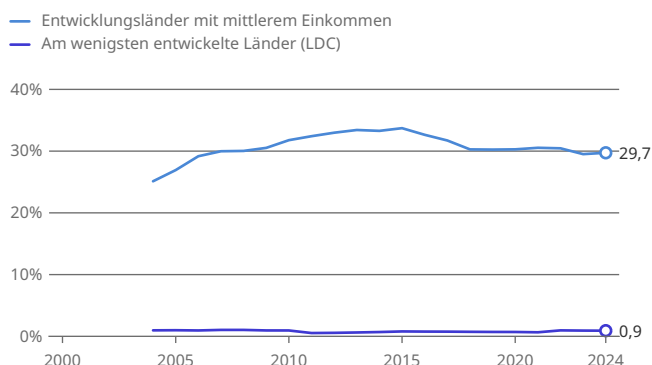
Die **Materialintensität** entspricht dem Verhältnis zwischen dem inländischen Rohstoffverbrauch (RMC: Raw Material Consumption) und dem BIP. Sie zeigt also, wie viel Rohstoffe im In- und Ausland pro produziertem Franken der Volkswirtschaft verbraucht werden. Im Sinne der nachhaltigen Entwicklung gilt es, Wohlstand und Wohlergehen zu sichern und gleichzeitig den Materialverbrauch zu senken. 2023 belief sich die Materialintensität auf 169 Gramm Rohstoffäquivalente (RÄ^P) pro produziertem Franken, 39,6% weniger als im Jahr 2000. Im gleichen Zeitraum wuchs das reale BIP um 49%, während sich der inländische Rohstoffverbrauch, d. h. der Material-Fussabdruck, um 10% verringerte. Somit fand eine absolute Entkoppelung statt.

^P Die RÄ-Indikatoren stützen sich auf eine Modellierung und sind deshalb mit einer grösseren Unsicherheit behaftet als jene der direkten Flüsse.



Personalbestand von Schweizer Unternehmen¹ in Entwicklungsländern

Anteil Beschäftigte in Tochterunternehmen im Ausland nach Länderkategorie²



¹ Multinationale Unternehmensgruppen

² Einkommenskategorien der Länder gemäss OECD/DAC

Datenstand: 15.04.2026

Quelle: Schweizerische Nationalbank

gr-d-21.02.30.0902.01.01

© BFS 2026

Durch ihre Tochterunternehmen fördern die multinationalen Unternehmen der Schweiz den unternehmerischen Technologie- und Wissenstransfer und können über die Schweizer Grenzen hinaus Arbeitsplätze schaffen, insbesondere in Entwicklungsländern. 2024 waren 30,6% der **Beschäftigten von Schweizer multinationalen Unternehmen in Tochtergesellschaften** in Entwicklungsländern tätig, während 70% in Ländern mit hohem Einkommen arbeiteten. Die Beschäftigten von Schweizer Unternehmen in Tochtergesellschaften in Entwicklungsländern waren 2024 mehrheitlich in Ländern mit mittlerem Einkommen (29,7%) tätig und nur zu einem geringen Teil (0,9%) in den am wenigsten entwickelten Ländern. Gegenüber 2004 entspricht dies einer Veränderung um +10,4% bzw. -3,5%. Dieser Indikator gibt keine Auskunft über die sozialen und ökologischen Auswirkungen der Aktivitäten Schweizer multinationaler Unternehmen im Ausland.

Infrastruktur

Gütertransporte sind für eine funktionierende Wirtschaft und die Versorgung der Bevölkerung nötig, sie verursachen aber auch Schadstoff- und Treibhausgasemissionen. Die Umweltbelastungen lassen sich vermindern, wenn die Güter vermehrt auf der Schiene transportiert werden. Der **Modalsplit im Güterverkehr** zeigt den Bahnanteil am gesamten terrestrischen Güterverkehr in der Schweiz (in- und ausländische Fahrzeuge und Eisenbahnzüge). 63,1% der Verkehrsleistungen im Landverkehr wurden 2024 von Strassenfahrzeugen erbracht, 36,9% von der Bahn⁵¹. Im alpenquerenden Güterverkehr lag der Schienenanteil mit 70% deutlich höher⁵².

Funktionierende und sichere Nationalstrassen (Autobahnen) sind für die Schweiz von wirtschaftlicher Bedeutung. Eine intensive Beanspruchung der Verkehrsinfrastruktur kann zu Staus führen, wobei ein gewisses Mass an Stau nicht zu vermeiden ist. Im Jahr 2024 belief sich die **Anzahl der Stautunden wegen Verkehrsüberlastung** auf 48 783 Stunden, was einem Anstieg um 15,3% oder 6465 Stunden gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Die **mittlere Distanz zur nächstgelegenen ÖV-Haltestelle** gibt Aufschluss über die Erreichbarkeit der öffentlichen Verkehrsmittel und zeigt, inwieweit die Voraussetzungen für eine umweltschonende und für alle Personen gut erreichbare Mobilität gegeben sind. Der Indikator zeigt die durchschnittliche Distanz gemäss Strassennetz vom Wohnort bis zur nächsten Haltestelle des öffentlichen Verkehrs. Er gibt keine Auskunft über andere wichtige Kriterien der Mobilität, wie Bedienungshäufigkeit der Haltestellen, Verbindungen, Fahrtdauer oder Preis. Im Jahr 2021 belief sich die durchschnittliche Entfernung zur nächstgelegenen ÖV-Haltestelle auf 343 Meter. In städtischen Gebieten war sie mit 279 Metern kürzer, während sie in ländlichen Gebieten bis zu 518 Metern erreichte⁵³. Alle diese Werte haben sich verringert seit 2011.



SDG 10: Weniger Ungleichheiten

Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern

Ziel	Indikator	Bewertung des Indikators	Fokus SNE 2030/Spillover	Abschnitt des Länderberichts
10.1	Verteilung der primären Äquivalenzeinkommen (S80/S20)			
10.2	Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben (noch kein Indikator)			Kapitel 4.3 des Länderberichts
10.3	Opfer von Diskriminierung			Kapitel 4.3 des Länderberichts
10.4	Verteilung der verfügbaren Äquivalenzeinkommen (S80/S20)			
10.7	Armutsquote nach Migrationsstatus			Kapitel 4.3 des Länderberichts
	Erwerbslosenquote nach Migrationsstatus			
	Quote der Erstabschlüsse auf der Sekundarstufe II			
10(a)	Zollfreie Importe aus Entwicklungsländern			
10(b)	Öffentliche Entwicklungshilfe für die am wenigsten entwickelten Länder			
10(c)	Geldüberweisungen von Migrant/-innen			Kapitel 4.3 des Länderberichts

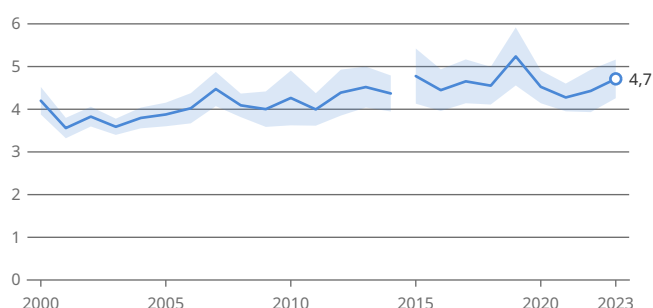
Verringerung der Ungleichheiten in der Schweiz und sozialer Zusammenhalt

Die **Verteilung der verfügbaren Äquivalenzeinkommen** zeigt das Verhältnis zwischen den höchsten (oberstes Quintil) und den tiefsten (unterstes Quintil) verfügbaren Einkommen. Der Indikator bildet somit die Einkommensungleichheit ab, die nach dem Abzug von Steuern und Sozialtransfers bestehen bleibt. 2023 lag das Verhältnis bei 4,7. Die Entwicklung seit 2015 ist statistisch nicht signifikant.

Die **Verteilung der primären Äquivalenzeinkommen** zeigt dieses Verhältnis vor den obligatorischen staatlichen Transfers. Es erreichte im Jahr 2023 einen Faktor von 7,4 und hat sich seit 2015 nicht wesentlich verändert. Die Kombination dieser beiden Indikatoren gibt Aufschluss über die Bedeutung der obligatorischen Transfers für die Verringerung der vom Arbeits- und Kapitalmarkt hervorgebrachten Einkommensungleichheiten. Beide Indikatoren beziehen sich ausschliesslich auf die Verteilung des Einkommens, nicht auf diejenige des Vermögens.

Verteilung der verfügbaren Äquivalenzeinkommen (S80/S20¹)

Personen in Erwerbshaushalten



Das Vertrauensintervall (95%) ist als hellere Fläche dargestellt.

¹ Verhältnis der Einkommen der obersten 20% der Bevölkerung zu jenen der untersten 20%
2015: Bruch in der Zeitreihe aufgrund methodologischer Anpassungen

Datenstand: 15.04.2026

gr-d-21.02.30.1004.01.01

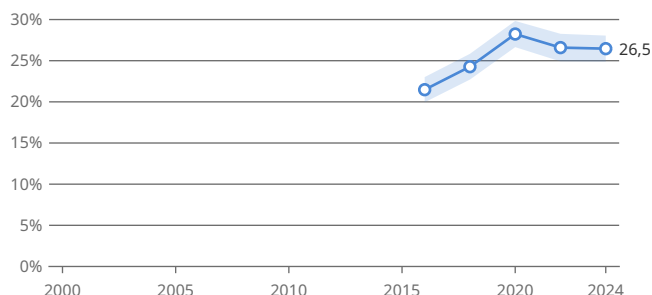
Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE), revidiertes Gewichtungsmittel 20

© BFS 2026



Opfer von Diskriminierung

Anteil der befragten Personen, der Opfer von Diskriminierung wurde (Selbstdisklaration)



Das Vertrauensintervall (95%) ist als hellere Fläche dargestellt.

Datenstand: 15.04.2026

gr-d-21.02.30.1691.01.01

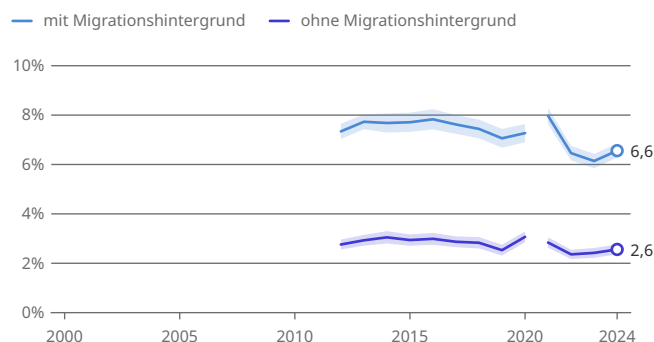
Quelle: BFS – Erhebung zum Zusammenleben in der Schweiz (ZidS) © BFS 2026

Im Jahr 2024 gaben 26,5% der Bevölkerung an, **Opfer von Diskriminierung** geworden zu sein. Dieser Wert ist seit 2016 um 23,2% gestiegen. Der Indikator zeigt den Anteil der Personen, die in den letzten fünf Jahren aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit Diskriminierung erlebt haben. Es handelt sich dabei um eine Selbsteinschätzung: Die genannten Werte entsprechen nicht den Diskriminierungsfällen, die von den Beratungs- oder Meldestellen erfasst wurden (manifeste Vorfälle ohne strafrechtliche Verurteilung) oder sanktioniert wurden. Im Jahr 2024 berichteten Frauen häufiger von Diskriminierung (28,9%) als Männer (24,0%). Jede fünfte Person (21,1%) ohne Migrationshintergrund gab an, Diskriminierung erfahren zu haben. In der Bevölkerung mit Migrationshintergrund war dieser Anteil 1,6-mal höher (34,2%)⁵⁴.

Integration

Erwerbslosenquote gemäss ILO nach Migrationsstatus

Anteil Erwerbslose an der 15- bis 74-jährigen Erwerbsbevölkerung



Das Vertrauensintervall (95%) ist als hellere Fläche dargestellt.

2021: Bruch in der Zeitreihe

Datenstand: 15.04.2026

gr-d-21.02.30.1007.02.01

Quelle: BFS – Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE)

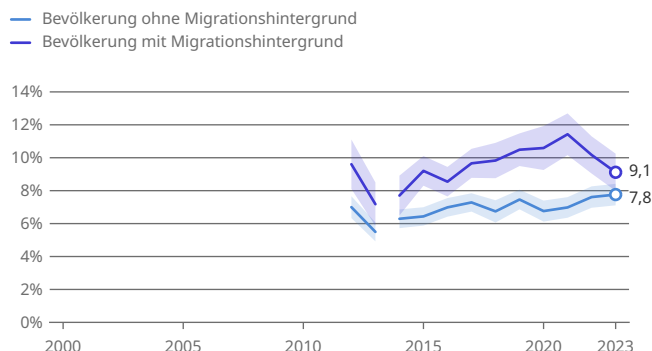
© BFS 2026

Die Ausübung einer Erwerbstätigkeit ist eine grundlegende Voraussetzung für die selbstständige Existenzsicherung. Ausserdem ist sie ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe und somit für die Integration. Zwischen 2012 und 2020 hat sich die **Erwerbslosenquote gemäss ILO** in der Schweiz unabhängig vom Migrationsstatus nicht signifikant verändert. Im Jahr 2024 war sie **bei Personen mit Migrationshintergrund** im Durchschnitt fast 2,5-mal so hoch (6,6%) wie bei Personen ohne Migrationshintergrund (2,6%). Der Abstand zwischen den beiden Gruppen hat sich jedoch zwischen 2021 und 2024 um 22,0% verringert. Bei den Personen mit Migrationshintergrund sind jene der ersten Generation tendenziell stärker von der Erwerbslosigkeit betroffen als die Folgegenerationen.



Armutsquote nach Migrationsstatus

Armutsquote der ständigen Wohnbevölkerung ab 16 Jahren



Das Vertrauensintervall (95%) ist als hellere Fläche dargestellt.

2014: Bruch in der Zeitreihe

Datenstand: 15.04.2026

Quelle: BFS – Erhebung über die Einkommen und Lebensbedingungen (SILC)

gr-d-21.02.30.1007.01.01
© BFS 2026

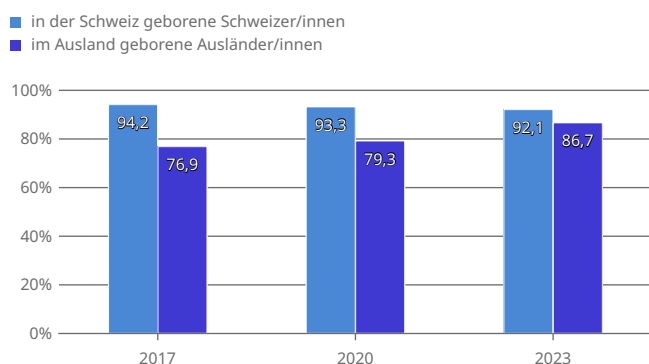
Der Ausschluss aus dem Erwerbsleben ist eine der Hauptursachen für Armut. 2023 lag die **Armutsquote** der Bevölkerung ab 16 Jahren bei 8,1%. Diese Quote war bei der **Bevölkerung mit Migrationshintergrund** höher als bei **Personen ohne Migrationshintergrund** (9,1% bzw. 7,8%). Die Differenz zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen hat sich seit 2014 statistisch nicht signifikant verändert.



Quote der Erstabschlüsse auf der Sekundarstufe II

Erwerb eines Erstabschlusses bis zum vollendeten 25. Altersjahr

in % der gleichaltrigen Referenzbevölkerung



Datenstand: 15.04.2026

Quelle: BFS – Längsschnittdaten im Bildungsbereich (LABB)

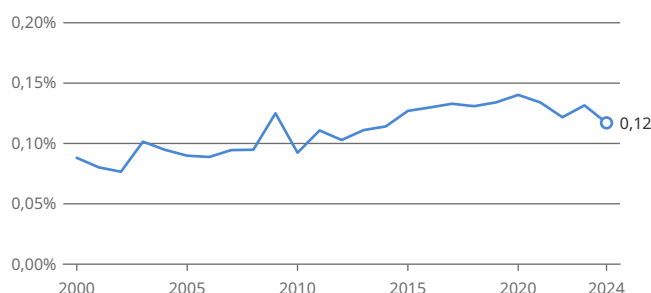
gr-d-21.02.30.0404.01.01
© BFS 2026

Jugendliche ohne nachobligatorische Ausbildung (Abschluss der Sekundarstufe II) stellen eine potenzielle Risikogruppe dar, da prekäre Erwerbsarbeit oder Arbeitslosigkeit ihre Integration in die Gesellschaft erschweren. Die Herkunft einer Person kann ihre Chancen entscheidend prägen. Im Jahr 2023 hatten 92,1% der **in der Schweiz geborenen jungen Schweizerinnen und Schweizer** bis zum Alter von 25 Jahren einen **Abschluss der Sekundarstufe II** erlangt, gegenüber 86,7% der **im Ausland geborenen gleichaltrigen Ausländerinnen und Ausländer**. Die Differenz zwischen den beiden Gruppen hat sich seit 2017 um 68,6% verringert.

Verringerung der Ungleichheiten zwischen Ländern

Öffentliche Entwicklungshilfe für am wenigsten entwickelte Länder

Im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE)



Datenstand: 15.04.2026

Quelle: DEZA, BFS – Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

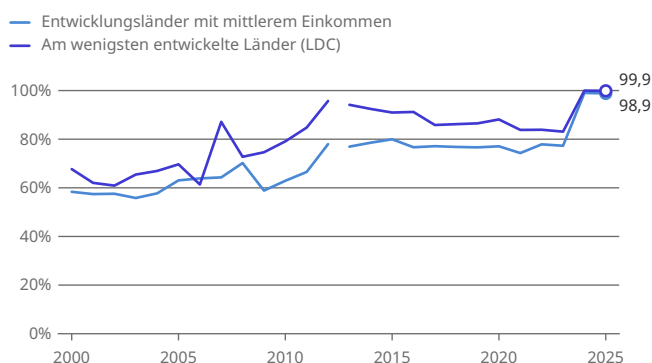
gr-d-21.02.30.1091.01.01
© BFS 2026

Die **öffentliche Entwicklungshilfe für die am wenigsten entwickelten Länder** (LDC: Least Developed Countries) ist der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe (APD: Aide publique au développement), der in LDC geleistet wird. Die UNO definiert LDC als Länder mit niedrigem Einkommen, deren nachhaltige Entwicklung durch grosse strukturelle Hürden gehemmt wird. Die internationale Gemeinschaft anerkennt, dass diese Länder besondere Unterstützung benötigen. 2024 machte die an LDC geleistete APD 0,12% des Bruttonationaleinkommens (BNE) aus. Dieser Anteil war 50,9% höher als 2000 und entsprach 24% der gesamten APD in Höhe von 968,6 Millionen Franken.



Zollfreie Importe aus Entwicklungsländern

Anteil der zollfreien Importe am Gesamtwert aller eingeführten Waren nach Einkommenskategorien der Länder¹



¹ Einkommenskategorien der Länder gemäss OECD/DAC
2012: Bruch in der Zeitreihe aufgrund methodischer Anpassungen; 2025: provisorisch

Datenstand: 15.04.2026
Quelle: BAZG – Aussenhandelsstatistik

gr-d-21.02.30.1090.01.01
© BFS 2026

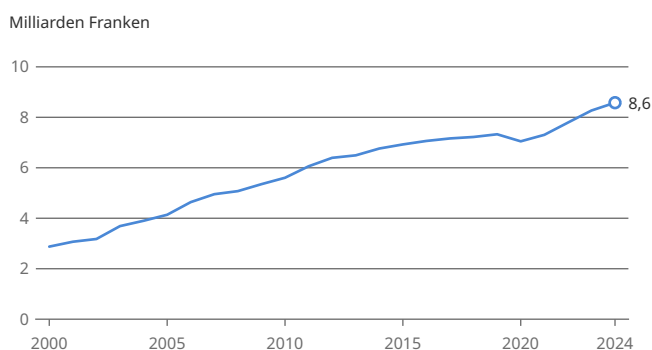
Die **zollfreien Importe aus Entwicklungsländern** zeigen, inwieweit die Schweiz für eine faire Öffnung ihres Binnenmarktes gegenüber diesen Ländern sorgt. Zollfreie Importe und niedrige Zölle können die ökonomische Entwicklung der weltweit ärmsten Volkswirtschaften fördern. Im Jahr 2025 wurden 99,9% der importierten Waren aus LDC zollfrei in die Schweiz eingeführt, 2,0% mehr als im Jahr 2013. Der Indikator macht keine Angaben zur importierten Warenmenge oder zu den sozialen und ökologischen Auswirkungen der Marktöffnung und Zollbegünstigungen für die Schweiz oder das Ausland. Seit dem 1. Januar 2024 können Industrieprodukte unabhängig von ihrem Herkunftsland zollfrei in die Schweiz importiert werden.

Geldüberweisungen von Migrantinnen und Migranten in ihre Herkunftsländer leisten einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Armut und zur Verbesserung der Lebensbedingungen dort. 2024 überwiesen Migrantinnen und Migranten, die in der Schweiz leben und arbeiten, 8,6 Milliarden Franken in ihre Herkunftsländer, das sind 170,0% mehr als im Jahr 2000. Gründe für diesen Anstieg sind die zunehmende Zahl der Migrantinnen und Migranten sowie steigende Löhne bei einer vergleichsweise stabilen Beschäftigungsquote. Gemäss den Zahlen der Schweizerischen Nationalbank fließen mehr als zwei Drittel dieser Gelder in europäische Länder.



Geldüberweisungen von Migrant/-innen

Summe der Geldüberweisungen von Arbeitsmigrant/-innen aus der Schweiz in ihre Herkunftsländer



Datenstand: 15.04.2026
Quelle: Schweizerische Nationalbank

gr-d-21.02.30.1092.01.01
© BFS 2026



SDG 11: Nachhaltige Städte und Gemeinden

Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen

Ziel	Indikator	Bewertung des Indikators	Fokus SNE 2030/Spillover	Abschnitt des Länderberichts
11.1	Wohnkosten			Kapitel 4.3 des Länderberichts
11.2	Autonomen Benützung der öV durch Menschen mit Behinderungen			
11.3	Bauzonenfläche			
11.4	Landschaftszersiedelung			
11.5/11.b	Schäden durch Naturereignisse			Kapitel 4.2 des Länderberichts
11.6	Lärmbelastung durch Verkehr			
11.7	Erholungsflächen in urbanen Räumen			
11.a	Räumliche Vielfalt und Disparitäten (noch kein Indikator)			Kapitel 4.3 des Länderberichts
SDG 11	Modalsplit im Personenverkehr			

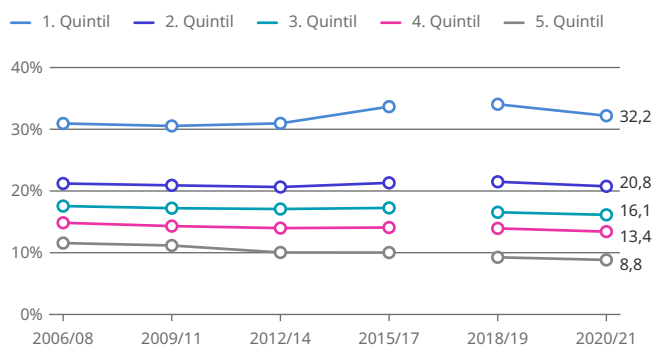
* Aufgrund der starken Schwankungen lässt sich der Indikator nicht bewerten.

Wohnen und Lebensraum



Wohnkosten

Anteil der Wohnkosten (inkl. Nebenkosten) am Bruttohaushaltseinkommen, nach Einkommensklassen (Quintile)



1. Quintil: niedrigstes Einkommen; 5. Quintil: höchstes Einkommen
2015: Bruch in der Zeitreihe aufgrund methodischer Anpassungen

Datenstand: 15.04.2026

Quelle: BFS – Haushaltsbudgeterhebung (HABE)

gr-d-21.02.30.1101.01.01

© BFS 2026

Wohnen ist ein Grundbedürfnis und hat einen massgeblichen Einfluss darauf, wie viel Geld für die Deckung der anderen Bedürfnisse übrigbleibt – dies insbesondere bei Haushalten mit tiefem Einkommen. 2020–2021 belasteten die **Wohnkosten** das Budget der einkommensschwächsten 20% der Haushalte (unterstes Quintil) 3,6-mal stärker als jenes der einkommensstärksten 20% der Haushalte (oberstes Quintil). Die Veränderungen seit dem Zeitraum 2015–2017 sind statistisch nicht signifikant.

Die Mieten in der Schweiz nehmen seit 2017 zu. Dies zeigt der **Mietpreisindex**, der die Entwicklung der Nettomieten der dauerhaft zu Wohnzwecken vermieteten Wohnungen in der Schweiz misst. 2025 lag dieser Index bei 109,9 (Basis Dezember 2020 = 100)⁵⁵.

Als ruhige, in der Nähe von Wohngebieten gelegene Orte der Erholung steigern Grünanlagen in urbanen Räumen die Lebensqualität. Darüber hinaus bieten sie Platz für Tiere und Pflanzen und tragen zum Erhalt der Biodiversität bei (weitere Informationen zur Biodiversität in SDG 15: Leben an Land). Im Jahr 2018 machten **Erholungsflächen in urbanen Räumen** 38% der Siedlungsfläche aus. Dieser Anteil hat in den letzten dreissig Jahren um 11,2% zugenommen.

Lärmbelastung durch Verkehr wirkt sich negativ auf die Gesundheit und die Lebensqualität aus. 2023 gaben 36% der Bevölkerung an, sich zuhause durch Verkehrslärm sehr gestört oder eher gestört zu fühlen. Dieser Anteil war um 57,3% höher als 2011.

Raumnutzung

Landschaftszersiedelung bezeichnet die Errichtung von Bauten in Freiräumen. Durch die Einschränkung solcher Bauten können die Böden geschützt und die Auswirkungen und Kosten der Infrastrukturen reduziert werden. Eine Landschaft gilt als umso stärker zersiedelt, je mehr Fläche bebaut ist, je weiter gestreut die Siedlungsflächen sind und je geringer deren Ausnützung für Wohn- oder Arbeitszwecke ist. Gemäss dem Zersiedelungsindex, der diese Aspekte abbildet, stieg die Zersiedelung zwischen 1970 und 2018 schweizweit an und nimmt seit 2019 wieder ab. Der Rückgang weist darauf hin, dass im bereits besiedelten Gebiet die Nutzung intensiviert und die Ausdehnung der Siedlung gebremst wurde⁵⁶.

Eine höhere **Bevölkerungs- und Beschäftigungsdichte** in den **Bauzonen** trägt zu einer verminderten Bodennutzung bei. 2022 wurden in den Bauzonen pro Hektar 70,6 Personen und Vollzeit-äquivalente verzeichnet, 6,7% mehr als 2012.

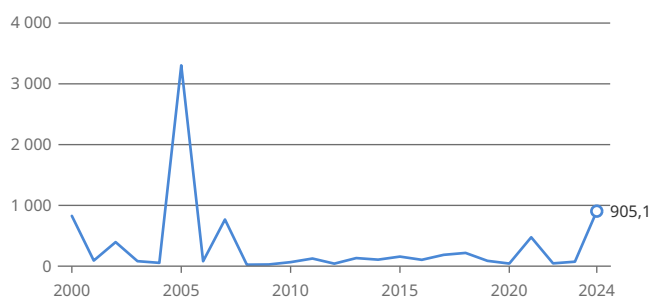
Naturgefahren



Schäden durch Naturereignisse

Hochwasser, Murgänge, Rutschungen, Steinschlag, Fels- und Bergsturz

Millionen Franken (zu konstanten Preisen)



Datenstand: 15.04.2026

Quelle: Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft

gr-d-21.02.30.1105.01.01

© BFS 2026

Naturereignisse wie Hochwasser, Murgänge, Rutschungen, Steinschläge, Fels- und Bergstürze können beträchtliche Sach-, Personen- und Umweltschäden verursachen und die Sicherheit von Siedlungen bedrohen. Das Ausmass der durch Naturereignisse verursachten Schäden hängt von der Nutzung des Siedlungsraums sowie von der Intensität und der räumlichen Ausdehnung der Naturereignisse ab. Im Jahr 2024 beliefen sich die **Schäden durch Naturereignisse** auf 905,1 Millionen Franken. Die kumulierte Schadenssumme seit 2000 beträgt 8,4 Milliarden Franken. In diesem Zeitraum verursachten Hochwasser und Murgänge Schäden in Höhe von 7,8 Milliarden Franken, während Erdbeben, Steinschlag und Felsstürze rund 623 Millionen Franken verursachten (inflationsbereinigte Zahlen).

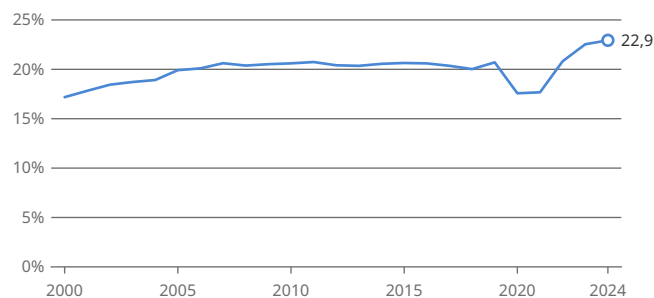
Naturereignisse führen auch zu **Todesfällen**. Im Jahr 2024 starben 17 Personen infolge eines Naturereignisses, seit 2000 gab es insgesamt 112 Todesopfer. Der Indikator berücksichtigt nur die Todesfälle, bei denen sich die betroffenen Personen nicht bewusst oder absichtlich einer offensichtlichen Gefahr ausgesetzt haben. Die Indikatoren zu den durch Naturereignisse verursachten Schäden und Todesfällen können aufgrund des unregelmässigen Auftretens von Naturereignissen nicht beurteilt werden.

Mobilität

Modalsplit im Personenverkehr

Anteil öffentlicher Verkehr am motorisierten Personenverkehr auf Strasse und Schiene

Prozent der Personenkilometer



Datenstand: 15.04.2026

Quelle: BFS – PV-L, OeV

gr-d-21.02.10.01.01

© BFS 2026

Mobilität entspricht einem Bedürfnis des Menschen und ist für eine funktionierende Wirtschaft eine wichtige Voraussetzung. Sie ist jedoch oft mit Lärm, dem Ausstoss gesundheitsschädigender Luftschadstoffe und Emissionen von Treibhausgasen verbunden. Entscheidend für die nachhaltige Entwicklung ist unter anderem die Wahl des Verkehrsmittels: Öffentliche Verkehrsmittel und der Langsamverkehr sind umweltschonender, besser für die Gesundheit und im Allgemeinen wirtschaftlich effizienter als das Auto. Der Indikator **Modalsplit im Personenverkehr** zeigt den Anteil des öffentlichen Verkehrs am motorisierten Personenverkehr auf Strasse und Schiene. 2024 lag der Anteil des öffentlichen Verkehrs am motorisierten Personenverkehr auf Strasse und Schiene bei 22,9% der Personenkilometer, mit einem Anstieg um 26,8% gegenüber 2000.

Die Entfernung, die Anbindung oder der Preis sind nicht die einzigen Hindernisse für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel; diese müssen auch für alle zugänglich sein. Das Prinzip «Niemanden zurücklassen» verlangt eine **autonome Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel durch Menschen mit Behinderungen**. 2022 waren 72,4% der Menschen mit stark einschränkenden Behinderungen in der Lage, den öffentlichen Verkehr problemlos und ohne fremde Hilfe zu nutzen. Dieser Anteil hat sich seit 2007 nicht statistisch signifikant verändert.



SDG 12: Verantwortungsvoller Konsum und Produktion

Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen

Ziel	Indikator	Bewertung des Indikators	Fokus SNE 2030/Spillover	Abschnitt des Länderberichts
12.2(a)	Material-Fussabdruck pro Person		2030	Kapitel 4.1 des Länderberichts
12.2(b)	Treibhausgas-Fussabdruck der Ernährung pro Person		2030	Kapitel 4.1 des Länderberichts
12.3	Lebensmittelverluste (noch kein Indikator)		2030	Kapitel 4.1 des Länderberichts
12.4	Gefährliche Chemikalien		2030	Kapitel 4.1 des Länderberichts
12.5	Siedlungsabfälle-Separatsammelquote			
	Gesamtmenge verursachter Siedlungsabfälle			
12.6	Verantwortungsvolle Unternehmensführung (noch kein Indikator)		2030	Kapitel 4.1 des Länderberichts
12.8	Umweltrelevantes Verhalten im Alltag		2030	Kapitel 4.1 des Länderberichts
12.c	Steuerbegünstigungen auf Mineralölsteuer		2030	Kapitel 4.1 des Länderberichts
SDG 12	Treibhausgas-Fussabdruck			Kapitel 4.2 des Länderberichts
SDG 12	Beschäftigte im Umweltsektor			

Ressourcen

Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion zielen darauf ab, «aus weniger mehr zu machen». Es geht darum, durch die Verringerung von Ressourceneinsatz, Umweltbelastung und Verschmutzung während des gesamten Lebenszyklus die sozioökonomischen Nettogewinne der Wirtschaftsaktivitäten zu steigern und die Lebensqualität zu erhöhen.

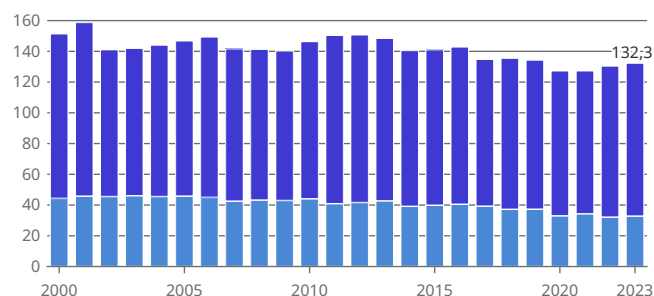
Die nachhaltige Entwicklung macht an der Grenze nicht Halt. In der globalisierten Welt haben unser Produktions- und Konsumverhalten sowie unsere Entscheide einen Einfluss auf andere Länder. Diese Auswirkungen werden gemeinhin Übertragungseffekte oder «Spillover-Effekte» genannt.

Treibhausgas-Fussabdruck

Treibhausgasemissionen, die durch den Konsum von Gütern und Dienstleistungen in der Schweiz verursacht werden

Millionen Tonnen CO₂-eq

■ Inländische Emissionen ■ Importbedingte Emissionen



Datenstand: 15.04.2026

Quelle: BFS – Umweltgesamtrechnung

gr-d-21.02.30.1291.01.01

© BFS 2026

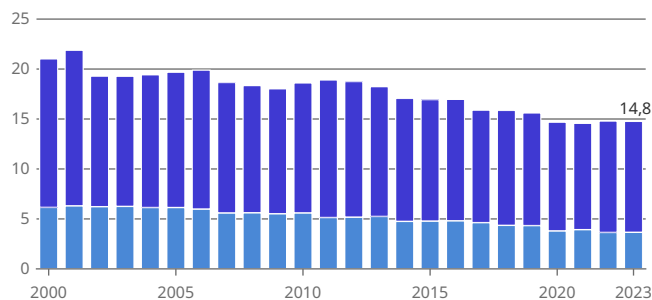
In einer globalisierten Wirtschaft ist es notwendig, die Emissionen zu berücksichtigen, die in der Schweiz und im Ausland bei der Produktion von Waren und Dienstleistungen für die Schweiz freigesetzt werden. Der **Treibhausgas-Fussabdruck** misst die Treibhausgase, die in der Schweiz und im Ausland zur Deckung der Schweizer Endnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen erzeugt werden. Im Jahr 2023 belief sich der Treibhausgas-Fussabdruck der Schweiz auf rund 132 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente, wovon 75% im Ausland emittiert wurden. Der Treibhausgas-Fussabdruck verringerte sich zwischen 2000 und 2023 um 13,6%.

Treibhausgas-Fussabdruck pro Person

Treibhausgasemissionen, die durch den Konsum von Gütern und Dienstleistungen in der Schweiz verursacht werden

Tonnen CO₂-eq

■ Inländische Emissionen ■ Importbedingte Emissionen



Datenstand: 15.04.2026

Quelle: BFS – Umweltgesamtrechnung, STATPOP

gr-d-21.02.30.1291.01.02

© BFS 2026

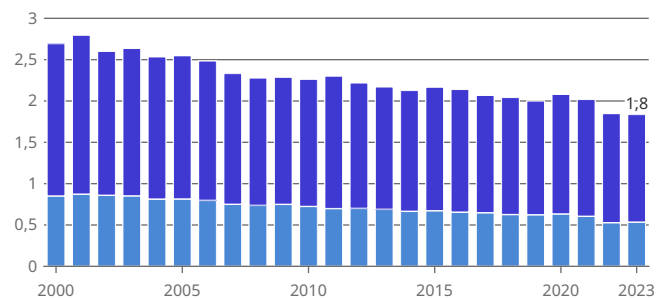
Der **Treibhausgas-Fussabdruck pro Kopf** sank zwischen 2000 und 2023 um nahezu 30% von 21 auf knapp 15 Tonnen CO₂-Äquivalente. Da die Bevölkerung in der gleichen Zeitspanne um 24% zugenommen hat, kam es zu einer absoluten Entkopplung zwischen der Entwicklung des Treibhausgas-Fussabdrucks der Schweiz und dem Bevölkerungswachstum.

Treibhausgas-Fussabdruck der Ernährung pro Person

Treibhausgasemissionen, die durch den Konsum von Lebensmitteln in der Schweiz verursacht werden

Tonnen CO₂-eq

■ Inländische Emissionen ■ Importbedingte Emissionen



Datenstand: 15.04.2026

Quelle: BFS – Umweltgesamtrechnung

gr-d-21.02.30.1202.02.03

© BFS 2026

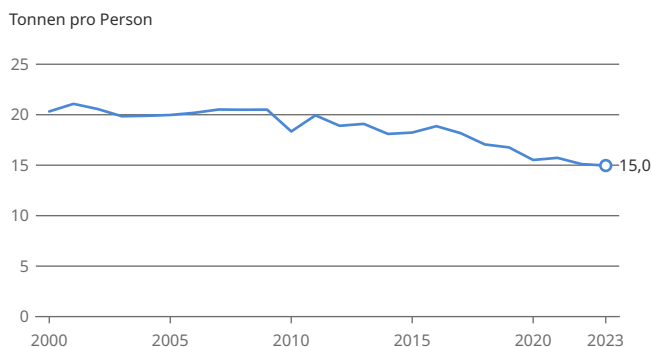
Im Jahr 2023 war die **Ernährung** für rund ein Fünftel des **Treibhausgas-Fussabdrucks** der Haushalte verantwortlich, wobei mehr als zwei Drittel (71%) dieses Anteils im Ausland erzeugt wurden. Zwischen 2000 und 2023 verringerte sich der Treibhausgas-Fussabdruck der Ernährung pro Kopf auf 1,8 Tonnen CO₂-Äquivalente. In dieser Zeitspanne erfolgte eine absolute Entkopplung zwischen der Entwicklung des absoluten Treibhausgas-Fussabdrucks der Ernährung (–15%) und dem Bevölkerungswachstum (+24%). Im Hinblick auf die gemäss Ziel 12.2(b) bis 2030 angestrebte Reduktion des Fussabdrucks um ein Viertel im Vergleich zu 2020 stimmt der 2023 gemessene Wert zu 156,1% mit dem theoretischen Weg zum Zielwert überein⁹.

⁹ Bei einem quantifizierten und datierten Ziel muss die Übereinstimmung mit dem theoretischen Pfad mindestens 97% betragen, damit die Entwicklung des Indikators als positiv beurteilt werden kann.



Material-Fussabdruck pro Person

Inländischer Rohstoffverbrauch (RMC) pro Person¹



¹ Ständige Wohnbevölkerung am Jahresende
2023: provisorisch

Datenstand: 15.04.2026

Quelle: BFS – Umweltgesamtrechnung, ESPOP, STATPOP

gr-d-21.02.30.1202.01.01

© BFS 2026

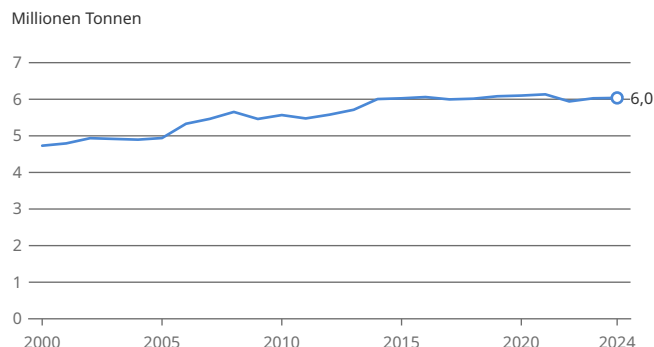
Je mehr Güter produziert und Materialien in den Kreislauf gebracht werden, desto grösser ist im Allgemeinen der Druck auf die natürlichen Ressourcen. Durch die Einbindung der Schweiz in den Welthandel findet der mit der inländischen Endnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen zusammenhängende Ressourcenverbrauch teilweise im Ausland statt. Der **Material-Fussabdruck pro Person** misst den inländischen Rohstoffverbrauch (RMC: Raw Material Consumption) pro Kopf. Er verringerte sich zwischen 2000 und 2023 um rund 5,4 Tonnen (–26,1%) auf 15,0 Tonnen pro Person. Der Rückgang des Material-Fussabdrucks pro Person erklärt sich dadurch, dass die Bevölkerung seit 2000 zugenommen hat, während der absolute Materialverbrauch im beobachteten Zeitraum um 10% gesunken ist. Es besteht also eine absolute Entkopplung zwischen dem inländischen Materialkonsum und dem Bevölkerungswachstum.

Der Umweltsektor umfasst die Aktivitäten zur Produktion von Gütern und Dienstleistungen für den Schutz der Umwelt (z. B. Abfallwirtschaft) oder den Erhalt der natürlichen Ressourcen (z. B. Erzeugung erneuerbarer Energie). Zwischen 2000 und 2022 hat sich die Zahl der **Beschäftigten im Umweltsektor** mehr als verdoppelt. Ihr Anteil stieg von 2,3% auf 4% der Gesamtbeschäftigung. Diese Entwicklung ist vor allem den Aktivitäten im Zusammenhang mit Energiesparmassnahmen bei Bauten und der Erzeugung erneuerbarer Energie zu verdanken.

Konsum

Gesamtmenge verursachter Siedlungsabfälle

Einschliesslich Recycling



Ab 2004 ohne importierte Abfälle

Datenstand: 15.04.2026

Quelle: BAFU – Abfallstatistiken

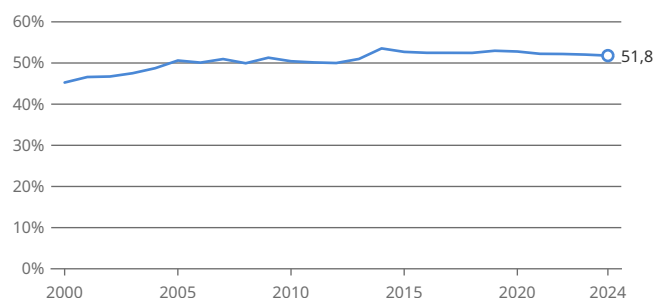
gr-d-21.02.30.1205.02.01

© BFS 2026

Die Vermeidung oder Verringerung von Abfall trägt dazu bei, den Ressourcenverbrauch einzuschränken und die Umweltbelastung infolge ihrer Behandlung zu minimieren. Im Jahr 2024 fielen in der Schweiz insgesamt rund 6,0 Millionen Tonnen **Siedlungsabfälle**, einschliesslich der separat gesammelten Abfälle, an. Dieses Volumen ist gegenüber 2004 um 18,7% gestiegen. Im Jahr 2024 wurden 664 kg **Siedlungsabfälle pro Person** verursacht, dies sind 5 kg mehr als im Jahr 2004⁵⁷.

Siedlungsabfälle-Separatsammelquote

Anteil der separat gesammelten Abfälle im Verhältnis zur Gesamtmenge der verursachten Siedlungsabfälle



Ab 2004 ohne importierte Abfälle

Datenstand: 15.04.2026

Quelle: BAFU – Abfallstatistiken

gr-d-21.02.30.1205.01.01

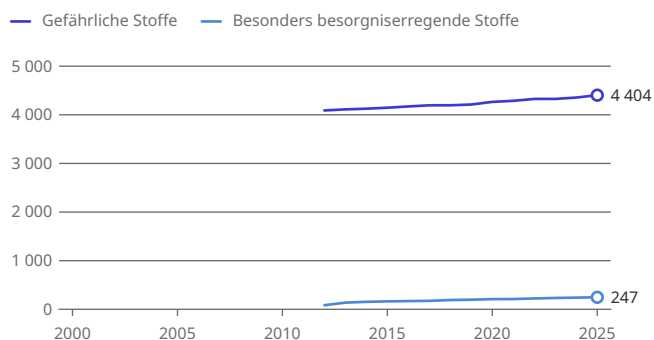
© BFS 2026

Ein Teil der anfallenden Siedlungsabfälle wird separat gesammelt, um wiederverwendet oder verwertet zu werden. Separatsammlungen ermöglichen, rezyklierbare Altstoffe zu verwerten und giftige Abfälle separat zu behandeln. Zu den separat gesammelten Materialien gehören Glas, Papier und Karton, PET, Aludosen, Haushalt-Aluminium, Weissblech, Textilien, Batterien, Elektronikschrott und Grüngut. Die **Abfall-Separatsammelquote** stieg zwischen 2000 und 2024 um 15,7% auf 51,8% der Gesamtmenge an Siedlungsabfällen.



Gefährliche Chemikalien

Anzahl der in der Chemikalienverordnung gelisteten Stoffe (kumulierte Einträge)



Datenstand: 15.04.2026
Quelle: BAG

gr-d-21.02.30.1204.01.01
© BFS 2026

2025 wurden im Sinne der Chemikalienverordnung 4404 **Substanzen als gefährlich** und 247 **als besonders besorgniserregend** für Mensch und Umwelt eingestuft. Dies entspricht einem Anstieg um 6,1% bzw. 92,0% seit 2012. Im Sinne der nachhaltigen Entwicklung ist eine Zunahme der gelisteten gefährlichen und besonders besorgniserregenden Stoffe positiv zu bewerten, da sie darauf hinweist, dass das Wissen über die Gefahren von Chemikalien zunimmt. Dies ist eine Voraussetzung, um Massnahmen zur Risikominderung ergreifen zu können und die Gesundheit der Bevölkerung sowie die Umwelt vor den schädlichen Auswirkungen dieser Stoffe zu schützen. Längerfristig ist jedoch eine Stabilisierung anzustreben, indem Chemikalien entwickelt und produziert werden, die keine solche gefährlichen Eigenschaften haben.

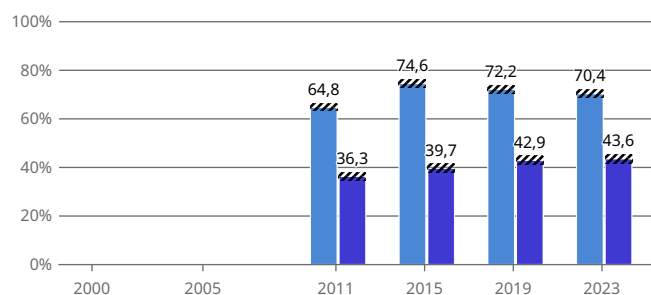
Menschliche Aktivitäten verursachen Abfälle und andere Emissionen, die in Luft, Boden oder Gewässer gelangen. Je höher dabei der Ausstoss, desto grösser die Auswirkungen auf die Umwelt. Bestimmte Abfälle erfordern bei der Entsorgung aufgrund ihrer Zusammensetzung und Eigenschaften besondere technische und organisatorische Massnahmen und werden als **Sonderabfälle** bezeichnet⁵⁸. Von den knapp 1,9 Millionen Tonnen Sonderabfällen, die 2024 in der Schweiz entstanden, wurden 73% im Inland verwertet, behandelt, verbrannt oder deponiert, 27% wurden exportiert.⁵⁹

Die Verbrennungsprozesse einiger Industriebetriebe können **Benzolemissionen**⁶⁰ in die Luft freisetzen. Benzol kann schädliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit haben. 2023 setzten die meldepflichtigen Betriebe rund 15,2 Tonnen Benzol in die Luft frei. Dieses Volumen ist in den letzten fünf Jahren weitgehend unverändert geblieben, hat aber seit 2007 um zwei Drittel abgenommen.

Umweltrelevantes Verhalten im Alltag

Anteil der Bevölkerung, der angibt, sich immer oder meistens umweltfreundlich zu verhalten

- Achten auf Stromverbrauch beim Kauf von kleineren Elektrogeräten
- Konsum von Nahrungsmitteln aus biologischer Produktion
- ▨ Vertrauensintervall (95%)



2019: Serienbruch aufgrund eines Methodenwechsels

Datenstand: 15.04.2026

Quelle: BFS – Omnibus-Erhebungen 2011, 2015, 2019 und 2023

gr-d-21.02.30.1208.01.01
© BFS 2026

Eine Zunahme des Anteils der Bevölkerung, die gemäss eigenen Angaben beim Kauf von Elektrogeräten oder Lebensmitteln häufig oder immer ein **umweltfreundliches Verhalten** an den Tag legt, trägt zur nachhaltigen Entwicklung bei.

Im Jahr 2023 gaben 70,4% der Bevölkerung an, **beim Kauf kleiner Elektrogeräte oder von Leuchtmitteln** immer oder fast immer auf deren **Stromverbrauch** geachtet zu haben. Dieser Anteil ist vergleichbar mit jenem im Jahr 2019. Zwischen 2011 und 2015 wurde dagegen ein Anstieg von 64,8% auf 74,6% verzeichnet. Der **Konsum von Nahrungsmitteln aus biologischer Produktion** stagniert dagegen: 2023 war der Anteil Personen, die angaben, immer oder meistens Bioprodukte zu kaufen, nicht signifikant höher als 2019 (43,6% gegenüber 42,9%).

Eine gut informierte Bevölkerung, die sich der Auswirkungen ihres Konsumverhaltens auf Umwelt und Gesellschaft bewusst ist, verhält sich tendenziell umweltbewusster. 2023 stufen 26,5% der Bevölkerung die **Abnahme der Rohstoffbestände** als sehr gefährlich für Mensch und Umwelt ein, 51,1% als eher gefährlich⁶¹.

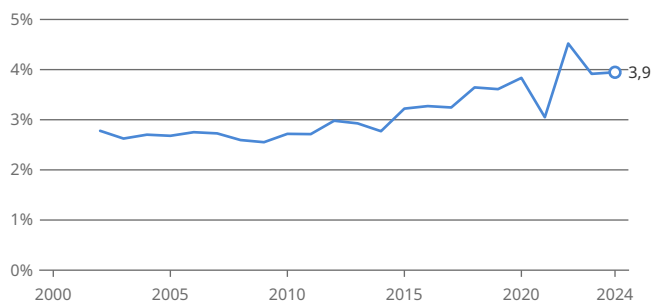
Eine bedarfsgerechte Wohnung ist ein Grundrecht, das nachweislich auch Umweltauswirkungen hat, etwa in Bezug auf den Verbrauch von Bodenoberfläche, Baumaterialien oder Heizenergie. Die **durchschnittliche Wohnfläche pro Person**⁶² ist von 44 m² im Jahr 2000 auf 47 m² im Jahr 2024 angestiegen. Diese Entwicklung ist allerdings nicht ausschliesslich auf eine Zunahme

des Komfortbedarfs zurückzuführen. Sie lässt sich auch mit der Entwicklung der Haushaltsstruktur, insbesondere einem Rückgang der durchschnittlichen Haushaltsgrösse, erklären⁶³.



Steuerbegünstigungen auf Mineralölsteuer

Anteil der Rückerstattungen am Mineralölsteuernettoertrag



Datenstand: 15.04.2026

gr-d-21.02.30.1292.01.01

Quelle: Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG)

© BFS 2026

Anschubfinanzierungen wie Subventionen können negative Auswirkungen auf die Umwelt haben. Dazu gehören auch **Steuerbegünstigungen auf Mineralöl**, die bestimmten Unternehmen aufgrund ihrer Aktivitäten gewährt werden. Es sind dies Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter von Landwirtschafts- und Forstbetrieben, professionelle Berufsfischerinnen und -fischer, Unternehmen mit Naturwerkstein-Abbau, Inhaberinnen und Inhaber von Pistenfahrzeugen sowie konzessionierte öffentliche Transportunternehmen. Im Jahr 2024 wurden 3,9% der Nettoerträge aus der Mineralölsteuer rückerstattet, was einem Anstieg um 52,7% gegenüber 2002 entspricht.

Die **Nettoerträge aus der Mineralölsteuer** sanken zwischen 2002 und 2024 von 4,8 auf 4,3 Milliarden Franken⁶⁴. Gründe dafür sind insbesondere der Einsatz effizienterer Fahrzeuge, die fehlende Kompensation im Zusammenhang mit der Förderung erneuerbarer Treibstoffe und der Rückgang des Tanktourismus. Im Gegensatz dazu nehmen die Rückerstattungen für Steuerbegünstigungen zu (z. B. aufgrund neuer Steuerbegünstigung für Pistenfahrzeuge).

2024 wurden steuerbegünstigten Unternehmen auf 284 854 Millionen Liter **Mineralöl die Steuern rückerstattet**⁶⁵, was einem Betrag von insgesamt 170,4 Millionen Franken entspricht. Davon gingen 41% an Betriebe in der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft, der Berufsfischerei sowie im Naturwerkstein-Abbau, 51% gingen an konzessionierte Transportunternehmen. Die übrigen 8% entfielen unter anderem auf Treibstoff für Pistenfahrzeuge.



SDG 13: Massnahmen zum Klimaschutz

Umgehend Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen

Ziel	Indikator	Bewertung des Indikators	Fokus SNE 2030/Spillover	Abschnitt des Länderberichts
13.1	Klimabedingte Risiken (noch kein Indikator)			Kapitel 4.2 des Länderberichts
13.2	Treibhausgasemissionen	  	 	Kapitel 4.2 des Länderberichts
13.3	Einschätzung des Klimawandels als Gefahr	 		Kapitel 4.2 des Länderberichts

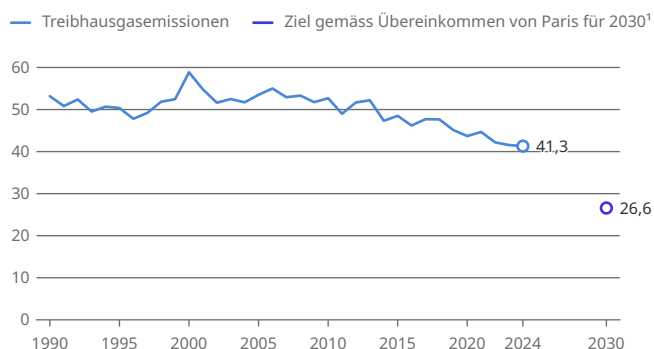
Reduktion der Treibhausgasemissionen



Treibhausgasemissionen

Treibhausgasemissionen unter Berücksichtigung der Treibhausgasbilanz der Landnutzung

Millionen Tonnen CO₂-eq



¹ Für die Überprüfung der Zielerreichung werden internationale Bescheinigungen berücksichtigt.

Datenstand: 15.04.2026

Quelle: BAFU – Treibhausgasinventar

gr-d-21.02.30.1302.01.01

© BFS 2026

Der Treibhauseffekt ist an sich ein natürliches Phänomen, doch wird sein Gleichgewicht durch vom Menschen emittierte Treibhausgase gestört. Diese entstehen in erster Linie bei der Verbrennung fossiler Brenn- und Treibstoffe. Daneben spielen Emissionen aus industriellen Prozessen und aus der Landwirtschaft eine Rolle. Unter Berücksichtigung der Treibhausgasbilanz

der Landnutzung, die positiv oder negativ ausfallen kann⁷, sanken die **Treibhausgasemissionen** – ausgedrückt in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten – zwischen 1990 und 2024 von 53,2 auf 41,3 Millionen Tonnen. Im Hinblick auf die gemäss Ziel 13.2 bis 2030 angestrebte Reduktion um 50% gegenüber dem Basisjahr 1990 stimmt der 2024 gemessene Wert zu 61,8% mit dem theoretischen Weg zum Zielwert überein⁸.

Die **Treibhausgasemissionen** entwickeln sich **in den einzelnen Sektoren gemäss CO₂-Verordnung** unterschiedlich. Im Gebäudesektor (Haushalte und Dienstleistungen) fielen die Emissionen im Jahr 2024 mit 8,8 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten um 47,2% tiefer aus als im Jahr 1990. Auch im Industriesektor (inkl. Abfallverbrennung) gingen die Emissionen zurück. Im Jahr 2024 betrugen sie 8,9 Millionen Tonnen, 32,6% weniger als 1990. Im Verkehrssektor (ohne internationalen Flugverkehr) lagen die Emissionen mit 13,4 Millionen Tonnen im Jahr 2024 um 9,9% unter dem Wert von 1990. Die **übrigen Emissionen** beliefen sich 2024 insgesamt auf 8,9 Millionen Tonnen, von denen 6,6 Millionen Tonnen aus der Landwirtschaft, 1,2 Millionen Tonnen aus synthetischen Gasen und 1,1 Millionen Tonnen aus Abfällen stammten. Insgesamt gingen diese Emissionen im Vergleich zu 1990 um 13,4% zurück⁶⁶.

⁷ Im Sektor Landnutzung werden Treibhausgasflüsse erfasst, die mit der Landnutzung in Zusammenhang stehen oder als Folge einer Landnutzungsänderung (z. B. Häuserbau auf vormaligen Ackerflächen) entstehen. Im Gegensatz zu den übrigen Sektoren, in denen ausschliesslich Emissionen ausgestossen werden, kann die Menge des in Vegetation und Böden enthaltenen Kohlenstoffs zu- oder abnehmen. Auf diese Weise wird der Atmosphäre Kohlendioxid (CO₂) entzogen oder zugeführt.

⁸ Bei einem quantifizierten und datierten Ziel muss die Übereinstimmung mit dem theoretischen Pfad mindestens 97% betragen, damit die Entwicklung des Indikators als positiv beurteilt werden kann.

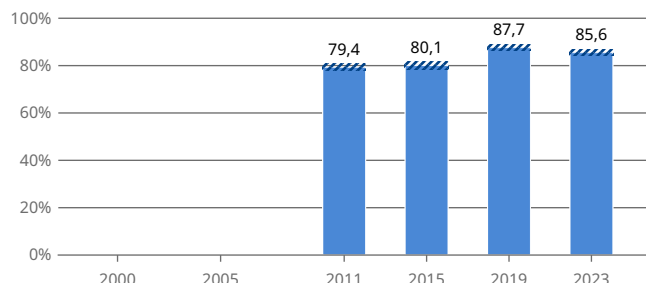
Anpassung und Verminderung der Risiken



Einschätzung des Klimawandels als Gefahr

Anteil der Bevölkerung, der den Anstieg der globalen Temperatur aufgrund des Klimawandels als sehr gefährlich oder eher gefährlich einstuft

Vertrauensintervall (95%)



2019: Serienbruch aufgrund eines Methodenwechsels

Datenstand: 15.04.2026

Quelle: BFS – Omnibus-Erhebungen 2011, 2015, 2019 und 2023

gr-d-21.02.30.1303.01.01

© BFS 2026

Das Konsumverhalten der Industrieländer ist für den Klimawandel mitverantwortlich. Eine gut informierte Bevölkerung, die sich der Auswirkungen ihres Handelns bewusst ist, verhält sich tendenziell umweltbewusster. 2023 **schätzten 85,6% der Bevölkerung den Klimawandel als sehr gefährlich** oder eher gefährlich für Mensch und Umwelt ein.

Seit 1960 haben die Schweizer **Gletscher**⁶⁷ insgesamt knapp die Hälfte ihres **Eisvolumens** eingebüsst. 2025 wurde es auf rund 45 km³ geschätzt. Besonders markant war der Rückgang in den Jahren 2022 und 2023 mit Volumenverlusten von über 4% gegenüber den jeweiligen Vorjahren.

Betreffend Temperaturen sind langfristige Tendenzen feststellbar: Die Jahre 2015 bis 2025 waren die wärmsten seit Beginn der Messungen. Das Jahr 2025 ist nach 2024 und 2023 mit knapp 1,5 °C über dem vorindustriellen Durchschnitt 1850–1900 das drittwärmste Jahr. Die Erwärmung ist in der Schweiz seit Langem gut doppelt so stark wie im globalen Durchschnitt⁶⁸.

Trockenperioden stellen ein weiteres wiederkehrendes Extremereignis dar: Die **maximale Anzahl Trockentage in Folge** zeigt die längste Phase von Tagen mit jeweils weniger als 1 mm Niederschlag. In Bern/Zollikofen wurde in der Messperiode 1864–2024 in den Jahren 1877 und 1968 mit jeweils 12 Tagen die kürzeste Phase maximal zusammenhängender Trockentage registriert. Im Jahr 1893 fand die längste Phase mit 47 Tagen statt⁶⁹.

Hohe Temperaturen können die Gesundheit belasten, bestehende Erkrankungen wie Herz-Kreislauf-, Atemwegs-, Nieren- oder psychische Erkrankungen verstärken und sogar zu einer erhöhten Sterblichkeit führen. Im Jahr 2024 waren statistisch schätzungsweise zwischen 171 und 471 Todesfälle auf die Hitzebelastung zurückzuführen. Die höchsten Schätzwerte seit 1980 wurden für das Jahr 2003 ermittelt (zwischen 1162 und 1662 hitzebedingte Todesfälle). Am stärksten betroffen ist die Altersgruppe ab 75 Jahren. Bei den hitzebedingten Todesfällen handelt es sich um eine Modellschätzung basierend auf dem beobachteten Zusammenhang zwischen Temperatur und Mortalität. Diese Schätzungen sind mit grosser Unsicherheit behaftet. Es ist davon auszugehen, dass Hitze in den wenigsten Fällen die einzige Todesursache war⁷⁰.



SDG 14: Leben unter Wasser

Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen

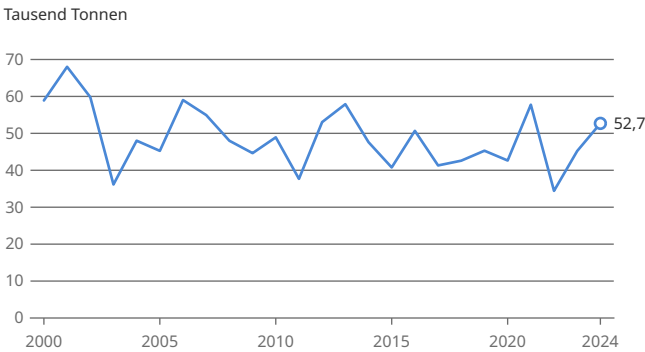
Ziel	Indikator	Bewertung des Indikators	Fokus SNE 2030/Spillover	Abschnitt des Länderberichts
14.1	Exportierte Stickstofffracht			

Wasserverschmutzung und Fischerei



Exportierte Stickstofffracht

Gesamt-Stickstofffracht im Rhein bei Basel



Datenstand: 15.04.2026
Quelle: Bundesamt für Umwelt
gr-d-21.02.30.1401.01.01
© BFS 2026

Die Schweiz hat aufgrund ihrer geografischen Lage keinen direkten Zugang zu den Ozeanen und Meeren. Da sie jedoch über vier grosse Flüsse mit dem Mittelmeer, der Nordsee (Atlantik), der Adria und dem Schwarzen Meer verbunden und für ihre Versorgung auf die Nutzung der Meere und Ozeane angewiesen ist, hat sie ein Interesse sowie auch eine gewisse Verantwortung für den Schutz der Meere und Ozeane und ihrer Ressourcen.

Die **exportierte Stickstofffracht** durch den Rhein gibt Auskunft über Nährstoffe wie Stickstoff, die durch menschliche und landwirtschaftliche Aktivitäten in die Fließgewässer gelangen und zur Verschmutzung der Meere und Ozeane beitragen. 2024 lag die jährliche Stickstofffracht des Rheins bei Basel bei knapp 52 700 Tonnen, das waren 34% weniger als im Jahr 2000. Die jährlichen Schwankungen hängen mit der Witterung und namentlich mit den Niederschlägen zusammen. Der flächenmässig grösste Teil der Schweiz (67%) wird über den Rhein in die Nordsee entwässert. Die im Rhein bei Basel gemessene Gesamt-Stickstofffracht wird teilweise von anderen Ländern beeinflusst (Deutschland, Österreich, Liechtenstein), die sich ebenfalls im Einzugsgebiet befinden.

Die **Importe von Fisch und Meeresfrüchten**⁷¹ in die Schweiz beliefen sich 2018 auf 73 200 Tonnen (einschliesslich Süsswasserfische), was 8,6 kg/Kopf entspricht. Im Jahr 2000 lag diese Menge bei 55 900 Tonnen bzw. 7,8 kg/Kopf. Im Zeitraum 2012–2016 stammten 4,6% der in der Schweiz konsumierten Fische und Meeresfrüchte aus der inländischen Produktion.



SDG 15: Leben an Land

Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern

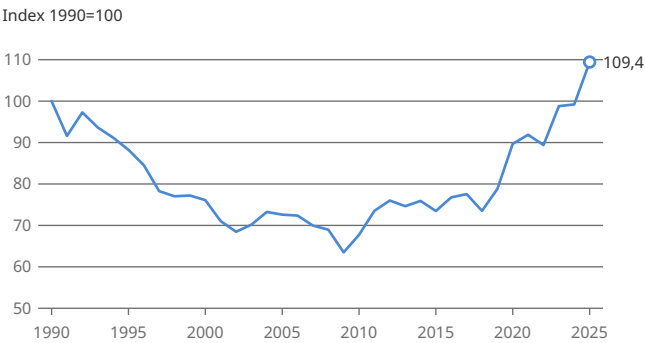
Ziel	Indikator	Bewertung des Indikators	Fokus SNE 2030/Spillover	Abschnitt des Länderberichts
15.1	Nationale Schutzgebiete			Kapitel 4.2 des Länderberichts
15.2	Nachhaltige Holznutzung			
15.3	Bodenversiegelung			Kapitel 4.2 des Länderberichts
15.5	Brutvogelbestände			Kapitel 4.2 des Länderberichts
	Vielfalt von Artengemeinschaften in Wiesen und Weiden			
15.8	Invasive gebietsfremde Arten			Kapitel 4.2 des Länderberichts
15(a)	Biodiversitätsausgaben			Kapitel 4.2 des Länderberichts

Biodiversität

Die Biodiversität umfasst die Vielfalt an Tier-, Pflanzen- und Pilzarten sowie an Mikroorganismen, die genetische Vielfalt innerhalb der Arten, die Diversität an Lebensräumen und die Beziehungen innerhalb und zwischen diesen Ebenen. Die Biodiversität trägt wesentlich zum Wohlbefinden der Menschen bei, indem sie etwa dabei hilft, das Wasser zu reinigen, die Luft zu filtern oder die Bodenfruchtbarkeit zu erhalten. Die **Roten Listen** zeigen den Gefährdungsgrad der in einem Gebiet erhobenen Artenkategorien. In der Schweiz sind rund 56 000 Pflanzen-, Pilz- und Tierarten bekannt (einzellige Lebewesen ausgenommen). Von den 10 844 bewerteten Arten befinden sich 35% auf Roten Listen, d. h. sie gelten als gefährdet, verschollen oder ausgestorben⁷². Dieser Umstand geht unter anderem mit der Zerschneidung, der Fragmentierung und dem Verschwinden ökologisch wertvoller Räume wie etwa Feuchtgebieten und Trockenwiesen einher, das insbesondere auf intensive Landwirtschaft, Drainage, die Entwicklung der Infrastruktur, sich ausbreitende Agglomerationen und Flussverbauungen, die Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten sowie den Klimawandel zurückzuführen ist.

Brutvogelbestände

Bestandsveränderung der Brutvögel, die auf der Roten Liste verzeichnet sind



Datenstand: 15.04.2026
Quelle: Schweizerische Vogelwarte Sempach

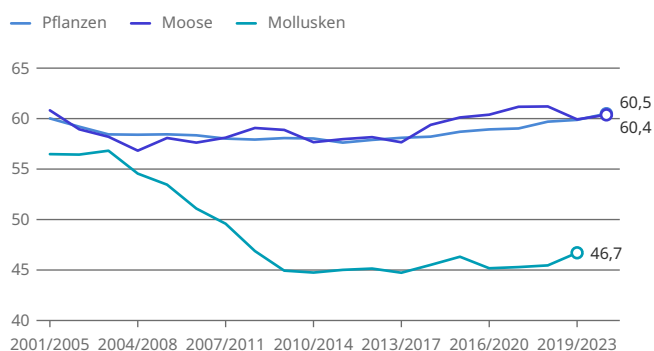
gr-d-21.02.30.1505.02.01
© BFS 2026

Die Anzahl und das Vorkommen der Arten sind in hohem Masse von der Vielfalt und der Qualität der Lebensräume abhängig. Die **Brutvogelbestände** sind diesbezüglich ein aussagekräftiger Gradmesser für die Biodiversität eines Gebiets. Im Jahr 2025 lag der Index der 44 bedrohten Brutvogelarten auf der Roten Liste wieder auf dem Stand von 1990, nachdem er bis etwa 2010 um rund 35% zurückgegangen war. Im Jahr 2025 betrug der Index 109,4 (1990 = 100) und war damit um 6,4% höher als 1990¹. In diesem Zeitraum nahmen die Bestände bei 15 dieser gefährdeten Arten zu, bei 13 gingen sie zurück und bei 9 Arten konnte kein signifikanter Trend festgestellt werden. 4 Arten konnten 2025 nicht mehr nachgewiesen werden. Der Index aller regelmässig in der Schweiz vorkommenden Brutvögel (180 Arten) zeigt eine ähnliche Entwicklung, allerdings mit einem weniger starken Rückgang⁷³.



Vielfalt von Artengemeinschaften in Wiesen und Weiden

Index¹ von 0 (einheitlich) bis 100 (vielfältig), aller paarweisen Vergleiche der Stichprobenflächen



¹ Mittelwert über einen Zeitraum von jeweils fünf Jahren

Datenstand: 15.04.2026

Quelle: BAFU – Biodiversitäts-Monitoring Schweiz

gr-d-21.02.30.1505.01.01

© BFS 2026

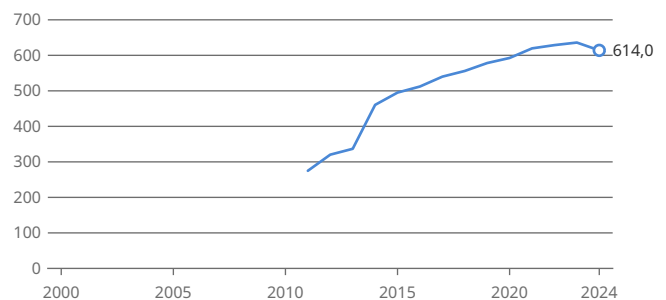
Die **Vielfalt von Artengemeinschaften in Wiesen und Weiden** verdeutlicht den Druck auf die Biodiversität von landwirtschaftlichen Flächen. Sie ist seit Beginn der 2000er-Jahre insgesamt zurückgegangen. Der Index für die Vielfalt der Artengemeinschaften in Wiesen und Weiden, der auf den beobachteten Entwicklungen bei Pflanzen, Moosen und Mollusken (Schnecken) beruht, zeigt für den betrachteten Zeitraum eine negative Entwicklung. Während der Index bei den Pflanzen und Moosen relativ konstant geblieben ist (–0,2% bzw. –1,5%), war bei den Mollusken eine Abnahme um 17,3% zu beobachten. Bei Letzteren hat vor allem die Anzahl der seltenen Arten abgenommen, während die häufig vorkommenden Arten, die keine besonderen Ansprüche an ihren Lebensraum stellen, zugenommen haben.

¹ Um den Einfluss aussergewöhnlicher Werte zu verringern, wird die prozentuale Veränderung anhand des Durchschnitts der ersten drei Jahre und des Durchschnitts der letzten drei verfügbaren Jahre des Zeitraums berechnet.

Biodiversitätsausgaben

Direkte Bundesausgaben für Biodiversität

Millionen Franken



Datenstand: 15.04.2026

Quelle: BAFU

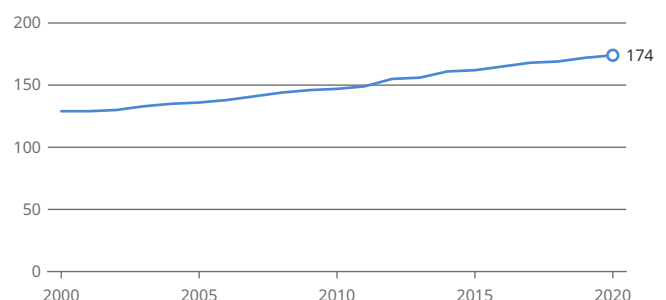
gr-d-21.02.30.1590.01.01

© BFS 2026

Die **Biodiversitätsausgaben** zeugen vom finanziellen Engagement des Bundes für den Schutz und Erhalt der Biodiversität. Diese direkten Bundesausgaben beliefen sich 2024 auf 614 Millionen Franken, mehr als doppelt so viel wie 2011. Die über das Direktzahlungssystem in Form von Beiträgen für die Biodiversität zugesprochenen Ausgaben in der **Landwirtschaft** lagen 2024 bei 431,3 Millionen Franken, was 70,2% der gesamten Biodiversitätsausgaben entspricht⁷⁴. Die direkten Bundesausgaben zeigen nur einen Teil der Ausgaben für Biodiversität. Die direkten Kantons- und Gemeindebeiträge sowie die von Unternehmen und NGO aufgewendeten Beträge werden nicht berücksichtigt. Ebenfalls nicht erfasst werden die öffentlichen Ausgaben in Bereichen, die mit der Biodiversität in keinem direkten Zusammenhang stehen, sich aber positiv auf diese auswirken.

Invasive gebietsfremde Arten

Anzahl bekannte invasive gebietsfremde Arten



Datenstand: 15.04.2026

Quelle: BAFU

gr-d-21.02.30.1508.01.01

© BFS 2026

Bei den **invasiven gebietsfremden Arten** handelt es sich um absichtlich oder unabsichtlich eingeführte nichteinheimische Arten, die sich in der Natur verbreiten und so die einheimischen Arten bedrohen und das Ökosystem aus dem Gleichgewicht bringen können. Im Jahr 2020 umfasste die Liste der invasiven gebietsfremden Pflanzen-, Tier- und Pilzarten, bei denen das Jahr der ersten Meldung bekannt ist, 174 Arten. Dies entspricht einem Anstieg um 33,4% gegenüber dem Jahr 2000. Wie viele invasive gebietsfremde Arten bekannt sind, hängt namentlich vom betriebenen Beobachtungsaufwand ab.

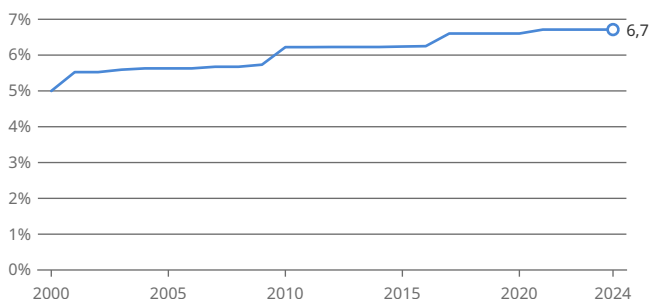
Ökosysteme

Ökosysteme erbringen **Leistungen, die für den Menschen von Nutzen sind**. Beispielsweise werden viele Nutzpflanzen von Tieren bestäubt. 2024 profitierten rund 46 500 Hektaren Kulturfleichen von der **Bestäubung** durch Tiere, was 4% der landwirtschaftlichen Nutzfläche und 16% der Acker- und Dauerkulturfleichen entspricht⁷⁵. Insbesondere bei Obst oder Beeren, aber auch bei Raps und Sonnenblumen wird die Produktion durch Bestäuber gefördert. Bei den restlichen Ackerflächen handelt es sich grösstenteils um Getreide, das durch den Wind bestäubt wird.



Nationale Schutzgebiete

Anteil der Schweizer Landesfläche, der auf Bundesebene für die Erhaltung der Biodiversität oder spezifischer Arten geschützt ist



Ohne Landschaften

Datenstand: 15.04.2026
Quelle: Bundesamt für Umwelt

gr-d-21.02.30.1501.01.01
© BFS 2026

2024 machten **nationale Schutzgebiete** für den Erhalt der Biodiversität oder bestimmter Arten 6,7% der Landesfläche aus. Dies entspricht einer Zunahme um 25,5% gegenüber 2000. Nicht im Indikator berücksichtigt sind die Zonen, die dem Landschaftsschutz dienen. Zudem berücksichtigt er nur die vom Bund geschützten Zonen. Diese umfassen rund zwei Drittel aller Schutzgebiete. Die anderen der Biodiversität gewidmeten Flächen, die nicht im Verzeichnis der Schutzgebiete mit nationaler, regionaler, kantonaler oder lokaler Bedeutung aufgeführt sind, wurden ebenfalls nicht berücksichtigt.

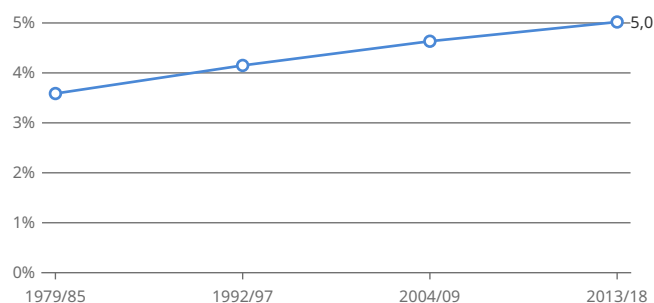
Kantonale, regionale oder lokale Schutzgebiete sowie andere Biodiversitätsflächen wie beispielsweise Biodiversitätsförderflächen Stufe II (hohe Qualität) tragen ebenfalls zum

Lebensraum- und Artenschutz bei. Im Jahr 2025 machten die **ausgewiesenen Gebiete zum Erhalt der Biodiversität** insgesamt 13,4% der Schweizer Landesfläche aus⁷⁶.

Zur langfristigen Erhaltung der produktiven Funktion der Wälder soll die **Nutzung des Holzes** nicht grösser sein als dessen Zuwachs. Klammert man die Folgen des Sturms Lothar im Jahr 2000 aus, lag das Verhältnis zwischen Holzeinschlag und Holzzuwachs in den letzten Jahren immer unter 1, was auf eine nachhaltige Waldnutzung hinweist. Der Indikator lässt jedoch keine Rückschlüsse auf die Qualität des Waldes zu.

Bodenversiegelung

Anteil versiegelter Flächen an der Gesamtfläche



Datenstand: 15.04.2026
Quelle: BFS – Arealstatistik (AREA)

gr-d-21.02.30.1503.01.01
© BFS 2026

Durch die Versiegelung verliert der Boden seine natürliche ökologische Funktion als Lebensraum, Speicher und Filter für Niederschläge sowie die Fähigkeit, Stoffe umzuwandeln und abzubauen. Im Jahr 2018 machten die **versiegelten Flächen** 2081 km² bzw. 5,0% der Landesfläche aus. Gegenüber 1985 entspricht dies einer Zunahme um 594 km² bzw. 39,9%. Diese ist unter anderem auf die wachsenden Siedlungs- und Verkehrsflächen sowie auf strukturelle Veränderungen in der Landwirtschaft zurückzuführen. 2018 waren 8,0% der Landesfläche Siedlungsflächen, die sich aus Industrie- und Gewerbeareal, Gebäudeareal, Verkehrsflächen, besonderen Siedlungsflächen und Erholungs- und Grünanlagen zusammensetzen und sowohl versiegelte als auch nicht versiegelte Flächen umfassen⁷⁷.

Landwirtschaft und Boden sind eng miteinander verbunden. Mit einer Fläche von 14 494 km² und einem Anteil von 35% an der Landesfläche bilden die **landwirtschaftlich genutzten Flächen** im Hinblick auf die Bodennutzung den grössten Bereich⁷⁸. Naturwiesen und Heimweiden sowie Alpwirtschaftsflächen machen je ein gutes Drittel aller Landwirtschaftsflächen aus, während der Anteil des Ackerlands bei über einem Viertel liegt. Die Landwirtschaftsflächen sind seit 1985 um 7% geschrumpft, hauptsächlich zugunsten der bebauten Flächen sowie in geringerem Ausmass zugunsten der Wälder.



SDG 16: Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

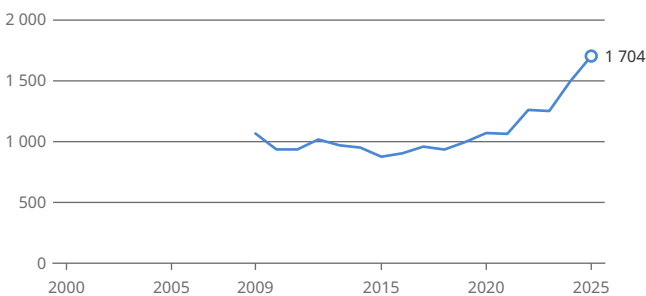
Friedliche, gerechte und inklusive Gesellschaften fördern

Ziel	Indikator	Bewertung des Indikators	Fokus SNE 2030/Spillover	Abschnitt des Länderberichts
16.1	Gewaltdelikte			
16.5	Korruptionswahrnehmungsindex			
16.6	Vertrauen in den Bundesrat			
16.8	Militärdienst für Friedensförderung im Ausland			
SDG 16	Freiwilligenarbeit			
SDG 16	Mehrsprachigkeit			
SDG 16	Teilnahme an kulturellen Aktivitäten			
SDG 16	Beteiligung an Nationalratswahlen und eidg. Volksabstimmungen			

Friedliche und inklusive Gesellschaften

Gewaltdelikte

Anzahl der Polizei bekannte Opfer von vollendeten, schweren Gewaltdelikten¹



¹ Tötungsdelikte, schwere Körperverletzung, Verstümmelung weiblicher Genitalien, schwerer Raub, Geiselnahme, Vergewaltigung

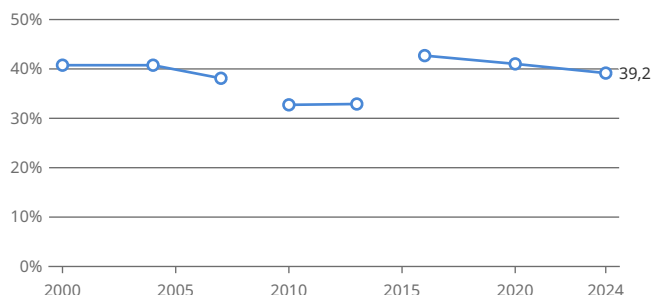
Datenstand: 15.04.2026
Quelle: BFS – Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS)

gr-d-21.02.30.1601.01.01
© BFS 2026

Die Bekämpfung von Kriminalität und die Gewaltprävention sind wichtig, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten und eine friedliche Gesellschaft zu schaffen. Gewalt führt bei den betroffenen Personen meist zu physischen, psychischen und sozialen Beeinträchtigungen, die mitunter gravierende Formen aufweisen und sogar den Verlust des Lebens bedeuten können. Die Zahl der Opfer von schweren **Gewaltstraftaten** ist zwischen 2009 und 2015 zurückgegangen, danach wieder gestiegen und liegt nun über dem Niveau von 2009. Über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg betrug der Anstieg 51,5%. Im Jahr 2025 wurden 1704 Opfer dieser Art von Straftaten polizeilich registriert. Davon betrafen 72,8% Vergewaltigung, 22,4% schwere Körperverletzung, 3,2% Tötung und 1,8% schweren Raub. Zudem wurde ein Fall von weiblicher Genitalverstümmelung registriert⁷⁹. Es werden ausschliesslich die Opfer vollendeter schwerer Gewaltstraftaten berücksichtigt. Das Anzeigeverhalten spielt hier eine geringere Rolle, da durch den Tod oder die notwendige stationäre Behandlung die Wahrscheinlichkeit sehr hoch ist, dass die Polizei von der Straftat erfährt. Im Jahr 2025 waren 76,9% der Opfer von schwerer Gewalt Frauen.

Freiwilligenarbeit

Anteil Personen, die Freiwilligenarbeit leisten, an der ständigen Wohnbevölkerung ab 15 Jahren



2010, 2016: Bruch in der Zeitreihe aufgrund methodischer Anpassungen

Datenstand: 15.04.2026

Quelle: BFS – Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE)

gr-d-21.02.03.01.01

© BFS 2026

Freiwilligenarbeit schafft Kontaktmöglichkeiten und ist daher Ausdruck des sozialen Zusammenhalts. Sie ergänzt professionelle Dienstleistungen und trägt zur Deckung der materiellen und immateriellen Bedürfnisse der Bevölkerung bei. Freiwilligenarbeit dient unter anderem der Unterstützung von Benachteiligten und wirkt der Ausgrenzung der Schwachen entgegen. 2024 leisteten 39,2% der Bevölkerung institutionalisierte oder informelle Freiwilligenarbeit, wobei der Anteil bei den Frauen (40,4%) höher ausfiel als bei den Männern (37,8%). Insgesamt hat der Anteil der Personen, die Freiwilligenarbeit leisten, seit 2016 abgenommen.

Die **Mehrsprachigkeit** ist ein Wesensmerkmal der Schweiz. Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch sind als Landessprachen in der Bundesverfassung verankert. Die Mehrsprachigkeit ist in der Schweiz für die kulturelle Vielfalt und den inneren Zusammenhalt des Landes zentral. Sprachkenntnisse – nicht nur der Landessprachen – der Beschäftigten sind zudem ein wichtiges Kapital für die schweizerische Wirtschaft. 2024 sprachen 42,6% der Bevölkerung zuhause und am Arbeits- oder Ausbildungsplatz üblicherweise mindestens zwei Sprachen. Dieser Anteil ist gegenüber 2010 um 13,3% gestiegen. Bei den 15- bis 24-Jährigen belief er sich im Jahr 2024 auf 52,2%⁸⁰.

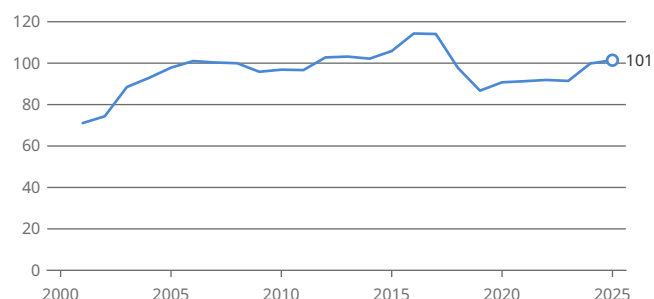
Der Austausch und die Verständigung zwischen Einzelnen und Gruppen sowie die Teilhabe am sozialen Leben sollen gefördert werden, insbesondere durch den kulturellen Austausch. Die **Teilnahme an kulturellen Aktivitäten** fördert die kulturelle Vielfalt und die soziale Integration. Im Jahr 2024 besuchten 64,8% der Bevölkerung Museen oder Kunstaussstellungen und 52,2% nahmen an Festivals jeglicher Art teil. Im Vergleich zu 2014 gingen die Museumsbesuche um 10,3% zurück, während die Festivalbesuche um 38,2% zunahmen. Da zur Beurteilung sowohl die Entwicklung der Museumsbesuche (negativ) als auch jene der Festivalbesuche (positiv) berücksichtigt wird, bleibt der Indikator insgesamt unverändert.

Militärische Friedensförderung im Ausland

Geleistete Dienstage in Armee-Einsätzen



Tausend Tage



Datenstand: 15.04.2026

Quelle: Schweizer Armee

gr-d-21.02.30.1608.01.01

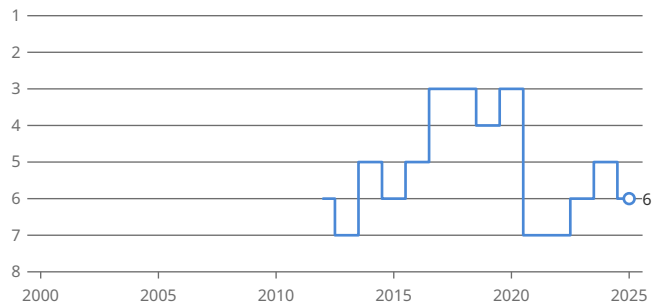
© BFS 2026

Die Einsätze für die **militärische Friedensförderung im Ausland** verdeutlichen den globalen Beitrag der Schweiz zu friedlichen Gesellschaften. Friedensförderung im internationalen Rahmen ist einer der drei Aufträge der Schweizer Armee und als solcher im Militärgesetz verankert. Zu den konkreten Aufgaben der Friedensförderung gehören beispielsweise die Überwachung von Waffenruhen, die Unterstützung von UNO-Missionen und die Minenräumung. Im Jahr 2025 wurden 101 425 Dienstage in Einsätzen für die militärische Friedensförderung im Ausland erbracht. Dies sind 25,1% mehr als 2001 mit 71 075 Tagen.

Rechtsstaat, Menschenrechte und Korruption

Korruptionswahrnehmungsindex

Rang der Schweiz im weltweiten Vergleich des wahrgenommenen Korruptionsindex



Datenstand: 15.04.2026

Quelle: Transparency International

gr-d-21.02.30.1605.01.01

© BFS 2026

Korruption schwächt die demokratischen Institutionen, trägt zu staatlicher Instabilität bei und untergräbt das Vertrauen. Sie stellt eine Bedrohung für die Wirtschaft dar, indem sie unlauteren Wettbewerb ermöglicht und Investitionen und Handel abschreckt. Im Jahr 2025 belegte die Schweiz den sechsten Platz auf der von Transparency International^u erstellten Rangliste der Länder mit der geringsten Korruption. In den letzten dreizehn Jahren erreichte sie als schlechtestes Ergebnis den siebten und als bestes den dritten Rang. Der **Korruptionswahrnehmungsindex** basiert auf Erhebungen zur Wahrnehmung der Korruption im öffentlichen Sektor, die bei Fachpersonen und Geschäftsleuten in den berücksichtigten Ländern durchgeführt werden. Die Länder werden nach dem Wert ihres Korruptionsindex klassiert. Ein niedriger Wert platziert die Länder im oberen Bereich der Rangliste. Ein Land kann sich bei gleichbleibendem Index von Jahr zu Jahr unterschiedlich klassieren.

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Institutionen ist für deren Legitimation unerlässlich. Vertrauen zeigt sich im Gefühl, dass Institutionen wie die Landesregierung – in der Schweiz der Bundesrat – «die Dinge schon richtig machen», sowie in deren Transparenz, ohne dass jede einzelne Person zwingend alle Prozesse und ihre Zusammenhänge verstehen muss. Im Jahr 2025 lag der Index zum **Vertrauen in den Bundesrat** auf einer Skala von 1 (kein Vertrauen) bis 10 (volles Vertrauen) bei 6,8. Damit hat er sich seit 2000 um 7,6% erhöht.

Das Interesse und die Teilnahme der Bevölkerung an politischen Prozessen fördern die Akzeptanz der daraus hervorgehenden Entscheide in der Gesellschaft. In der Schweiz hat die Bevölkerung diverse institutionelle und soziale Partizipationsmöglichkeiten. Um an politischen Entscheiden teilzuhaben, können die dazu berechtigten Personen abstimmen und wählen. Die **Beteiligung an Nationalratswahlen und eidgenössischen Volksabstimmungen** zeigt, inwieweit die politischen Partizipationsrechte auf nationaler Ebene von stimm- und wahlberechtigten Schweizerinnen und Schweizern wahrgenommen werden. Die Wahlbeteiligung bei eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen ist seit 1999 tendenziell gestiegen und lag 2023 bei 46,7% bzw. 47,8%. Die Beteiligung von Ausländerinnen und Ausländern wird nicht berücksichtigt. Diese haben auf nationaler Ebene kein Recht auf politische Partizipation, obwohl ihnen in einigen Kantonen und Gemeinden das Stimm- und Wahlrecht gewährt wird.

^u [Home – Transparency.org](https://www.transparency.org)



SDG 17: Partnerschaften zur Erreichung der Ziele

Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen

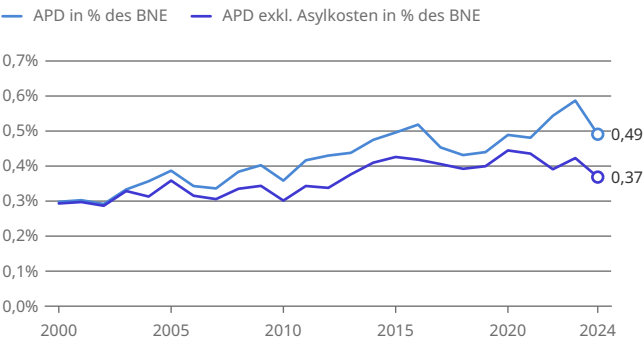
Ziel	Indikator	Bewertung des Indikators	Fokus SNE 2030/Spillover	Abschnitt des Länderberichts
17.2	Öffentliche Entwicklungshilfe			
	Öffentliche Entwicklungshilfe für die am wenigsten entwickelten Länder			
17.3	Direktinvestitionen in Entwicklungsländern			Kapitel 6.1 des Länderberichts

Globale Partnerschaft



Öffentliche Entwicklungshilfe

Im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE)



Datenstand: 15.04.2026
Quelle: DEZA, BFS – Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
gr-d-21.02.30.1702.01.01
© BFS 2026

Die **öffentliche Entwicklungshilfe** (APD: Aide publique au développement) unterstützt Empfängerländer in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. 2024 machte sie 0,49% des Bruttonationaleinkommens (BNE) aus, was gegenüber 2000 einem Plus von 78,6% entspricht. Nach einem vorübergehenden Rückgang nahm sie bis 2023 wieder zu. Dieser Anstieg ist auf die anrechenbaren Asylkosten zurückzuführen (davon Kosten für den Empfang von ukrainischen Flüchtlingen in der Schweiz). 2024 sank die Quote der APD erneut auf 0,49% (2023: 0,60%). Zur APD zählen neben anrechenbaren Ausgaben der Schweiz für internationale Zusammenarbeit auch die Kosten für die Unterstützung asylsuchender Personen aus Entwicklungsländern während ihres ersten Aufenthaltsjahres in der Schweiz. Die Ausgaben für APD ohne Asylkosten bilden den Grossteil des Engagements der Schweiz in Entwicklungsländern und multilateralen Organisationen ab. 2024 beliefen sie sich auf 0,37% des BNE.

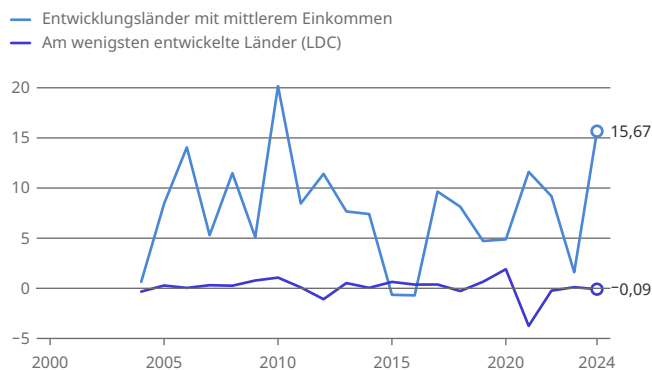
Länder mit niedrigem Einkommen, deren nachhaltige Entwicklung durch grosse strukturelle Hürden gehemmt wird, werden von der UNO als am wenigsten entwickelte Länder (LDC: Least Developed Countries) definiert. Die internationale Gemeinschaft hat anerkannt, dass diese Länder besondere Unterstützung benötigen. Als langfristige Zielsetzung anerkennt der Bund im Verhältnis zum BNE grundsätzlich eine Quote von 0,7% für die APD insgesamt sowie eine Quote von 0,15% bis 0,2% für die APD für die LDC. Im Jahr 2024 belief sich die **öffentliche Entwicklungshilfe für die LDC** auf 0,12% des BNE. Dieser Anteil ist seit 2000 um 50,9% gestiegen.



Direktinvestitionen in Entwicklungsländern

Kapitalflüsse der Schweiz nach Einkommenskategorie der Zielländer¹

Milliarden Franken



¹ Einkommenskategorien der Länder gemäss OECD/DAC

Datenstand: 15.04.2026

gr-d-21.02.30.1703.01.01

Quelle: Schweizerische Nationalbank

© BFS 2026

Die **Direktinvestitionen in Entwicklungsländern** bilden die Kapitalflüsse aus der Schweiz in Entwicklungsländer nach Einkommenskategorien der Länder ab^v. Durch Direktinvestitionen werden nicht nur neue Märkte erschlossen, sie tragen in den Zielländern auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei und fördern den Wissens- und Technologietransfer. Im Jahr 2024 flossen 15,7 Milliarden Franken von der Schweiz in Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen (MIC) und 0,09 Milliarden Franken wurden aus LDC abgezogen (Kapitalrückfluss). Zwischen 2004 und 2024 beliefen sich die Direktinvestitionen der Schweiz im Ausland auf durchschnittlich 29,5 Milliarden Franken pro Jahr, wovon 7,9 Milliarden in Entwicklungsländern investiert wurden (MIC und LDC). Die restlichen Investitionen flossen in Länder mit hohem Einkommen. Der Indikator macht keine Angaben zu den sozialen und ökologischen Auswirkungen dieser Investitionen in der Schweiz oder im Ausland.

^v Gruppierung der Länder gemäss OECD/DAC: Die in diesem Indikator verwendete Kategorie «Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen» umfasst die folgenden DAC-Kategorien: Länder und Gebiete mit mittlerem Einkommen im oberen Bereich, die keine LDC sind; Länder und Gebiete mit mittlerem Einkommen im unteren Bereich, die keine LDC sind; Länder mit niedrigen Einkommen, die keine LDC sind.

Die Ziele der SNE 2030 in den SDG der Agenda 2030



	SDG 1 – Keine Armut 2.3.1 Die Selbstbestimmung jeder und jedes Einzelnen fördern (→ 1.2) 2.3.2 Den sozialen Zusammenhalt sicherstellen (→ 1.3)		SDG 10 – Weniger Ungleichheiten 2.3.2 Den sozialen Zusammenhalt sicherstellen (→ 10.2, 10.3, 10.7)
	SDG 2 – Kein Hunger 2.1.3 Die Transformation hin zu nachhaltigen Ernährungssystemen im In- und Ausland vorantreiben (→ 2.1, 2.4)		SDG 11 – Nachhaltige Städte und Gemeinden 2.2.1 Treibhausgasemissionen reduzieren und klimabedingte Auswirkungen bewältigen (→ 11.b) 2.3.1 Die Selbstbestimmung jeder und jedes Einzelnen fördern (→ 11.1) 2.3.2 Den sozialen Zusammenhalt sicherstellen (→ 11.a)
	SDG 3 – Gesundheit und Wohlergehen 2.3.1 Die Selbstbestimmung jeder und jedes Einzelnen fördern (→ 3.8)		SDG 12 – Verantwortungsvoller Konsum und Produktion 2.1.1 Nachhaltige Konsummuster fördern und ermöglichen (→ 12.8, 12.c) 2.1.2 Wohlstand und Wohlergehen unter Schonung der natürlichen Ressourcen sichern (→ 12.2(a), 12.4) 2.1.3 Die Transformation hin zu nachhaltigen Ernährungssystemen im In- und Ausland vorantreiben (→ 12.2(b), 12.3) 2.1.4 Unternehmensverantwortung im In- und Ausland stärken (→ 12.6)
	SDG 4 – Hochwertige Bildung 2.3.1 Die Selbstbestimmung jeder und jedes Einzelnen fördern (→ 4.3)		SDG 13 – Massnahmen zum Klimaschutz 2.2.1 Treibhausgasemissionen reduzieren und klimabedingte Auswirkungen bewältigen (→ 13.1, 13.2, 13.3)
	SDG 5 – Geschlechtergleichheit 2.3.3 Die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann gewährleisten (→ 5.1, 5.2, 5.4, 5.5)		SDG 14 – Leben unter Wasser SDG, das in der SNE 2030 nicht behandelt wird
	SDG 6 – Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen 2.2.3 Biologische Vielfalt erhalten, nachhaltig nutzen, fördern und wiederherstellen (→ 6.6)		SDG 15 – Leben an Land 2.2.3 Biologische Vielfalt erhalten, nachhaltig nutzen, fördern und wiederherstellen (→ 15.1, 15.3, 15.5, 15.8, 15.a)
	SDG 7 – Bezahlbare und saubere Energie 2.2.2 Den Energieverbrauch senken, Energie effizienter nutzen und erneuerbare Energien ausbauen (→ 7.1, 7.2, 7.3)		SDG 16 – Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen SDG, das in der SNE 2030 nicht behandelt wird
	SDG 8 – Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum 2.1.2 Wohlstand und Wohlergehen unter Schonung der natürlichen Ressourcen sichern (→ 8.2, 8.4) 2.3.2 Den sozialen Zusammenhalt sicherstellen (→ 8.5(a)) 2.3.3 Die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann gewährleisten (→ 8.5(b))		SDG 17 – Partnerschaften zur Erreichung der Ziele SDG, das in der SNE 2030 nicht behandelt wird
	SDG 9 – Industrie, Innovation und Infrastruktur SDG, das in der SNE 2030 nicht behandelt wird		

Quellen

- 1 Armutsquote, nach verschiedenen Merkmalen – 2007–2024 | Daten – Tabelle
- 2 Armutsquoten vor und nach Sozialtransfers, nach verschiedenen Merkmalen – 2014–2024 | Daten – Tabelle
- 3 Armutsgefährdung, nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen – 2007–2024 | Daten – Tabelle
- 4 Finanzen der sozialen Sicherheit in der Schweiz: Sozialleistungen nach Funktion: in Millionen Franken, zu laufenden Preisen – 2013–2023 | Daten – Tabelle
- 5 Ausgaben | Bundesamt für Statistik – BFS
- 6 Gesamtrechnung der Sozialversicherungen (GRSV)
- 7 Nahrungsmittelverbrauch nach Art der Nahrungsmittel – 1998–2024 | Daten – Tabelle
- 8 Entwicklung des Nahrungsmittelverbrauches in der Schweiz. Je Kopf und Jahr – 1980–2024 | Daten – Tabelle
- 9 Umweltindikator – Konsum von Bioprodukten | Bundesamt für Statistik – BFS
- 10 Landwirtschaft und Umwelt | Bundesamt für Statistik – BFS
- 11 Selbstversorgungsgrad – Nach verwertbarer Energie – 1990–2023 | Diagramm
- 12 Body Mass Index (BMI) – 1992, 1997, 2002, 2007, 2012, 2017, 2022 | Daten – Tabelle
- 13 Entbehrungen von Pflegeleistungen nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen – 2007–2024 | Daten – Tabelle
- 14 Kosten des Gesundheitswesens seit 1960 – 1960–2024 | Daten – Tabelle
- 15 Intergenerationelle Bildungsmobilität | Bundesamt für Statistik – BFS
- 16 Analyse der Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern anhand der Schweizerischen Lohnstrukturerhebung (LSE) 2022 – Schlussbericht | Publikation
- 17 Durchschnittslöhne und Lohnunterschiede, 2022–2022 | Diagramm
- 18 Gesamter geschlechtsspezifischer Erwerbseinkommensunterschied (GOEG) | Bundesamt für Statistik – BFS
- 19 Legislaturindikator: Lohnunterschied nach Geschlecht | Bundesamt für Statistik – BFS
- 20 Kantonale Regierungswahlen: Mandatsverteilung nach Partei, Geschlecht und Kanton – 1980–2026 | Daten – Tabelle
- 21 Erwerbsmodelle bei Paaren mit und ohne Kinder im Haushalt – 2010–2024 | Daten – Tabelle
- 22 Individueller Beitrag am Erwerbseinkommen des Haushalts von Paaren mit oder ohne Kind(er) im Haushalt – 2007–2023 | Daten – Tabelle
- 23 Zeitvolumen für unbezahlte Arbeit – 1997, 2000, 2004, 2007, 2010, 2013, 2016, 2020, 2024 | Daten – Tabelle
- 24 Häusliche Gewalt: Opfer von vollendeten Tötungsdelikten nach Beziehung, Geschlecht und Alter – 2009–2025 | Daten – Tabelle
- 25 Häusliche Gewalt: Anteil häuslicher Gewalt an der polizeilich registrierten Gewalt – 2009–2023 | Daten – Tabelle
- 26 Häusliche Gewalt: Geschädigte Personen nach Alter und Geschlecht – 2009–2025 | Daten – Tabelle
- 27 Nährstoffe in Fließgewässern – IDK-DB
- 28 Restwasser – BAFU
- 29 SR 814.20 – Bundesgesetz vom 24. Januar 1991 über den Schutz der Gewässer (GSchG)
- 30 Restwasser – BAFU
- 31 Schweizerische Gesamtenergiestatistik 2024 (admin.ch) – Tabellen – T06
- 32 Schweizerische Gesamtenergiestatistik 2024 (admin.ch) – Tabellen – T14
- 33 Schweizerische Zivilluftfahrtstatistik 2024 – 7. Treibstoffverbrauch und Schadstoffemissionen – 1990–2024 | Daten – Tabelle; Schweizerische Gesamtenergiestatistik 2024 (admin.ch); Heizwert von Flugtreibstoff (0,0432TJ/t)
- 34 Schweizerische Gesamtenergiestatistik 2024 (admin.ch) – Tabellen – T17
- 35 Schweizerische Gesamtenergiestatistik 2024 (admin.ch) – Tabellen – T10
- 36 Monitoring Energiestrategie 2050, Langfassung, S. 26
- 37 Legislaturindikator: Aussenhandelsverflechtung | Bundesamt für Statistik – BFS
- 38 Materialflüsse | Bundesamt für Statistik – BFS
- 39 Erwerbslosenquote gemäss ILO nach Geschlecht, Nationalität und anderen Merkmalen – 1.4.1991–30.9.2025 | Daten – Tabelle
- 40 Erwerbslosenquote gemäss ILO nach Geschlecht, Nationalität und anderen Merkmalen – 1.4.1991–30.9.2025 | Daten – Tabelle
- 41 Schweizerischer Lohnindex | Bundesamt für Statistik – BFS
- 42 Erwerbsquoten in Vollzeitäquivalenten nach Geschlecht, Nationalität, Altersgruppen, Familientyp – 1.4.1996–30.9.2025 | Daten – Tabelle

- 43 Erwerbsquoten nach Geschlecht, Nationalität, Altersgruppen, Familientyp – 1.4.1991–30.9.2025 | Daten – Tabelle
- 44 Analyse der Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern anhand der Schweizerischen Lohnstrukturerhebung (LSE) 2022 – Schlussbericht | Publikation; Lohnunterschied nach Geschlecht | Bundesamt für Statistik – BFS, Durchschnittslöhne und Lohnunterschiede, 2022 – 2022 | Grafik
- 45 Der Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern hat sich im Jahr 2022 insgesamt verringert – Analyse der Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern | Medienmitteilung
- 46 Durchschnittliche Jahresrenten aus der Altersvorsorge, nach Geschlecht – 2014–2023 | Daten – Tabelle
- 47 Beteiligung am Arbeitsmarkt von Menschen mit und ohne Behinderungen – 2010–2024 | Daten – Tabelle
- 48 ebd.
- 49 Legislaturindikator: Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien | Bundesamt für Statistik – BFS
- 50 Europäischer Innovationsanzeiger | Europäische Kommission (europa.eu)
- 51 Güterverkehr | Bundesamt für Statistik – BFS (→ Das Wichtigste in Kürze); Umweltindikator – Modalsplit im Verkehr | Bundesamt für Statistik – BFS
- 52 Alpenquerender Güterverkehr nach Übergängen – 1984–2024 | Daten – Tabelle
- 53 Dienstleistungen für die Bevölkerung: Erreichbarkeit – 2011, 2015, 2018, 2021 | Daten – Tabelle
- 54 Anteil der Bevölkerung, die Opfer von Diskriminierung oder Gewalt wurde, nach soziodemografischen Merkmalen und geografischer Region – 2016, 2018, 2020, 2022, 2024 | Daten – Tabelle
- 55 Mietpreisindex | Bundesamt für Statistik – BFS
- 56 Landschaftszersiedelung – ARE
- 57 Siedlungsabfälle – IDK-DB
- 58 SR 814.610 – Verordnung vom 22. Juni 2005 über den Verkehr mit Abfällen (VeVA) | Fedlex
- 59 Umweltindikator – Sonderabfälle | Bundesamt für Statistik – BFS
- 60 Freisetzung von Benzol aus Betrieben – IDK-DB
- 61 Einschätzung der Gefahr von Umweltveränderungen und Technologien – 2011, 2015, 2019, 2023 | Daten – Tabelle
- 62 Durchschnittliche Wohnfläche pro Bewohner nach Zimmerzahl, nach Kanton – 2012–2024 | Daten – Tabelle
- 63 Haushalte und Lebensformen | Bundesamt für Statistik – BFS
- 64 Mineralölsteuerstatistik | Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (admin.ch)
- 65 Mineralölsteuerstatistik | Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (admin.ch)
- 66 CO₂-Statistik: Emissionen aus Brenn- und Treibstoffen
- 67 Beobachtete Veränderungen | Bundesamt für Statistik – BFS (→ Eisvolumen der Gletscher)
- 68 Klimawandel – MeteoSchweiz
- 69 Klimaindikatoren Trockenperioden – MeteoSchweiz
- 70 Hitzebedingte Todesfälle – IDK-DB
- 71 Fischereistatistik (fischereistatistik.ch)
- 72 Rote Listen – IDK-DB
- 73 Entwicklung der Brutvogelbestände – Schweizerische Vogelwarte
- 74 Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) – Staatsrechnung
- 75 Umweltindikator – Bestäubung | Bundesamt für Statistik – BFS
- 76 Gebiete für die Biodiversität – IDK-DB
- 77 Siedlungsflächen | Bundesamt für Statistik – BFS
- 78 Landwirtschaftsflächen | Bundesamt für Statistik – BFS
- 79 Strafgesetzbuch (StGB): Gewaltstraftaten und geschädigte Personen – 2009–2025 | Daten – Tabelle
- 80 Legislaturindikator: Mehrsprachigkeit der Jugendlichen | Bundesamt für Statistik – BFS

Publikationsprogramm BFS

Das Bundesamt für Statistik (BFS) hat als zentrale Statistikstelle des Bundes die Aufgabe, statistische Informationen zur Schweiz breiten Benutzerkreisen zur Verfügung zu stellen. Die Verbreitung geschieht gegliedert nach Themenbereichen und mit verschiedenen Informationsmitteln über mehrere Kanäle.

Die statistischen Themenbereiche

- 00 Statistische Grundlagen und Übersichten
- 01 Bevölkerung
- 02 Raum und Umwelt
- 03 Arbeit und Erwerb
- 04 Volkswirtschaft
- 05 Preise
- 06 Industrie und Dienstleistungen
- 07 Land- und Forstwirtschaft
- 08 Energie
- 09 Bau- und Wohnungswesen
- 10 Tourismus
- 11 Mobilität und Verkehr
- 12 Geld, Banken, Versicherungen
- 13 Soziale Sicherheit
- 14 Gesundheit
- 15 Bildung und Wissenschaft
- 16 Kultur, Medien, Informationsgesellschaft, Sport
- 17 Politik
- 18 Öffentliche Verwaltung und Finanzen
- 19 Kriminalität und Strafrecht
- 20 Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung
- 21 Nachhaltige Entwicklung, regionale und internationale Disparitäten

Ausgewählte Publikationen

Statistik: 175 Jahre im Dienste des modernen Bundesstaates



Diese Publikation wurde anlässlich der 10 000. Publikation des Bundesamtes für Statistik (BFS) herausgegeben. Sie illustriert anhand von zehn Publikationen und Ereignissen die Entwicklung des BFS, seiner Veröffentlichungen und der Statistik in der Schweiz. Die Broschüre umfasst 52 Seiten und ist auf Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch verfügbar.

www.statistik.ch – wichtige Informationsquellen

Das Portal «Statistik Schweiz» bietet Ihnen einen modernen, attraktiven und stets aktuellen Zugang zu allen statistischen Informationen. Gerne weisen wir Sie auf folgende, besonders häufig genutzte Angebote hin.

Gesamtkatalog



Fast alle seit 1860 vom BFS publizierten Dokumente werden auf dem Web-Portal gratis in elektronischer Form zur Verfügung gestellt. Gedruckte Publikationen können bestellt werden unter der Telefonnummer +41 58 463 60 60 oder per Mail an order@bfs.admin.ch.

www.statistik.ch → Statistiken → Katalog

NewsMail – Immer auf dem neusten Stand



Thematisch differenzierte E-Mail-Abonnements mit Hinweisen und Informationen zu aktuellen Ergebnissen und Aktivitäten.

www.news-stat.admin.ch

Übersicht über alle veröffentlichten Daten



Die vom BFS laufend veröffentlichten Datensätze werden für einen besseren Überblick in diesem Katalog zusammengefasst. Er enthält auch eine Gesamtschau der bereits auf der Plattform open-data.swiss verfügbaren Daten der Bundesstatistik sowie der Daten der «National Summary Data Page» (NSDP).

www.data.bfs.admin.ch

Abstimmungsdashboard Schweiz



Das Dashboard des BFS nutzt Open-Government-Daten, um Abstimmungsergebnisse schnell, visuell und benutzerorientiert darzustellen. Alle Daten sind frei zugänglich und in fünf Sprachen dauerhaft verfügbar.

abstimmungen.admin.ch

Individuelle Auskünfte

Zentrale Statistik Information

+41 58 463 60 11, info@bfs.admin.ch



www.statistik.ch



Facebook



Youtube



X



LinkedIn

Diese Publikation präsentiert den statistischen Anhang zum Länderbericht der Schweiz 2026 über die Umsetzung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) der Agenda 2030 der Vereinten Nationen. Dieser Anhang soll die qualitative Analyse der Umsetzung der SDGs in der Schweiz und der Ziele der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 im Länderbericht 2026 quantitativ beleuchten. Der Anhang stützt sich auf eine Auswahl der Indikatoren des Monitorings der nachhaltigen Entwicklung MONET 2030, welche mit zusätzlichen statistischen Informationen ergänzt wurden. Der Länderbericht 2026 ist einsehbar unter www.sdgital2030.ch

Online

www.statistik.ch

Print

www.statistik.ch
Bundesamt für Statistik
CH-2010 Neuchâtel
order@bfs.admin.ch
Tel. +41 58 463 60 60

BFS-Nummer

2186-2600

ISBN

978-3-303-21065-9

Die Informationen in dieser Publikation tragen zur Messung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) bei.



Indikatorensystem MONET 2030

www.statistik.ch → Statistiken → Nachhaltige Entwicklung
→ Das MONET 2030-Indikatorensystem

**Statistik
zählt für Sie.**

www.statistik-zaehlt.ch